



Plenarprotokoll

80. Sitzung

Freitag, 23. Januar 2015

Bund muss Hinterlandanbindung und feste Fehmarnbelt-Querung koordinieren

6660

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2626

Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6660, 6673
Hartmut Hamerich [CDU].....	6662, 6681
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6663
Christopher Vogt [FDP].....	6667, 6684
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	6670
Flemming Meyer [SSW].....	6672
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	6675
Hans-Jörn Arp [CDU].....	6676
Wolfgang Kubicki [FDP].....	6679

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6683
Daniel Günther [CDU].....	6685
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Ge- schäftsordnung.....	6686
Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	6687
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	6687
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/2626 in geänderter Fassung.....	6690

**Bürgerbusse in Schleswig-Holstein
verlässlich fördern - Verkehrliche
Grundversorgung in der Fläche ge-
währleisten**

6690

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2623

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 6690

Hans-Jörn Arp [CDU]..... 6692

Kai Vogel [SPD]..... 6693

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 6694

Flemming Meyer [SSW]..... 6696

Reinhard Meyer, Minister für
Wirtschaft, Arbeit, Verkehr
und Technologie..... 6698

Beschluss: Überweisung an den Wirt-
schaftsausschuss..... 6699

**Konsequenzen aus dem Urteil des
OVG Schleswig für den Ausbau
der Windenergie in Schleswig-Hol-
stein**

6700

Antrag der Fraktionen von CDU,
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, PIRATEN und der Abgeordne-
ten des SSW
Drucksache 18/2652 (neu)

**Konsequenzen aus dem Urteil des
OVG Schleswig für den Ausbau
der Windenergie - Einberufung ei-
nes Runden Tisches zur Zukunft
der Windenergie in Schleswig-Hol-
stein**

6700

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2662

Torsten Albig, Ministerpräsident... 6700

Daniel Günther [CDU]..... 6703

Olaf Schulze [SPD]..... 6704

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 6705

Oliver Kumbartzky [FDP]..... 6707

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 6708

Flemming Meyer [SSW]..... 6710

Beschluss: 1. Antrag Drucksache
18/2652 (neu) durch die Bericht-
erstattung der Landesregierung er-
ledigt

2. Annahme des Antrags
Drucksache 18/2662..... 6711

Gemeinsame Beratung

**a) Keine zusätzlichen Castoren
nach Schleswig-Holstein**

6711

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2650

**b) Bericht zur aktuellen Situation
im Zwischenlager Brunsbüttel ..**

6711

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2655

**Atommüll-Zwischenlager in
Brunsbüttel**

6712

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2661

Dr. Robert Habeck, Minister für
Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume.. 6712

Oliver Kumbartzky [FDP]..... 6715

Jens-Christian Magnussen [CDU]. 6717

Olaf Schulze [SPD]..... 6719

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 6720

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 6722, 6727

Flemming Meyer [SSW]..... 6723

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 6724

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 6725

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 6726

Dr. Kai Dolgner [SPD]..... 6728

Beschluss: 1. Anträge Drucksachen
18/2650 und 18/2655 durch die
Berichterstattung der Landesregie-
rung erledigt

2. Überweisung des An-
trags Drucksache 18/2661 an den
Umwelt- und Agrarausschuss und
den Wirtschaftsausschuss..... 6730

Gemeinsame Beratung

**a) Schulnoten sind fester Bestand-
teil der Leistungsbewertung**

6730

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2629

**b) Keine reformpädagogischen Ex-
perimente an unseren Schulen ..**

6730

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen allen einen wunderbaren Freitag und eröffne die Sitzung. Begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne Auszubildende und Anwärter des Amtsgerichts Kiel. - Seien sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir sind vollständig, niemand ist krank. Das ist ein wunderbarer Tag. - Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Bund muss Hinterlandanbindung und feste Fehmarnbelt-Querung koordinieren

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2626

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für den Antragsteller, die SPD-Fraktion, hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Schönen guten Morgen, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt nur wenige Infrastrukturprojekte von der Größenordnung der festen **Fehmarnbelt-Querung**. Sie ist ein Projekt, das eine weitere feste Verkehrsverbindung zwischen Dänemark und Deutschland schaffen soll, die Zusammenarbeit vertiefen, die Metropolregionen Hamburg und Kopenhagen-Malmö verbinden und Wirtschaftswachstum generieren soll. Sie ist ein Projekt, das von zwei Staaten gemeinsam verantwortet wird, und doch ist sie genau deshalb mit zahlreichen **Anforderungen** versehen. Diese Anforderungen sind hoch, gerade in der Bevölkerung.

Große Infrastrukturprojekte werden von Bürgerinnen und Bürgern zusehends mit Misstrauen betrachtet, so auch in diesem Fall, vorrangig in Ostholstein. Wir widerlegen die Bedenken von Bürgerinnen und Bürgern aber nicht, indem wir ihre Ängste und Sorgen schlichtweg übergehen. Nein, wir müssen nach Abwägung aller Argumente für alle Beteiligten den bestmöglichen Weg zur Realisierung finden.

Die Küstenkoalition nimmt dies unbeschadet einzelner Details unterschiedlicher Bewertungen insgesamt ernst. Wir haben die Menschen beteiligt und

uns eingebracht, wir haben die notwendigen Verfahren zügig, aber vor allem auch sachorientiert und verlässlich auf den Weg gebracht. Doch jetzt bestätigen sich die Befürchtungen. Das ist der Grund dafür, warum wir heute den Antrag vorgelegt haben. Wir hören, dass Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt eine **zeitliche Synchronisation** des Bauwerks zwischen Deutschland und Dänemark mit der **Hinterlandanbindung** und der **Fehmarnsund-Querung** gefährdet sieht.

Unsere Küstenkoalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW hält es deshalb für wichtig und entscheidend, heute als Landesparlament noch einmal deutlich zu machen, dass wir von der Bundesregierung und der Deutschen Bahn erwarten, dass sie die Realisierung des Projekts wie auch der Hinterlandanbindung in enger Abstimmung mit der dänischen Seite miteinander vereinbaren. Egal wie man zu dieser Fehmarnbelt-Querung steht, es muss darum gehen, erhebliche Nachteile für die Region Ostholstein zu vermeiden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Gegenteil. Gerade diejenigen, die wie auch unsere Partei sagen, dass dies große Vorteile haben kann, müssen die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, von **Wirtschaft** und **Umwelt** beachten. Das Raumordnungsverfahren des Landes war vor diesem Hintergrund notwendig. Ich danke der Landesregierung ausdrücklich dafür, wie sie die Ergebnisse des Dialogforums in die Planung einfließen lässt und **Bürgerbeteiligung** an einem solchen Großprojekt zu realisieren versucht. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass der Bundesverkehrsminister sagt, dies sei überflüssig. Das ist nicht überflüssig, das ist notwendig, wenn man so etwas macht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Hier hat die Landesregierung zum Wohle der Menschen und des Gesamtprojekts schon vieles ermöglicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der **Bund** bleibt gegenüber Schleswig-Holstein in der Pflicht. Genau deshalb bleiben wir bei unserer Forderung, die auch im gemeinsamen Koalitionsvertrag der Küstenkoalition festgehalten ist: Der Bund muss die **Hinterlandanbindung** der Fehmarnbelt-Querung vollständig und auskömmlich, an sozialen ebenso wie an ökologischen Belangen orientiert, **finanzieren**.

(Dr. Ralf Stegner)

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört übrigens auch eine verbindliche Perspektive für die Fehmarnsund-Querung. Die Vorstellung ist doch absurd, dass moderne Züge aus Dänemark hier ankommen und noch ein paar Jahre lang durch die Orte des Fremdenverkehrs rumpeln. Um dies klar zu sagen: Dies wollen wir natürlich nicht. Im anderen Fall haben wir den Engpass der Fehmarnsund-Querung. Das kann nicht sein. Wenn man so ein großes Projekt angeht, das die dänische Seite fast allein finanziert, ist es notwendig, dass auf deutscher Seite zur gleichen Zeit gehandelt wird. Alles andere würde Deutschland in der Welt blamieren. Dies ist also eine Notwendigkeit.

(Beifall SPD, FDP und vereinzelt CDU)

- Es ist gut, dass Sie klatschen. Der Finger muss jedoch nicht in Richtung Kiel zeigen, sondern in Richtung Berlin. Der Teil, den man in Kiel zu leisten hatte, nämlich das Raumordnungsverfahren, wurde in Kiel auch geleistet. Den Teil, für den die Planungshoheit beim Bund liegt, muss der Bund erledigen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege Kubicki, da Sie im Bund nicht einmal mehr in der Opposition sind, sondern gar nicht im Parlament, können Sie gegen solche Forderungen gar nichts haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden der FDP?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit dem allergrößten Vergnügen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich beantworte die Frage noch lieber, wenn meine Zeit angehalten wird.

(Zurufe)

- Herr Kollege Arp, Sie waren schon witziger. - Bitte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege Kubicki, Sie müssen das Mikrofon wechseln, es funktioniert im Moment nicht. Vielleicht versuchen Sie es dort oben noch einmal.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Funktioniert das Mikrofon nicht oder die Opposition? - Ich weiß das im Moment nicht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nein, es liegt definitiv an der Technik. Herr Abgeordneter, wir müssen Ihren Beitrag aufzeichnen, daher bitte ich Sie, das Mikrofon noch einmal zu wechseln.

(Wolfgang Kubicki [FDP] wechselt das Saalmikrofon)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Kubicki, gehen Sie einfach nach links, da hört man Sie auch gut.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir werden die Mikrofone schnell reparieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich komme jetzt zu Ihnen nach vorn! - Heiterkeit)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Kubicki, nehmen Sie dieses Mikrofon, ich trete einen Schritt zur Seite.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, ich bin froh, dass Sie das sind.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich hätte Ihnen die Zettel nicht weggenommen. - Herr Präsident, vielen Dank für diesen neuen Stil, dass wir jetzt Seite an Seite sprechen. - Herr Kollege Dr. Stegner, ich wollte nur sagen: Wir haben als FDP selbstverständlich nichts gegen diese Forderung. Im Gegenteil, wir unterstützen Sie. Ich wollte fragen: Ist Ihnen bekannt, dass die SPD in Berlin regiert?

(Beifall FDP)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bei einer so großen intellektuellen Herausforderung am frühen Freitagmorgen muss man sich ja sehr ge-

(Dr. Ralf Stegner)

nau überlegen, wie man damit umgehen will. Das ist mir nicht nur bekannt, Herr Kollege Kubicki - Sie können natürlich auch am ausgeschalteten Mikrofon stehen bleiben, Herr Kollege, das macht nichts -,

(Heiterkeit SPD)

sondern es ist in der Tat so, dass die Verantwortung bei der Bundesregierung liegt, natürlich auch bei den Sozialdemokraten. Allerdings bezog sich der Teil meines Manuskripts darauf, dass ich Ihnen sagen wollte, dass der Bundesverkehrsminister leider nicht der SPD angehört. Vielmehr ist das ein CSU-Minister aus Bayern. Dem muss man gelegentlich sagen, dass auch Verkehrspolitik im Norden wichtig ist - und nicht nur Umgehungsstraßen in Bayern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darauf bezog sich das; denn ich muss ehrlich sagen, dass das in genau meinem nächsten Satz gestanden hätte. Sie haben das, was ich Ihnen sagen wollte, perfekt erraten, Herr Kubicki. Das muss wohl an Ihrer langen Parlamentserfahrung liegen, dass Sie geahnt haben, dass dies in meinem Manuskript stehen würde. Davon verneige ich mich.

Das ist schon ein Punkt, von dem man ernsthaft sagen muss: Es nützt nichts, wenn Herr Dobrindt jetzt auftritt und sagt, wir hätten das gesamte Verfahren durch das **Raumordnungsverfahren** verlängert. Das ist ja die Voraussetzung dafür, dass so etwas überhaupt akzeptiert wird. Die Beschlusslage der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein war immer die, dass wir gesagt haben: Was immer man über ein solches Projekt denken mag, es kann nur funktionieren, wenn die **Region Ostholstein** mit ihren Interessen mitgenommen wird. Dies geht nun einmal nur mit solchen Verfahren.

Noch einmal: Es ist keine Petitesse, zu klären, dass Züge nicht durch die Kurorte fahren; denn der Fremdenverkehr und der Tourismus überhaupt sind für uns ein sehr wichtiger Teil unserer Wirtschaftsinfrastruktur im Land. Deshalb bin ich dem Verkehrsminister auch sehr dankbar dafür, dass er Gespräche mit der dänischen Seite darüber führt.

Was wir wollen, ist dieses: Wenn die Fehmarnbelt-Querung kommt - so ist es nach dem Staatsvertrag, der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark geschlossen worden ist -, dann muss alles das, was in der Planung und in der Realisierung dieses Vorhabens geschieht, gleichzeitig geschehen. Geschieht das nicht, dann gibt es erhebliche Nachteile für unser Land. Diese

können wir nicht wollen. Das wäre eine logistische Katastrophe, das wäre eine ökologische Katastrophe, das wäre eine wirtschaftliche Katastrophe. So etwas darf es nicht geben. Das müssen gerade diejenigen, die sich von dem Projekt Chancen erwarten, ganz besonders einfordern. Wir fordern ein, dass die Interessen des Nordens ernstgenommen werden, und wir sind sicher, das ist bei der Landesregierung in guten Händen. Wir fordern die Bundesregierung auf, nun auch das ihre zu tun, damit das ein erfolgreiches Projekt werden kann. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Reinhard Meyer würde seine Rede mit den Worten beginnen: „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Immer dann, wenn es bei uns hakt, wird die Schuld auf den **Bund** geschoben.

Ihr Antrag ist einmal mehr der Versuch, die **Hinterlandanbindung** zu verzögern - wenn ich sie schon nicht verhindern kann, dann verzögere ich sie - und zu taktieren, weil Sie in Ihrer eigenen Partei doch hin und wieder die klare Linie vermissen lassen. Sie vollziehen einen Eierkurs, der seinesgleichen sucht. Da fordert und lobt der Ministerpräsident auf dem Neujahrsempfang der IHK Lübeck die Chancen für Ostholstein, und gleichzeitig schießt Ihre Bundestagsabgeordnete Hagedorn in Ostholstein ständig in die eigenen Reihen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es an der Fehmarnbelt-Hinterlandanbindung zu Verzögerungen kommen würde, muss Ihnen als Regierung doch klar gewesen sein. Es entbehrt nicht einer gewissen Dreistigkeit und Geschichtsklitterung, was Sie hier mit Ihrem Antrag bezwecken. Sie wollen nur vom eigenen Versagen ablenken, um dann wieder einmal Schuldzuweisungen zu verteilen. Sie konstruieren andauernd Sachverhalte, die angeblich eine Neuverhandlung erforderlich machen. Bis jetzt war allerdings kein Argument wirklich überzeugend.

Fakt ist doch: Der Verkehrsminister hat die Linienbestimmung noch nicht fertig gebracht. Die Fragen des Lärmschutzes sind, wie ich finde, bisher nur

(Hartmut Hamerich)

unzureichend berücksichtigt. Für eine Lösung am Fehmarnsund ist Ihr Denkmalschutz erschwerend hinzugekommen. Ihr Eierkurs führt am Ende zu mehr Kosten, zu weiteren Verzögerungen, schränkt die Arbeitsfähigkeit ein und führt zu Unannehmlichkeiten für alle betroffenen Ostholsteiner und vor allem der Fehmaraner. Dazu gehört auch die mehr als schädliche Debatte um die 15 ha Gewerbepark auf **Fehmarn**.

Herr Meyer, es kann doch nicht im Sinne des Erfinders sein, dass am Ende alle profitieren, nur die Fehmaraner nicht. Am Ende sind Sie es, Herr Minister, der in der Verantwortung steht, vor Ort deutlich zu machen, dass es allen Fehmaranern nutzt, wenn sich Gewerbe auf Fehmarn ansiedelt. Wir haben zugegebenermaßen in unserer Regierungszeit die **Sundquerung** falsch eingeschätzt, unabhängig davon, ob Bund oder Land zuständig waren. Aber es nützt nichts, Herr Verkehrsminister, Sie sind heute der Verantwortliche, und Sie müssen jetzt unverzüglich ein **Ersatzbauwerk**

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selber bauen!)

- nicht selbst bauen, Frau Erdmann.

Die CDU Schleswig-Holstein steht zum Staatsvertrag mit Dänemark und zum Bau der Fehmarnbelt-Querung. Der Bund plant auf Grundlage ihres Raumordnungsverfahrens unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Dialogverfahrens. Deshalb ist es Unsinn, den Staatsvertrag mit Dänemark neu verhandeln zu wollen. Die empfohlene Trassenführung liegt in der Verantwortung der Landesplanung und damit von Ministerpräsident Albig.

(Beifall CDU)

Es wird einen weitgehenden **Neubau** der **Bahntrasse** bei Umgehung der Ostseebäder geben. Ihre Pflicht ist es, sich für eine **Anbindung der Ostseebäder** einzusetzen und für ausreichenden **Lärmschutz** zu sorgen, am besten mit der Beibehaltung der Bäderbahn, damit in Ostholstein die wirtschaftlichen und touristischen Zukunftschancen in der Region genutzt und trotzdem die Bürgerinnen und Bürger weitgehend vom Lärm entlastet werden können.

Die Zustimmung in der Bevölkerung ist für die küstenferne Variante relativ groß. Auf dänischer Seite gibt es nach wie vor eine große Mehrheit für die Annahme des Baugesetzes. Die Unterstützung im Folketing für die feste Fehmarnbelt-Querung ist massiv.

Die Landesregierung hat offenbar immer noch nicht begriffen, dass ihr Koalitionsvertrag in der Frage der Hinterlandanbindung die Realitäten völlig ausgeblendet hat. Die CDU Schleswig-Holstein ist jedenfalls nicht bereit, Kompromisse zur Gesichtswahrung eines für die Landesplanung verantwortlichen Ministerpräsidenten oder seines Verkehrsministers hinzunehmen. Anstatt Zeit mit destruktiven Vorschlägen zu verplempern, sollten sich der Ministerpräsident und sein Verkehrsminister endlich durchsetzen und die Chancen nutzen. Ich zitiere den Ministerpräsidenten -:

„Wenn Lübeck kurz vor Kopenhagen liegt, dort wo eine ganze Region zusammenwachsen wird, kann es keinen besseren Ort geben, um über Unternehmertum nachzudenken.“

Selbstverständlich hatten Sie damit recht. Dann müssen Sie es aber auch tun.

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, es ehrlich meinen, dann handeln Sie nach Ihrer Überzeugung und erklären das auch Frau Hagedorn.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich als Ostholsteiner Abgeordneter habe immer gesagt, dass mir fairer Wettbewerb zwischen Schiene und Fähre wichtig ist. Beide brauchen ihre Chance, und beide haben auch ihre Berechtigung. Deswegen müssen die Wettbewerbschancen des Hafens Puttgarden mit einem gradlinigen Anschluss an die B 207 und die Straßenhinterlandanbindung gewährleistet bleiben.

Wir werden diesen Antrag in der Sache ablehnen, sprechen uns aber dafür aus, ihn in den Ausschuss zu überweisen, weil wir weiteren Gesprächsbedarf haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit vielen Jahren weisen wir im Bund und im Land darauf hin, dass die Gefahr besteht, dass Schleswig-Holstein bei der **Hinterlandanbindung** zur Fehmarnbelt-Querung zur Durchfahrtsregion verkommt. Dieses Damoklesschwert schwebt seit Beginn über diesem Projekt.

(Dr. Andreas Tietze)

(Christopher Vogt [FDP]: Eigentlich nicht!
Ich habe das Schwert noch nie gesehen!)

Nun scheinen sich die schlimmsten Befürchtungen zu realisieren. Die **Bestandstrasse** wird zunächst den Fehmarnbelt-Verkehr aufnehmen müssen. Ich glaube, wie Sie wissen, an Wunder; dabei aber nicht. Die Nachteile für den Tourismus, die Lebensqualität und die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner werden beträchtlich sein.

Wir haben das schwarz auf weiß. Herr Dobrindt hat genau das in einem Brief an Herrn Heunicke, den Verkehrsminister von Dänemark, bestätigt. Ich und wir finden: Das ist ein Horrorszenario für Schleswig-Holstein. Die Fertigstellung der Hinterlandanbindung wird sich auf Jahre verzögern. Die Verzögerungen gehen auf das Konto eines überforderten CSU-Verkehrsministers und beruhen auf dem Unwillen der Bahn, mit offenen Karten zu spielen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist die Folge daraus?)

Planungschaos, massive Kostenexplosionen - die Beltquerung ordnet sich, wie ich finde, mittlerweile bravourös in das Politikversagen bei Großprojekten ein. Stuttgart 21 und Hauptstadtflughafen lassen grüßen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Arp?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Hans-Jörn Arp [CDU]: Herr Kollege Tietze, können Sie konkret sagen, was Sie dem Bundesverkehrsminister vorwerfen? An welcher Stelle hat er verzögert? Wo ist er seiner Pflicht nicht nachgekommen? Ganz konkret!

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lieber Herr Arp, allein schon, dass Sie die Frage stellen, zeigt, scheint mir, dass Sie die Information über das, was bisher bei der Fehmarnbelt-Querung passiert ist, nicht wirklich wahrgenommen haben.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden!)

Wer hat denn die Frage der Fehmarnsund-Querung ins Spiel gebracht? Das ist doch nicht von Anfang an durch verantwortungsvolle Bundesverkehrsminister geschehen. Das mussten erst wir tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir mussten die Bundespolitik darauf hinweisen, dass es überhaupt keinen Sinn macht, ein Großprojekt in dieser Größenordnung durchzuführen, ohne auch nur im Entferntesten ein Konzept in der Tasche zu haben, wie man das Problem auf deutscher Seite löst. Das ist das Politikversagen der CSU-Verkehrsminister. Da waren ihm die Donauschleusen und die Umgehungsstraßen in Bayern wichtiger.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Volker Dornquast [CDU]: Das ist Phrasendrescherei!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Nachfrage?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns doch einmal klar: Sollte die deutsche Strecke nicht fertig werden, was fehlt dann? - Es fehlt die **Elektrifizierung**. Keine Elektrifizierung bedeutet: keine Züge. Dann ist der Staatsvertrag gebrochen. Denn im ersten Teil des Staatsvertrags haben wir uns zur durchgehenden Elektrifizierung verpflichtet. Das macht auch Sinn; denn nur so können die ICE schnell zwischen Kopenhagen und Hamburg fahren.

Zweitens. Wir befinden uns in einer klassischen Zwickmühle. Denn wird die Elektrifizierung nicht durchgeführt, oder wird sie sozusagen in einem Hau-Ruck-Verfahren auf der alten Trasse durchgeführt, besteht die Gefahr, dass die **Bahn** überhaupt kein **Interesse** mehr an der neuen Strecke hat. Es verursacht hohe Kosten, wenn die Güterzüge weiterhin durch Flensburg fahren und ein Tunnel fertiggestellt ist, aber kein Zug durchfährt.

Was ist, wenn der Tunnel nicht für diese Züge ausgelegt wird und der Manager von Hamburg nach Kopenhagen weiterhin mit dem Auto fahren muss? - Alles, auch die ökologische Lenkungswirkung, alles ist dann dahin. Gravierende Probleme kommen auf uns zu.

(Dr. Andreas Tietze)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und nun? Was ist die Konsequenz, Herr Tietze?)

Unser gemeinsamer Antrag ist in dieser Richtung eine Form konstruktiver Politik. Die CDU, lieber Herr Hamerich, Sie haben sich ja aus der Verantwortung gestohlen. Sie haben bestellt. Sie sind einer der Besteller dieses Projekts. Jetzt wollen Sie die Folgen nicht managen. Wir haben in diesem Antrag gesagt: Es braucht dringend ein **koordiniertes Handeln** beider Länder, Dänemark und Deutschland. Ohne das geht es nicht. Das ist das Mindeste, was wir jetzt machen müssen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Augen zu und durch - das kann und darf es nicht geben. Ich sage auch: Wenn man das nicht harmonisiert und die Geschwindigkeit nicht anpasst - der eine fährt im Porsche, der andere im Käfer -, wenn wir also zwei Geschwindigkeiten zulassen, dann fahren wir in das Chaos hinein.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Hamerich?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Hartmut Hamerich [CDU]: Sehr verehrter Kollege Tietze, selbstverständlich sind wir bereit, das zu managen. Wir sind aber nicht bereit, die Schuld immer dann anderen zuzuschieben, wenn wir selber versagen. Der Vergleich mit dem Porsche stimmt. Nur: Die Dänen fahren mit dem Porsche, während Sie am liebsten mit dem Fahrrad im Rückwärtsgang fahren möchten.

(Beifall CDU)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lieber Kollege Hamerich, lassen wir die politischen Ränkespiele, die wir sonst an dieser Stelle vollziehen, einmal außer Acht.

(Beifall CDU und Lachen FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Dann müsstest du jetzt vom Rednerpult weggehen!)

Argumentieren wir rein vernunftmäßig, dann macht es doch keinen Sinn, einen fertiggestellten, 7 Milliarden € teuren Tunnel zu haben, durch den keiner durchfährt, weil es keinen Anschluss gibt. Das verstehe ich nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da muss man dem dänischen Minister doch einmal sagen: Lieber Herr Heunicke, nehmen wir einen Gang heraus! Wenn uns die Trasse wichtig ist, dann muss sie doch wenigstens harmonisiert fertiggestellt werden. Wenn Sie das wenigstens einmal akzeptierten. Dabei geht es gar nicht um Verkehrspolitik, sondern dabei geht es um reine Vernunft. Genau dieser Vernunft verweigern Sie sich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Tietze, ich bin völlig überrascht. Verstehe ich Ihre Äußerung so richtig, dass sich die Grünen jetzt massiv dafür einsetzen, dass die von Ihnen beschriebenen Probleme möglichst schnell beseitigt werden?

(Beifall FDP und CDU)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn Sie den Antrag, den wir eingebracht haben, richtig lesen, dann weisen wir darauf hin: Wenn man dieses Thema nicht zulasten der Anwohnerinnen und Anwohner an der Strecke lösen will, dann muss man konstruktive Vorschläge machen. Das heißt aber nicht, dass wir am Ende des Tages diesen Wahnsinn gutheißen, der sich bei der Fehmarnbelt-Querung in Deutschland im Moment abspielt. Denn es ist genau das Thema, was wir beim Hauptstadtflughafen und bei Stuttgart 21 haben. Die Akzeptanz sinkt, das Großprojekt ist mit falschen Ver-

(Dr. Andreas Tietze)

sprechungen begonnen worden. Deshalb ist für mich überhaupt noch nicht ausgemacht, dass am Ende des Tages diese Querung kommt. Diese Haltung kann ich haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber trotzdem kann ich mich doch der Problemlösung nicht verweigern. Ich kann da doch nicht aufhören. Politik ist doch auch die Kunst, immer wieder das Alltägliche zu managen. Ich kann doch nicht aufhören, mich um die Probleme der Menschen vor Ort zu kümmern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall SPD)

Das ist aber das, was Sie wollen. Sie begreifen das Thema der Fehmarnbelt-Querung seit Jahren im Parlament als Politikinszenierung. Sie setzen sich nicht mit den wirklichen Argumenten auseinander.

Herr Kubicki, Artikel 22 Absatz 2 des Staatsvertrags - ich zitiere noch einmal -:

„Sollten die Voraussetzungen für das Projekt oder Teile des Projekts sich deutlich anders entwickeln als angenommen und anders, als es zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrags bekannt ist, werden die Vertragsstaaten die Lage aufs Neue erörtern. Dies gilt unter anderem für wesentliche Kostensteigerungen im Zusammenhang mit den Hinterlandanbindungen.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und nun?)

Ich sage: Man wollte eine Brücke, man baut einen Tunnel. Man wollte eine alte Bestandstrasse, man baut eine neue Bahntrasse. Man wollte die Fehmarnsund-Brücke nicht erneuern, man erneuert die Fehmarnsund-Brücke.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie wollen das ganze Projekt nicht!)

- Entschuldigen Sie, Herr Garg. Wenn wir einen Vertrag festlegen, in dem wir für den deutschen Steuerzahler gesagt haben, diese Hinterlandanbindung kostet 800 Millionen €, und wenn wir dann bei 3 Milliarden € landen, und wenn wir vereinbart haben, dass wir uns in so einem Fall mit den dänischen Vertragspartnern erneut zusammensetzen, dann erwarte ich, dass der Vertragspartner Bundesrepublik Deutschland diesen Vertrag auch erfüllt. Das dürfen auch die Bürgerinnen und Bürger erwarten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sie das nicht mehr erwarten dürfen, dann brauchen wir keine Staatsverträge, keine Abmachungen und keine Außenpolitik mehr. Dann macht jeder das, was er will. Das ist nicht meine Einschätzung von Politik.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und jetzt? Was ist die Konsequenz daraus? - Dr. Heiner Garg [FDP]: Was schlagen Sie denn vor?)

Diese Formel ist keine Verständigungsformel. Sie ist eine Verantwortungsformel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Natürlich ist sie eine Verständigungsformel, was denn sonst?)

- Eine Verantwortungsformel, weil hinter jedem Vertrag auch ein Inhalt steht. Wenn ich diesen Inhalt nicht mehr überprüfen darf, dann habe ich im Grunde genommen dem Politikversagen und der Politikverdrossenheit Tür und Tor geöffnet. Das kritisieren wir bei Großprojekten, und das kritisieren wir in der Verkehrspolitik. Das steht nicht mehr auf der Grundlage einer vernünftigen Politik.

(Christopher Vogt [FDP]: Was ist denn mit Staatsverträgen?)

- Ich sage nur: Ein Staatsvertrag hat sich auch daran zu messen, dass der Inhalt eingehalten wird. Das fordere ich hier - und nichts anderes.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Callsen? Danach ist Ihre Redezeit zu Ende.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Johannes Callsen [CDU]: Herr Kollege Dr. Tietze, wir haben gestern hier im Parlament gemeinsam die Regierungserklärung zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit gehört. Wir haben vernommen, dass die Europaministerin das Projekt feste Fehmarnbelt-Querung als eines der ganz zentralen Projekte im Rahmen der deutsch-dänischen Zusammenarbeit herausgestellt hat. Glauben Sie nicht, dass die Worte, die Sie jetzt hier im Plenum von sich geben, bei unseren dänischen Freunden und Partnern, gerade auch bei der dänischen Regierung, für höchste Irritationen sorgen?

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall CDU - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Begeisterungstürme werden sie auflösen!)

- Lieber Herr Callsen, wir in der Politik sind nicht dafür da, wohlgefällige Worte über Themen auszutauschen, bei denen es um etwas geht. Ich erwarte von einer selbstbewussten **dänischen Regierung**, wie übrigens von allen demokratischen Regierungen in Europa, dass sie sich auf der Grundlage von Sachverhalten und mit vernünftig vorgetragenen Argumenten mit dieser Frage auseinandersetzt. Wenn ich das nicht erwarten darf, dann bin ich anscheinend im falschen Europa. Im Europa der Zukunft müssen wir uns auch mit diesen Fragen auseinandersetzen; und Kritik gehört dazu. Ich bitte Sie, Herr Callsen, wir sind keine Claqueure; es geht nicht, dass wir uns bei solchen Themen immer nur abfeiern, sondern wir dürfen uns hinsichtlich dieser Frage auch kritisch äußern. Das gehört für mich zu einem vernünftigen Politikverständnis.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Nachfrage, Herr Abgeordneter? - Bitte schön.

Johannes Callsen [CDU]: Herr Dr. Tietze, ich reiche noch eine Frage nach: Wenn Sie das hier bestätigen, dann frage ich mich allerdings schon - ich frage Sie, wie Sie dazu stehen -, mit welcher Verbindlichkeit Sie den Ministerpräsidenten und unsere Europaministerin zu unseren dänischen Partnern in der dänischen Regierung schicken, um für dieses gemeinsame schleswig-holsteinisch-dänische Projekt zu werben.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nach unserem Politikverständnis schicken wir nicht irgendjemanden, sondern wir diskutieren miteinander. Der Ministerpräsident macht eine hervorragende Arbeit. Die Regierung arbeitet hinsichtlich dieser Frage hervorragend. Entschuldigen Sie, Herr Callsen, aber wir haben bezüglich dieses Antrags überhaupt keinen Dissens in der Koalition. Wir haben endlich das aufgegriffen, was notwendigerweise aufgegriffen werden musste und gesagt: Freunde, wenn ihr dieses Projekt voranbringen wollt, dann muss es ein koordiniertes Vorgehen geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Diesem Antrag kann ich aus voller Überzeugung zustimmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe!)

- Nein, das sind nicht zwei verschiedene Paar Schuhe. Das ist Dialektik. Aber ich will mit Ihnen nicht über Dialektik streiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren! Bevor wir fortfahren begrüßen Sie bitte mit mir einen ehemaligen Kollegen, den CDU-Abgeordneten a. D. Niclas Herbst, auf der Tribüne. - Herzlichen willkommen in der alten Wirkungsstätte!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stimme Herrn Stegner zu.

(Beifall SPD und Dr. Heiner Garg [FDP] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Kriegst du das bezahlt?)

- Sie alle sind wirklich leicht zu begeistern. Hat Ihnen das schon einmal jemand gesagt? - Die feste Fehmarnbelt-Querung gehört, allen Unkenrufen zum Trotz, Herr Dr. Stegner, ohne Frage zu den bedeutendsten und zukunftsweisendsten Verkehrsinfrastrukturprojekten in Nordeuropa. Man muss schon seit Jahren fest davon ausgehen, dass dieses Projekt von unseren dänischen Freunden, wie im deutsch-dänischen Staatsvertrag vereinbart, realisiert wird. Deshalb setzt sich meine Fraktion schon seit vielen Jahren konsequent für eine bestmögliche **Hinterlandanbindung** ein. Diese Hinterlandanbindung soll Anwohner, Natur, Tourismus und Landwirtschaft nach Möglichkeit schonen, dem Projekt aber auch gerecht werden. Mit dem Projekt sind neue Chancen verbunden, nicht nur für die Region Ostholstein. Das alles unter einen Hut zu bekommen, ist nicht nur wegen der Finanzierungsfragen eine schwierige Aufgabe. Diese Aufgabe muss aber konsequent angepackt werden.

Natürlich gibt es bei einem solchen Großprojekt **vor Ort** viele **Widerstände**. Wir haben diese Widerstände immer respektiert. Wir haben uns mit

(Christopher Vogt)

dem Aktionsbündnis immer wieder ausgetauscht und nicht zuletzt das Dialogforum mit initiiert.

Dass die **Kosten** für die Hinterlandanbindung auf deutscher Seite steigen, liegt - das muss man vielleicht einmal anerkennen - beinahe in der Natur der Sache, da laut Bundeshaushaltsordnung immer die Istkosten angegeben werden müssen. Die steigen natürlich mit der Zeit zwangsläufig. Wenn wir alle eine möglichst verträgliche Hinterlandanbindung fordern, können wir uns auf der anderen Seite nicht darüber beschweren, dass das Projekt teurer wird. Das ist logisch: Wenn wir mehr fordern, wird es am Ende auch teurer. Herr Dr. Tietze, diese Doppelzüngigkeit ist schon ein wenig merkwürdig.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, der Bund hat die feste Querung in einem **Staatsvertrag** mit Dänemark vereinbart. Deshalb steht der Bund gemeinsam mit der Bahn in der Verantwortung, möglichst schnell für eine vernünftige Hinterlandanbindung zu sorgen.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nachteile für die Region müssen nach Möglichkeit vermieden werden. Das **Raumordnungsverfahren** ist gut. Es hat zwar leider länger gedauert als geplant, aber trotzdem war es richtig. Die Finanzierung der Hinterlandanbindung darf nicht dazu führen, dass der Bund die Mittel dafür bei anderen Infrastrukturprojekten in Schleswig-Holstein abzieht.

All das, was Sie in Ihrem Antrag schreiben, ist nicht neu. Das sagen wir schon seit vielen Jahren. Das einzig Neue ist, dass diese Forderungen nun auch von SPD, Grünen und SSW in einem Landtagsantrag formuliert werden. Wir fordern das hier seit mehreren Jahren; wir haben das sogar schon mehrfach beschlossen. Aber sei's drum: Wenn Sie jetzt so weit sind, dass Sie eine Mehrheit dafür in der SPD-Fraktion haben, und auch die Grünen und der SSW mit im Boot sind, dann soll uns das recht sein. Ihre Rede, Herr Dr. Tietze, passte nur leider nicht zu dem Antrag, den Sie geschrieben haben. Aber was soll's? Das ist eben die Doppelzüngigkeit der Grünen bei diesem Projekt.

Einige **Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen**, insbesondere Frau Hagedorn und Herr Dr. von Notz, schießen immer noch - jetzt sogar mehr denn je - aus allen Rohren gegen das Projekt. Herr Dr. Stegner, Sie haben gestern den Kollegen Herrn Dr. Klug dafür kritisiert, dass er das angesprochen hat. Ich glaube, Sie haben ihn ein

bisschen falsch verstanden. Natürlich respektieren wir, dass beispielsweise Frau Hagedorn diesbezüglich ihre eigene Politik macht. Aber angesichts der gemeinsamen Erkenntnis, dass das Projekt kommen wird, wäre es aus unserer Sicht sinnvoller, wenn sich diese, wie ich glaube, bedeutende SPD-Haushaltspolitikerin auf Bundesebene mit aller Kraft in erster Linie dafür einsetzen würde, dass es eine vernünftige Hinterlandanbindung gibt, und nicht länger diesen verzweifelten Kampf gegen die Querung an sich führen würde. Ich glaube, es wäre sinnvoller, wenn sie sich darauf konzentrieren würde. Darum geht es.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die **Planungen** müssen schneller vorangetrieben werden. Die Quittung für die deutsche Planungsbummerei haben wir beziehungsweise die betroffenen Regionen bereits bekommen: Die neue Bahntrasse wird offenbar nicht rechtzeitig fertig. Das werden die Anwohner der Bäderorte leider zu spüren bekommen. Das wollten wir immer verhindern. Um das jetzt noch zu verhindern, Herr Dr. Stegner, ist die Landesregierung gefragt. Sie können nicht einfach Schwarzer Peter mit Herrn Dobrindt spielen. Sie sind stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender. Ich denke, Sie haben seine Telefonnummer. Klären Sie das doch einmal mit Herrn Dobrindt persönlich. Ich finde, auch die Landesregierung und der Ministerpräsident sind gefragt, Druck zu machen.

Ihr Antrag ist ein bisschen peinlich, da aber Selbstverständlichkeiten drinstehen, können wir ihn unterstützen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Winter? - Bitte schön.

Lars Winter [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben gerade ausgeführt, dass Frau Hagedorn mit ihren Äußerungen gegen das Projekt schieße. Sie solle sich als Haushaltspolitikerin mehr dafür einsetzen, dass entsprechende Haushaltsmittel im Bundeshaushalt eingestellt würden. Wollen Sie mir zustimmen, dass hinsichtlich der Hinterlandanbindung und der Fehmarnbelt-Querung bislang in keinem Bundeshaushalt je auch nur ein Cent verplant wurde und Haushaltspolitiker überhaupt nichts für dieses Projekt tun

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

können, solange der Verkehrsminister nicht entsprechende Mittel angemeldet hat?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist das denn?)

Christopher Vogt [FDP]:

Ich glaube schon, dass die **Finanzierungsfrage** - Herr Kollege Winter, Sie sind ja Finanzpolitiker - ganz wichtig ist. Und ich glaube, es ist wenig zielführend, dass eine der führenden Haushaltspolitikerinnen der Großen Koalition in Berlin immer noch nicht eingesehen hat, dass das Projekt auf jeden Fall kommen wird

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

und man unbedingt für Mittel für eine vernünftige Hinterlandanbindung kämpfen muss. Insofern habe ich den Eindruck, dass wir an dieser Stelle nicht zusammenkommen. Aber sei's drum.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zusatzfrage oder -bemerkung?

Lars Winter [SPD]: Herr Abgeordneter, wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass Frau Hagedorn mehrfach versucht hat, das Bundesverkehrsministerium dazu zu bringen, die Mittel für die mittelfristige Finanzplanung anzumelden, sodass es wenigstens entsprechende Ansätze gibt, dass es dafür aber keine Mehrheit gab und dass dies im Wesentlichen durch die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag verhindert worden ist?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

Christopher Vogt [FDP]:

Ich nehme das zur Kenntnis. Ich glaube zwar nicht, dass das so richtig ist, aber ich nehme das gern zur Kenntnis.

Herr Winter, im Übrigen hat diese Koalition im **Landeshaushalt** als erste Amtshandlung 60 Millionen € für die Hinterlandanbindung gestrichen. Ich glaube, auch das war für die Hinterlandanbindung nicht förderlich.

(Beifall FDP)

Am Ende meiner Rede möchte ich noch ein Thema ansprechen - Herr Winter, beruhigen Sie sich; dabei sind wir, glaube ich, einer Meinung -: die **Sund-Querung**. Diesbezüglich hat man viel zu lange geschlafen. Gleich am Anfang, bei der Planung, hat

man einen Kardinalfehler begangen. Der Bund will jetzt zwei neue Brücken bauen und das Wahrzeichen, den denkmalgeschützten Kleiderbügel, abreißen. Wir sind der Meinung, dass man am Sund eine vernünftige Lösung braucht. Der Verkehrsminister hat das auch eingesehen und im Namen des Bundes einen Tunnel angemeldet. Man muss schauen, ob man das Wahrzeichen bewahren kann.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Kollege Vogt, Ihnen ist schon bewusst, dass das Land Schleswig-Holstein keine **Infrastruktur des Bundes** mit finanzieren darf, weder Bundesstraßen noch Bundesschienenwege, und die 60 Millionen €, die im Haushalt standen, verfassungswidrig waren?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Quatsch!)

Christopher Vogt [FDP]:

Wenn Sie das behaupten, dann wird es natürlich so sein, Herr Dr. Tietze. - Nein, im Ernst: Ich meine, Sie können nicht einfach behaupten, dass das verfassungswidrig ist. Ihre Ausbildung, glaube ich, gibt es nicht her, das einfach so bewerten zu können. Ich sehe das ein bisschen anders.

Herr Dr. Tietze, wir haben das Problem, dass das erst einmal eine Behauptung ist. Niemand, der dazu in der Lage ist, hat festgestellt, dass das verfassungswidrig ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch, die herausragenden Grünen!)

Ich glaube schon, dass es sinnvoll ist, Herr Dr. Tietze, auch in den Landeshaushalt Geld einzustellen. Wir haben ja auch das Eisenbahnkreuzungsgesetz, durch das die Kommunen gesetzlich verpflichtet sind, Geld einzusetzen. Ich glaube schon, es macht Sinn, wenn das Land dort Geld bereitstellt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze möchte gern noch eine weitere Frage stellen. Darf er das?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja. Meine Redezeit ist ohnehin zu Ende.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Kollege, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Erkenntnis, die wir haben, auf einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes dieses Hauses beruht. Ich werde Ihnen dieses Gutachten sehr gern zur Verfügung stellen. Darin ist, finde ich, in hervorragender Weise juristisch argumentiert worden, warum die 60 Millionen € verfassungswidrig sind. Wir können uns über die Argumente in dem Gutachten dann gern noch einmal austauschen.

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, aber Herr Dr. Tietze, auch wenn ein Gutachter diese Auffassung vertritt, heißt das nicht, dass es so ist. Das ist im Leben so.

(Zuruf)

- Man muss sehen: Das ist eine Meinung.

(Zuruf: Dann fragen wir Herrn Kubicki! - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Tietze, ich würde Ihnen sonst noch auf Ihren Hinweis antworten. Ich nehme das zur Kenntnis. Ich würde das auch gern entgegennehmen. Aber Herr Dr. Tietze, es bleibt das Problem, dass Sie das Projekt eigentlich nicht wollen und hier einen Popanz aufbauen, der, glaube ich, der Sache nicht förderlich ist. Das stört mich, und deswegen ist das schlecht.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, Ihr Antrag zur festen Fehmarnbelt-Querung, der nach allem, was wir heute wissen, eine **Koordinierung durch den Bund** fordert, ist Augenwischerei.

(Beifall PIRATEN)

Fakt ist doch, dass dieses Projekt ein Fiasko ist. Es ist von Anfang an durch einen **Staatsvertrag** über die Köpfe der Bürger hinweg festgezurr worden.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Dr. Stegner, wenn Sie in Ihrer Rede sagen, wir - das heißt, die Politik - müssten den besten Weg finden, dann verdeutlicht das doch nur wieder, dass Sie selbst entscheiden wollen und nicht die Bürger entscheiden lassen wollen. Das finde ich sehr schade; denn Ihr Ministerpräsident, Herr Albig, ist sehr viel weiter, wenn er sagt, wir müssten bei großen Infrastrukturprojekten künftig auch durch **Volksentscheid** darüber entscheiden lassen können. Ich freue mich sehr, Herr Albig, auf Ihre Gesetzesinitiativen und Bundesratsinitiativen, die das möglich machen werden.

Die feste Fehmarnbelt-Querung wird ein Desaster für Umwelt und Tourismus in der Region sein. Jetzt wird die **Bäderbahn** aus den Orten wegverlegt, wodurch die Anbindung verschlechtert wird. Möglicherweise sollen vorübergehend sogar Güterzüge durch die Bäder donnern. Das schließt die Bahn jedenfalls nicht aus.

(Beate Raudies [SPD]: Wo donnern die denn jetzt?)

- Im Moment fahren die Güterzüge natürlich nicht über das Wasser, Frau Kollegin. Aber wenn der Tunnel gebaut sein wird, bevor die Hinterlandanbindung fertiggestellt ist, besteht die Gefahr - die Bahn sagt, sie schließt das nicht aus -, dass auch die Güterzüge über die Bäderstrecke donnern, bis die Neubaustrecke fertiggestellt ist.

Parlament und Öffentlichkeit sind aktiv durch geschönte Kostenrechnungen getäuscht worden. Herr Wirtschaftsminister Meyer, ich habe mich sehr gefreut, dass Sie inzwischen auch öffentlich sagen, dass das Projekt schöngerechnet worden ist. So ist es ja auch. Es ist gut, dass Sie das eingestehen. Selbst nach offizieller Rechnung hat dieses Gesamtprojekt ein **Kosten-Nutzen-Verhältnis** von 1,3. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sich die Infrastrukturpläne angucken, dann sehen Sie, dass bei einem solchen Kosten-Nutzen-Verhältnis keine Umgehungsstraße aus Bundesmitteln finanziert werden würde. Es ist also im Verhältnis zu anderen Bedürfnissen, die wir in unserem Land haben, völlig unsinnig, dieses Projekt weiterzuverfolgen.

(Dr. Patrick Breyer)

Eine **vollständige Bundesfinanzierung** zu fordern, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist doch eine Illusion. Wir wissen doch alle -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

einen Moment, Herr Kollege! -, dass wir massiv Geld in das Projekt stecken müssen, um es planen zu können, dass unsere Planungskapazitäten gebunden werden und dass es natürlich im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans angerechnet wird, dass uns also dadurch Geld geklaut wird, das wir dringend für andere Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein bräuchten.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Winter?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Lars Winter [SPD]: Herr Kollege, vielen Dank. - Grundsätzlich bin ich ja Ihrer Meinung. Es ist ja auch bekannt, wie ich zur Fehmarnbelt-Querung stehe. Aber Ihre Forderung hinsichtlich der **Bürgerbeteiligung** regt mich jedes Mal wieder auf; denn ich stelle mir immer die Frage, welche Bürger Sie denn fragen wollen, wenn es um die Fehmarnbelt-Querung geht. Fragen Sie die Bürger in Ostholstein? Fragen Sie die Bürger in Schleswig-Holstein? Fragen Sie, da es ein Europaprojekt ist, die Bürger in Europa? Fragen Sie die Dänen? Allein schon deswegen würde ich mit der Argumentation für eine Bürgerbeteiligung dort aufhören, weil Sie den Bürger für ein solches Projekt leider nicht eindeutig identifizieren können.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich beantworte Ihre Frage gern, Herr Kollege Winter. Ihre Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg sind in der Frage deutlich weiter. Sie sagen nämlich ganz klar: Wenn wir als Land bei dem Pro-

jekt S 21 dazubezahlen sollen, dann dürfen unsere Bürger auch darüber entscheiden, ob das Land dazu finanziell beiträgt. Genauso ist es bei dem Thema feste Fehmarnbelt-Querung. Dänemark entscheidet darüber, ob es seinen Teil bezahlt. Deutschland entscheidet darüber, ob es seinen Teil bezahlt, und wir als Land entscheiden darüber, ob wir da mitplanen und mitfinanzieren. Deswegen ist die Verantwortung ganz klar geklärt.

(Martin Habersaat [SPD]: Also deutschlandweite Bürgerbeteiligung?)

Es geht darum, ob wir das unterstützen und mitfinanzieren wollen, und darüber entscheidet jeweils derjenige, der es bezahlen soll.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Deutschlandweite Bürgerbeteiligung? - Martin Habersaat [SPD]: Das wollt ihr ja nicht!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage des Abgeordneten Winter?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Lars Winter [SPD]: Ihre Argumentation bedeutet, dass die dänischen Bürger über den Belt-Tunnel entscheiden. Dazu haben die Deutschen nichts zu sagen. Über die Schienenhinterlandanbindung wird dann Gesamtdeutschland entscheiden, weil das der Bund finanziert.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Kollege Winter, da der Tunnel selber wenig Sinn macht, wenn er nicht angebunden wird, weil auf deutschen Staatsgebiet nicht gebaut werden kann, werden die Dänen natürlich kaum ein solches Projekt bauen, ohne Deutschland mit im Boot zu haben. Zu einem solchen Projekt gehören alle Seiten. Alle müssen zusammenarbeiten und zustimmen, um es zu ermöglichen. Wenn eine Komponente ausfällt, wenn das Land sagt, es plant nicht weiter, oder der Bund sagt, er trägt das Projekt nicht mehr mit, oder wenn Dänemark sagt, dass es den Tunnel nicht mehr finanziert, dann fällt das Projekt auseinander. Es müssen alle zustimmen. Sobald die

(Dr. Patrick Breyer)

Zustimmung einer Seite entfällt, ist das Projekt hinfällig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem vor dem Hintergrund der Rede des Kollegen Andreas Tietze verwundert mich, dass Sie in Ihrem Antrag tatsächlich schreiben, es gehe darum, erhebliche Nachteile für die Region zu vermeiden. Herr Dr. Tietze, Sie haben doch selbst gesagt, das Projekt wird erhebliche Nachteile für die Region nach sich ziehen. Das heißt, die Nachteile können nicht vermieden werden, wenn Sie das Projekt vorantreiben. Deswegen bleibt unsere Kritik an Ihrer Politik als Grüne: Sie reden dagegen und stimmen dafür. Das ist unehrlich.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie dann noch erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten fordern, so muss ich Ihnen sagen: Das ist eine völlig schwammige Forderung. Was soll das heißen? Bei der Beratung des Landesplanungsgesetzes im letzten Jahr haben wir konkrete Vorschläge zur **Erweiterung der Bürgerbeteiligung** vorgelegt, nämlich ein zentrales Internetportal zur laufenden Bereitstellung aller Unterlagen, eine Bürgerbeteiligung schon vor der Einleitung des Verfahrens zur Diskussion über Sinn und Zweck sowie Alternativen zu solchen Projekten, eine verpflichtende öffentliche Antragskonferenz zu Verfahrensbeginn, ein verständliches Merkblatt, eine mündliche Erörterung mit den Bürgern und ein öffentliches Raumordnungssystem zu schaffen. Das haben Sie alles abgelehnt. Sie haben unseren Antrag komplett abgelehnt.

Umgekehrt wollen Sie nach dem **neuen Gesetzentwurf der Landesregierung**, der heute ohne Aussprache in den Ausschuss überwiesen werden soll, sogar weniger Bürgerbeteiligung haben. Die Fristen für Stellungnahmen sollen im Landesverwaltungsgesetz verkürzt, teilweise halbiert werden. Die Folgen einer Fristversäumung sollen verschärft werden. Antwortschreiben an Einwender sollen in vielen Fällen nicht mehr verfasst werden. Für Naturschutzverbände werden erstmals Ausschlussfristen eingeführt. Das heißt, Sie tun das Gegenteil von erweiterter Bürgerbeteiligung. Sie schränken sie weiter ein.

Vor dem Hintergrund ist die richtige Antwort auf die aktuellen Erkenntnisse zur festen **Fehmarnbelt-Querung** nur der **Ausstieg aus dem Projekt**. Ihr Antrag, der suggeriert, man könne es vertraglich weiterführen, ist eine Irreführung der Bürger und kann deswegen nur abgelehnt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Beifall? - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Man könnte von Lautlosigkeit reden!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Schreiben von Bundesverkehrsminister Dobrindt an seinen dänischen Amtskollegen, Transportminister Magnus Heunicke, wonach es auf deutscher Seite zu einer **zeitlichen Verzögerung** in Bezug auf die **Hinterlandanbindung** kommen wird, löste auf dänischer Seite, gelinde gesagt, keine Freude aus. Heunicke hat gegenüber Dobrindt deutlich gemacht, dass es klare Absprachen und Fristen zwischen Deutschland und Dänemark gibt, an die sich beide Vertragspartner zu halten haben.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Nun ist es nicht das erste Mal, dass es wegen der Hinterlandanbindung zu Irritationen auf dänischer Seite gekommen ist. Ich erinnere hier an eine Streichliste der Deutschen Bahn von 2010, wonach die Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt-Querung nur eingleisig ausgebaut werden sollte. Auch damals wurde von dänischer Seite deutlich gemacht, dass der zweigleisige Ausbau der Bahntrasse ein wichtiger Teil des Vertrages sei.

Angesichts der Tatsache, dass Dänemark die Querung allein finanziert, ist das Interesse dort natürlich groß, dass das Projekt so zeitnah wie möglich umgesetzt wird. Daher ist es nachvollziehbar, dass solche Meldungen bei der dänischen Regierung nicht auf Gegenliebe stoßen können.

Man mag zur Querung stehen, wie man will, aber Fakt ist: Der **Staatsvertrag** zwischen Dänemark und Deutschland wurde zwischen zwei gleichberechtigten Partnern ausgehandelt und ratifiziert. Beide Vertragspartner haben sich an die Absprache zu halten. Zu dieser Absprache gehört auch die jeweilige Hinterlandanbindung.

(Beifall SSW, SPD und Volker Dornquast [CDU])

Deutschland hat sich zu dem Ausbau der Hinterlandanbindung verpflichtet. Eine einseitige Kündigung darf es nicht geben, dies sieht der Vertrag nicht vor. Die Trassenführung der Hinterlandanbin-

(Flemming Meyer)

derung war von vornherein ein Knackpunkt. Hier gab es massive **Widerstände** aus der **Region Ostholstein**; denn würde der gesamte Schienenverkehr entlang der sogenannten Bäderbahn fahren, hätte dies erhebliche negative Auswirkungen für die Bäderorte und den Tourismus dort. Diese Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen, und sie müssen sehr ernst genommen werden.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich sind derartige Großprojekte immer mit Einschränkungen für Teile der Bevölkerung verbunden. Das ist unvermeidbar, aber dort, wo es sich vermeiden lässt, und dort, wo es auf breiten Widerstand stößt, muss die Politik dies entsprechend berücksichtigen. Dies hat Schleswig-Holstein getan. Es wurde das **Dialogforum** eingerichtet, das zusätzlich als neue Form der Bürgerbeteiligung ins Leben gerufen wurde, um einen transparenten Meinungs- und Informationsaustausch zu ermöglichen. Es hat ein **Raumordnungsverfahren** gegeben, in dem die Bedenken und Einwendungen entsprechend berücksichtigt wurden, sei es von Bürgern, Umweltverbänden oder anderen Organisationen. Dabei ist klar, dass das Beteiligungsverfahren bei so großen, umfassenden Projekten wie der Hinterlandanbindung entsprechend Zeit in Anspruch nimmt. Diese Zeit haben wir uns genommen. Das ist auch richtig so.

(Beifall SSW, SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bevölkerung vor Ort muss bei diesem Projekt mitgenommen werden. Es hat den Anschein, dass diese Vorgehensweise und diese Verfahren mit Dänemark nicht so kommuniziert wurden. Das soll heißen, die Planungen hätten besser miteinander koordiniert und synchronisiert werden müssen. Dies hätten Herr Dobrindt oder auch seine Vorgänger längst tun müssen. Wichtig ist nun, dass es mit Dänemark ausgeräumt wird und dass die Planungen gründlich und auch sauber abgearbeitet werden. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Zunächst hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Mikrofone wieder funktionieren, wird das mit größeren Projekten vielleicht auch funktionieren.

Ich will hier drei Anmerkungen machen. Erstens. Mich irritiert doch sehr, dass hier gesagt wird, dass es, wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, zum Beispiel, weil regionale Abgeordnete Dinge anders sehen, in Dänemark irgendjemanden erschrecken würde. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Da das immer sehr öffentlich vorgetragen wird, hält sich das Erschrecken - so glaube ich - sehr in Grenzen. Was ist das auch für eine Haltung? - Bei uns ist es nicht so, dass Mutti sagt, was geschieht, und alle müssen das Gleiche tun. Das ist bei uns noch nicht einmal bei Vati so,

(Heiterkeit)

sondern wir diskutieren das wirklich so, dass auch andere Meinungen erlaubt sind. Ich finde es ein bisschen schwierig, sich darüber aufzuregen, dass Menschen unterschiedliche Auffassungen haben. Ich bin sehr für diesen Geist der Freiheit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir haben Mehrheitsbeschlüsse. Da darf man auch seine Einschätzung äußern. Das passiert hier auch.

Das Zweite ist: Herr Kollege Hamerich, Ihre Rede hat mich doch sehr verwirrt. Ich frage Sie von der Union einmal: Wo ist eigentlich Ihr Patriotismus für die Region, dass Sie nicht einmal einem Antrag zustimmen können, in dem die Synchronisierung gefordert wird? - Das ist doch das Minimum für die Region.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war sehr klug, was der Kollege Vogt gesagt hat, ich muss ihn wirklich loben, ich will ihm nicht schaden, aber es war doch viel klüger, dass die FDP sagt, sie stimme dem zu, es sei gar nichts Neues, das hätten sie immer schon gefordert. Haben Sie das jetzt immer schon gefordert, oder ist das alles Unsinn? - Es geht immer nur eines. Oder ist das, was Sie immer gefordert haben, Unsinn gewesen? Das wäre die dritte Möglichkeit, aber das kann ich bei der Union gar nicht glauben.

Wir sind also ein wenig verwirrt, dass wir es gemeinsam mit der Union auf Bundesebene umsetzen wollen - das fordern wir hier ein - und die Union dagegenstimmt. Das ist eine sehr merkwürdige Hal-

(Dr. Ralf Stegner)

tung. Ein bisschen mehr Patriotismus für Ostholstein, Herr Kollege Hamerich, wäre - so glaube ich - gut in dieser Frage; denn es ist doch völlig schnurz, welche Einschätzung man hat, ob es kommt oder nicht. Herr Kubicki gibt hier ständig Einschätzungen ab, wie die Wahl für die FDP ausgeht. Das ist doch auch nicht schlimm, wir sehen doch am Ende, wie es kommt. Aber zu sagen, wenn es kommt, muss es koordiniert werden, weil alles andere eine Katastrophe wäre, das muss man doch loben und unterstützen und nicht hier herumörgeln und sagen, das sei alles falsch.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Hamerich?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber mit ungeheuer großem Vergnügen.

Hartmut Hamerich [CDU]: Sehr verehrter Herr Kollege Dr. Stegner, ich glaube, am lokalen Patriotismus fehlt es mir nicht. Mir fehlt nur manchmal ein Stück weit der Glaube daran, dass Sie sich an das Tempo der Dänen anpassen wollen. Ich glaube eher, dass Sie dafür sorgen wollen, dass sich die Dänen an das Tempo der rot-grün-blauen Koalition anpassen sollen. Davor habe ich ein Stück weit Angst.

Mit der Tatsache, dass der eine oder andere vor Ort das sagen darf, was er möchte, habe ich überhaupt kein Problem. Aber es fängt einer Region möglicherweise irgendwann an zu schaden, wenn wir nicht gemeinsam versuchen, eine sozialverträgliche Trasse hinzukriegen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das hätten wir schon viel länger tun können. Das habe ich jahrelang bei der ganzen Geschichte vermisst. Ich glaube, damit habe ich ein Problem.

- Lieber Herr Kollege Hamerich, zum Ersten will ich Ihnen sagen: Vor mir muss wirklich niemand Angst haben. Ich bin ein ganz verträglicher Mensch. Ich kann Ihnen insofern diese Sorge nehmen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Das ist alles ganz harmlos. Er ist viel gefährlicher im Fußball als politisch, muss ich sagen. Aber was das Zweite angeht: Wenn Sie den Antrag einmal lesen und Sie betrachten einfach nur den Text - ich finde, es ist eine gute Grundlage, wenn man hier etwas beschließt, dann stellen Sie fest, dass darin nicht steht, die Koalition möchte gern die Planungen verzögern, davon steht da kein Satz, sondern es steht darin, dass, unabhängig davon, ob man es richtig oder falsch findet, wenn es kommt, die Planungen so sein müssen, dass es auf jeden Fall gleichzeitig stattfindet. Das ist der Kern dieses Antrags. Dem muss man in der Union doch zustimmen können.

(Beifall SPD, SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Etwas anderes kann doch gar nicht richtig sein. Dazu ermuntere ich Sie: Springen Sie über Ihren Schatten, der zwar schwarz ist, aber springen Sie hinüber, und machen Sie mit. Ich glaube, es ist besser für dieses Land, ein klares Signal zu geben.

Das Dritte, das ich sagen möchte, Herr Kollege Dr. Breyer: Die Fassungslosigkeit und Lautlosigkeit nach Ihrem Beitrag hat gezeigt, dass das mit der **repräsentativen Demokratie** von Ihnen immer noch nicht verstanden worden ist. Herr Kollege Dr. Breyer, ich habe manchmal das Gefühl, dass die Kernkompetenz der PIRATEN immer noch auf dem Wasser ist, auch wenn das fragwürdig ist, zu Lande haben Sie offenbar keine. Das muss man doch sagen, wenn man sich anhört, was Sie zu diesem Thema zu sagen haben.

(Vereinzelter Beifall SPD, SSW und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie können doch nicht allen Ernstes hingehen und hier wirre Formen der Bürgerbeteiligung fordern.

(Uli König [PIRATEN]: Langweilig!)

Natürlich sind wir für Bürgerbeteiligung. Aber wir sind hier in einem Parlament, reden über Planungsprozesse, und da darf man auch erwarten, dass man sich nach zweieinhalb Jahren so eingearbeitet hat, dass man davon ein bisschen was versteht, Herr Kollege, und nicht solchen Unsinn daherredet, dass selbst die eigenen Leute nicht applaudieren mögen.

(Vereinzelter Beifall SPD, SSW und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mehr Bürgerbeteiligung, ja, das heißt übrigens auch, wenn ich das zum Schluss sagen darf, dass

(Dr. Ralf Stegner)

man nicht gleichzeitig die Raumordnungsverfahren kritisieren darf, die die Landesregierung gemacht hat; denn das ist eine Form der Bürgerbeteiligung. Das führt übrigens dazu, dass die Trasse eine andere wird und diese Züge eben nicht durch die Kurorte fahren und unsere Tourismuswirtschaft beschädigen. Das ist ein großes Interesse. Der Kollege Lars Winter hat übrigens auch völlig unbeschadet seiner Haltung zum Projekt insgesamt zum Ausdruck gebracht, dass es unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass Bürgerbeteiligung so ausfällt, dass gravierende Nachteile verhindert werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das ist mein letzter Satz, Herr Präsident. - Ich ermuntere Sie alle: Springen Sie über Ihren Schatten, unterstützen Sie diesen guten Antrag. Kollege Vogt hat gesagt, warum - alles wunderbar. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der nächste Dreiminutenbeitrag stammt von Frau Abgeordneter Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Grüne haben - das ist sozusagen unser grünes ceterum censeo - auf allen Ebenen, vom Ortsverband Fehmarn bis zur Europafraktion, die feste Fehmarnbelt-Querung immer abgelehnt. Vorhin ist die Rede davon gewesen, dass die Kosten und der Nutzen gegeneinander schöngerechnet wurden, das ist immer auch unsere Argumentation gewesen. Je teurer dieses Projekt wird, desto mehr fällt dieses Kosten-Nutzen-Verhältnis auseinander. Deswegen lehnen wir es ab. Wir sehen, dass es eine ökonomische und ökologische Katastrophe, insbesondere für den Kreis Ostholstein, wäre.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Winter [SPD])

Wenn uns jetzt der Kollege Arp in einer Pressemitteilung Scheinheiligkeit vorwirft,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das stimmt!)

weil wir vor Kostensteigerungen warnen und gleichzeitig damit dieses Projekt verzögern wollten, dann sage ich Ihnen: Das ist eine verquere Arpsche Logik, denn erstens - mehrfach ist das heute schon gesagt worden -: Wer regiert nicht erst seit gestern im Bund?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die SPD!)

Wer muss die Bahn dazu auffordern, die Linienführung endlich anzugehen und auch die Lärmschutznotwendigkeiten in Betracht zu ziehen? Wer muss das bezahlen? - Der Bund. Wer regiert im Bund?

Zweitens. Wer hat sich neben uns Grünen für das **Raumordnungsverfahren** starkgemacht? - Das war Ihr Kollege Reinhard Sager, der einen sehr langen Weg vor sich hätte, wenn er Grüner werden wollte; er ist CDU-Landrat. Wer hat das **Dialogverfahren** bei uns im Kreis initiiert? - Das war die CDU, der Wirtschaftsminister de Jager, auch CDU-Mitglied. Ich habe im Übrigen immer befürwortet, dass wir da mitmachen, obwohl die Zusammensetzung einer Farce gleicht, wenn man eine echte, gleichberechtigte Beteiligung auf Augenhöhe anstrebt.

All das sind also Forderungen, die Sie erhoben haben. Wir haben Ihnen nie gesagt: Herr Sager, Raumordnungsverfahren verzögern das Projekt; das dürfen Sie nicht machen. - Das, was Sie hier offenbaren, ist Scheinheiligkeit. Scheinheilig ist auch, wenn man immer so tut, als könne man solche Großprojekte im Handumdrehen realisieren, obwohl Sie alle, die Sie dabei sind und seit Jahren Verkehrsprojekte betrachten, genau wissen, dass es nie der Fall ist, dass es gleich sowohl rechtlich als auch finanziell klappt. Sie brauchen also nicht die Hilfe des Feldhamsters oder so, um diese Sachen zu verzögern. Das, was Sie an dieser Stelle betreiben, ist meiner Meinung nach Geschichtsklitterung. Es kommen keine inhaltlichen Argumente. Diese Art von Scheinheiligkeit, meine Damen und Herren, führt zur Politikverdrossenheit und Demokratiemüdigkeit der Leute. Das finde ich weitaus schlimmer, als wenn unsinnige Verkehrsprojekte nicht gebaut würden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Peter Eichstädt [SPD])

Ich möchte noch kurz etwas zu unserem Antrag sagen. Herr Kollege Breyer, Sie sagen: Richtig wäre nur der Ausstieg. Ja, aus unserer grünen Sicht wäre nach wie vor nur der **Ausstieg aus diesem Projekt** richtig. Bekanntermaßen regieren wir weder im Bund, noch haben wir sonst irgendwelche Mehrheiten, die es ermöglichen, dieses durchzusetzen. Über

(Marlies Fritzen)

die Frage von Staatsverträgen ist auch mehrfach geredet worden. Dazu will ich mich jetzt nicht auslassen. Nur so viel: Zu einem Ausstieg gehören zwei, die dazu bereit sind.

Was die Frage der Irreführung angeht, möchte ich sagen - Herr Präsident, gestatten Sie mir diesen letzten Satz -: Dieser Antrag ist eben gerade keine Irreführung, auch wenn die Vortänzer hier vor mir gerade immer wieder versucht haben, jemandem die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, dass dieses Ding noch nicht gebaut wurde. Irreführend ist, wenn man weiterhin so tut, als könnte sozusagen die Quadratur des Kreises gelingen, als könnten wir die Bäderbahn behalten, als könnten wir die Trasse irgendwohin legen, wo keiner wohnt, wo keine ökologischen Beeinträchtigungen zu erwarten sind. All das wäre eine Irreführung. Insofern gebietet es die Ehrlichkeit, zu sagen: Jetzt muss endlich der Bund eine vernünftige Planung machen, wenn er denn dieses Projekt will. Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen, und zwar so, dass die Menschen vor Ort damit leben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Serpil Midyatli [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der nächste Dreiminutenbeitrag kommt vom Abgeordneten Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bei der Gelegenheit vielleicht sinnvoll, dass ein bisschen mehr Sachlichkeit in die Debatte kommt.

(Lachen SPD)

Deshalb rede ich.

Wer hier die letzten Beiträge gehört hat, der wird einige Dinge nicht verstanden haben. Der Tunnel endet auf Fehmarn. Es ist ein kombinierter Tunnel, in erster Linie ein Autotunnel; die Autofahrer werden von der A 1 dorthin abfahren.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

- Lassen Sie mich das doch zu Ende führen. Entspannung! Ich habe doch gesagt, dass wir einmal sachlich miteinander reden sollten. - Das heißt, die A 1 ist fertig, also fließt der Hauptverkehr über die Straße.

Damit sind wir beim zweiten Thema. Es wird gesagt, dass wir die **Synchronisierung** hinbekommen

sollen. Ich glaube, nicht erst dieser Ministerpräsident, Herr Albig, und auch Herr Meyer, sondern auch schon der Vorgänger, der das damals mit abgeschlossen hat, haben immer wieder darauf hingewiesen, dass wir von den Dänen eine Menge lernen können, was ihren Umgang mit dem gleichen europäischen **Baurecht** angeht. Unser Hauptproblem liegt darin, dass bei uns das Baurecht schwieriger umzusetzen ist, dass es länger dauert. Das ist nicht nur bei der A 20 so, sondern bei allen Großprojekten. Das trifft uns jetzt an dieser Stelle bei der Hinterlandanbindung der Bahn. Da ist es richtig und gut gewesen, dass wir damals das Dialogverfahren ins Leben gerufen haben. Nur es hat nichts genützt, weil nach wie vor 3.000 Einwände vorliegen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Arp, Sie haben uns in aller Sachlichkeit erklärt, dass die Züge nicht über die Autobahn fahren, sondern an anderer Stelle durch den Tunnel kommen. Sie haben uns erklärt, dass auch schon früher für die Synchronisation geworben worden sei. Sie sollten uns vielleicht auch noch erklären, warum Sie dann eigentlich diesem Punkt nicht zustimmen können, der in unserem Antrag steht.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Wenn Sie zugehört und mich zu Ende reden lassen hätten, dann hätten Sie es gleich mitbekommen. Ich kann es Ihnen sagen: Eine Synchronisierung zum jetzigen Zeitpunkt bedeutet, dass ein Bauvorhaben, das ausgeschrieben und schon vergeben ist, gestoppt wird. Dadurch entstehen den Dänen Kosten, denn der Bau beginnt in Dänemark. Dort werden die ersten Absenktunnel - fragen Sie den Kollegen Meyer - schon in diesem Jahr gelegt.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! So ein Unsinn!)

(Hans-Jörn Arp)

Nun müsste man zum Baukonsortium gehen und sagen: Passt mal auf - weil wir es mit der Bahnlinie in Deutschland nicht hinbekommen, müsst Ihr jetzt langsamer bauen. - Das ist Ihre Art der Synchronisierung, und da werden die nicht mitmachen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Kollege Arp, dass Sie nicht glauben, dass Druck auf die Bundeseite ausgeübt werden sollte, damit es hier schneller vorangeht, sondern Sie eher in Kauf nehmen wollen, dass es zu unterschiedlichen Zeiten fertig wird? Das wäre doch eine Katastrophe, Herr Kollege Arp. Das können Sie doch nicht ernsthaft wollen, oder?

- Herr Dr. Stegner, Sie müssen, wie es im Leben so ist, einmal die Realitäten erkennen: Die Dänen beginnen - ob es uns gefällt oder nicht. Dazu haben sie sich vertraglich verpflichtet, und sie werden hier ankommen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun werden sie sagen: Warum haltet Ihr, Schleswig-Holstein, Deutschland, euren Teil nicht ein? - Da erwähnen wir mal wieder unseren Wirtschaftsminister und unseren Ministerpräsidenten, aber auch unser eigenes Dialogverfahren, dem wir alle hier im Hause zugestimmt haben, das wir begrüßt haben.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Dass wir unseren Teil nicht einhalten können, ist am Ende die Folge daraus. Daran kann man nichts ändern. Ich komme noch zu den weiteren Folgen. Aber man kann jetzt nichts anderes machen; man kann es nicht verhindern. Man muss jetzt mit der Realität leben.

Da ist es richtig, dass der Bundesverkehrsminister seinem dänischen Kollegen schreibt und sagt: Pass mal auf, wir haben ein Problem; das mit der Bahn-anbindung wird nicht so schnell klappen, wie wir es gewollt haben, und darüber müssen wir miteinander diskutieren. - Das ist ehrlich, offen und transparent. Mehr geht nicht.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Arp, ich muss jetzt ein logistisches Problem lösen: Es gibt eine Vielzahl von Anmerkungen. Gestatten Sie, dass ich sie der Reihe nach abarbeite?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Das ist der Vorteil, wenn man über Sachlichkeit redet: Dann gibt es mehrere Fragen; das kann ich mir vorstellen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Keine Fragen mehr stellen! Das ist keine Fragestunde hier!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gut, dann ist zunächst einmal der Abgeordnete Olaf Schulze dran.

Olaf Schulze [SPD]: Herr Kollege Arp, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie sagen, dass Sie davon ausgehen, dass die Dänen in diesem Jahr die ersten Absenktunnel schon verlegen?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ja.

Olaf Schulze [SPD]: Okay Wenn Sie das glauben!

- Auf dänischer Seite, ja.

(Sandra Redmann [SPD]: Gut, dass das im Protokoll ist! Blödsinn!)

- Sie gehen also davon aus, dass die Elemente schon richtig eingegraben werden, dass die Arbeiten beginnen, dass nicht nur die Tunnelteile fertiggestellt werden, sondern die ersten Absenktunnel ins Wasser gelassen werden?

- Ja.

- Okay, alles klar. Danke.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Frage oder Bemerkung des Abgeordneten Dr. Tietze. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, der Bundestagsabgeordnete Ihrer Partei, Herr Gädechens, fordert: Die Züge sollen erst durch die Belt-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Querung rollen, wenn die Neubaustrecke fertig ist. - Teilen Sie diese Meinung?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Das ist eine Forderung des örtlichen Abgeordneten, die sicherlich berechtigt ist.

(Zurufe SPD: Oh! Ah!)

Der örtliche Abgeordnete verhält sich allerdings in einem Punkt anders als die sozialdemokratischen Abgeordneten: Gädechens hat sich von Anfang an - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Alles klar!)

- Zuhören ist gar nicht schlecht. Das gehört doch auch zum Dialog, oder nicht, Frau Kollegin? - Gädechens hat sich immer nur schweren Herzens für die Fehmarnbelt-Querung eingesetzt, weil er wusste, dass sie auch für seinen Wahlkreis Konsequenzen hat. Ihre Kollegen, die Kollegen der Roten, und die Kollegen der Grünen haben immer gesagt: Wenn Sie mich wählen, kommt die Fehmarnbelt-Querung nicht. - Das haben sie gesagt, obwohl sie genau wussten, dass sie keinen Einfluss darauf haben. Das ist der Unterschied. Das hat etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will nicht von Wählerbetrug reden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt kommt eine Anmerkung oder Frage der Abgeordneten Fritzen. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, ich freue mich, dass Sie zur Sachlichkeit zurückkehren wollen. Ich glaube, das hilft uns allen. Ich will Sie fragen - vielleicht habe ich Sie nicht richtig verstanden -, ob Sie uns noch einmal erklären können, welchen Teil die Landesregierung Ihrer Meinung nach erledigen muss, damit dieses Projekt schnell realisiert werden kann, und welchen Teil die Bundesregierung zu erledigen hätte.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Liebe Frau Fritzen, für die Frage bin ich Ihnen sehr dankbar. Das Land muss sein **Planfeststellungsverfahren** abschließen. Es ist das gleiche Problem, das wir auch bei der A 20 und anderen Projekten haben: Es dauert zu lang.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Da könnte das Land wesentlichen Einfluss nehmen. Man hat dort aber nicht genügend Mitarbeiter; man hat da früher einmal Mitarbeiter abgezogen. Die gleiche Abteilung, die bei der Hinterlandanbindung für die Planfeststellung zuständig ist, ist auch für die A 20, die B 5 und andere Projekte zuständig. Da gibt es nicht genügend Kapazitäten. Das ist das Problem des Landes.

Erst dann, wenn das Land seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, wenn das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist, wird der Bund dafür die nötigen Mittel bereitstellen; dazu hat er sich im Staatsvertrag verpflichtet. Der Bund kann im Moment nichts anderes tun. Es gibt nur ein Flächenland in Deutschland, in dem es im Moment gar keine **Baureife** gibt, und das ist das Land Schleswig-Holstein. Fragen Sie sich einmal, was der Bund dafür kann!

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es gibt zwei weitere Rückfragen, zunächst einmal von der Frau Abgeordneten Fritzen.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich dachte eigentlich, die Fragestunde hatte Frau Spoorendonk, aber wenn auch ich dran bin, mache ich das.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie können sie unterbrechen, aber solange Sie Ja sagen, geht es weiter. - Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Zurufe)

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich möchte gern nachfragen: Zu welcher Trasse wurde ein Planfeststellungsverfahren beantragt, und wo sollte die Landesregierung an dieser Stelle ein Planfeststellungsverfahren durchziehen?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Es wäre schön, wenn Sie das den Minister fragen. Der trägt die Verantwortung. Wenn ich es richtig weiß, gibt es ein Raumordnungsverfahren, und aufgrund des Raumordnungsverfahrens setzt man sich mit den Betroffenen im Kreis Ostholstein zusammen. Dann muss der Bund, weil es am Ende die Bahn bezahlen muss, zustimmen. Die Bahn hat gesagt: Jawohl, die sogenannte Trasse entlang der A 1

(Hans-Jörn Arp)

ist zwar die teurere und auch die, die am meisten Flächen verbraucht, aber zu den Mehrkosten steht der Bund. So habe ich den Bundesverkehrsminister verstanden. Daran zweifelt er nicht. Also es liegt nicht am Bund.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Noch eine letzte Zusatzfrage von Frau Abgeordneter Fritzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ihr strapaziert die Geschäftsordnung ziemlich doll! - Unruhe)

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass man das hier so nicht ausweiten soll, habe ich gestern schon einmal an anderer Stelle gesagt. Danke, dass Sie es mir gestatten, Herr Kollege. - Das Raumordnungsverfahren hat mit dem Planfeststellungsverfahren nur sehr bedingt etwas zu tun. Ist denn schon ein Antrag des Vorhabenträgers an das Land gerichtet worden, ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen, und wenn ja, zu welcher Trasse?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Noch einmal: Ich bitte Sie, dem Minister die Frage zu stellen; der trägt die Verantwortung, die tragen nicht wir. Das Raumordnungsverfahren gehört in Deutschland mit zum Baurecht, es gehört auch mit zum Bürgerrecht. Wenn Sie das einschränken wollen, müssten Sie die Bürgerrechte einschränken. Wenn ich es richtig verstehe, wollen Sie es schneller machen. Dann müssen wir auf einen Teil der Bürgerrechte verzichten. Wenn das die Forderung der Grünen ist, haben Sie meine Unterstützung.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es gibt noch eine Frage oder Anmerkung des Abgeordneten Dr. Tietze, bitte schön.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Kollege Arp, Inhalt des Briefes von Herrn Dobrindt an Herrn Heunicke war ja der Bezug auf Herrn Grube, der in diesem Brief feststellt, dass die Planungskapazitäten der Deutschen Bahn nicht ausreichen und sich die Planungen der Deutschen Bahn auf dieser Strecke verzögerten.

(Anhaltende Unruhe)

Entnehme ich dem Brief des CSU-Verkehrsministers, dass die Planungsverantwortlichkeit für Bahntrassen beim Bund liegt?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Nein, die Hoheit der Trasse liegt nach wie vor beim Land Schleswig-Holstein. Wenn das nicht der Fall ist, wird mir der Minister sagen, dass ich nicht recht habe. Nach meinen Informationen ist hierfür federführend das Wirtschaftsministerium zuständig. Die haben ja auch das Dialogverfahren geleitet.

(Zurufe SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der Abgeordnete Arp verweist auf den Minister. Insofern brauchen wir diese Diskussion jetzt nicht weiterzuführen. Alle Fragen sind gestellt. Herr Abgeordneter, Sie können Ihre Rede jetzt fortsetzen.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, es war lange genug. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP - Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der nächste Dreiminutenbeitrag ist vom Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass die FDP-Landtagsfraktion in dieser Frage, was den Antrag angeht, Seite und Seite mit den Sozialdemokraten und den Ausführungen des Kollegen Dr. Stegner schreitet,

(Vereinzelter Beifall FDP und SPD)

und zwar bezogen darauf, dass die Anstrengungen auf deutscher Seite intensiviert werden müssen, das Projekt zu Ende zu führen, und zwar möglichst so, dass unsere dänischen Partner nicht daran zweifeln, dass in Deutschland noch einiges mit rechten Dingen zugeht. **Beschleunigung** ist das, was wir wollen.

Frau Fritzen, ich bin überrascht über Ihre intellektuelle Brillanz, dass Sie diesem Beschleunigungsverlangen zustimmen wollen, obwohl Sie doch eigentlich dagegen sind, dass es überhaupt ins Werk gesetzt wird.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall FDP und Daniel Günther [CDU])

Wir betonen das deshalb, damit uns die Grünen nicht dafür vereinnahmen, dass auch wir jetzt gegen das Projekt seien. Im Gegenteil, wir wollen es schneller durchführen. Wenn dem jetzt auch die Grünen unter dieser Prämisse zustimmen - wunderbar -, dann weiß ich nicht, warum nicht auch die Union dem zustimmen kann. Wir wollen eine Beschleunigung auf deutscher Seite und keine Verlangsamung.

(Beifall FDP, Birgit Herdejürgen [SPD] und Serpil Midyatli [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, Herr Abgeordneter Dr. Stegner möchte Ihnen eine Frage oder Anmerkung zukommen lassen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, immer gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kubicki, ich finde, wir sind heute intellektuell in der ersten Liga.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Wir beide oder die anderen auch?

(Heiterkeit)

- Ich meine fast das ganze Haus. Kollege Breyer, Sie muss ich ausnehmen, was Ihren Beitrag angeht. - Unabhängig von der Frage, ob man das Projekt gut findet oder nicht, ob man sich seine Verwirklichung wünscht oder nicht, ob man glaubt, dass es verwirklicht wird oder nicht, kann man doch zu der Feststellung kommen - das sagt unser Antrag -, dass es unverantwortlich wäre, wenn die Planungen nicht zur gleichen Zeit beendet werden. Zu dieser Feststellung müsste sogar die Union in der Lage sein. Das ist der Kern unseres Antrags.

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, aber immer noch unter der Prämisse, dass wir nicht erwarten, dass unsere dänischen Freunde langsamer werden, sondern dass wir erwarten, dass die deutsche Seite schneller wird.

(Beifall FDP)

Deshalb stimmen wir zu. Ich bin froh, dass genau dies in Ihren Ausführungen - das können wir ja nachlesen - seinen Ausdruck gefunden hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland macht sich international langsam lächerlich. Ich werde immer wieder gefragt: Sollen wir uns für Olympia bewerben, Hamburg und Berlin? Wie sollen denn Menschen in Europa und der Welt überhaupt Vertrauen darin haben, dass wir das auf die Reihe kriegen, wenn es nicht einmal gelingt, einen Bahnhof unter die Erde zu bringen, einen Flugplatz rechtzeitig fertigzustellen, die Elbphilharmonie fertigzustellen, und wir uns über die A 20 und Fehmarnbelt-Querung streiten, als sei das - -

(Olaf Schulze [SPD]: Eine Fußballweltmeisterschaft haben wir auch geschafft, Herr Kubicki!)

- Ja, aber da waren die Stadien schon da. Sie wissen ja, wann die war. Da war noch nicht erkennbar, dass die Elbphilharmonie frühestens 2017 das Licht der Welt erblicken wird. Da war noch nicht erkennbar, dass wir nicht in der Lage sind, Verkehrsprojekte von europäischer Bedeutung zu verwirklichen. Für die Skandinavier ist diese Linie von europäischer Bedeutung, die Europäische Union finanziert das mit. Momentan machen wir uns weltweit lächerlich mit der Art und Weise, wie wir mit **Großprojekten** umgehen. Darauf will ich nur hinweisen. Wenn wir erwarten, dass die **Welt auf Deutschland schaut**, müssen wir unsere Hausaufgaben erfüllen.

Deshalb sage ich noch einmal: Beschleunigung, Werben in Berlin auf allen Ebenen dafür, dass die Beschleunigung tatsächlich umgesetzt wird. Dann können wir der Welt zeigen, dass wir mit Großprojekten fertig werden.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich gestatte ich eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Tietze. Haben Sie wieder irgend etwas gelesen, was Sie mir erklären wollen?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein. - Ich möchte Sie gern fragen: Wenn Sie Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland wären, was hätten Sie

(Wolfgang Kubicki)

denn getan, damit all die Projekte - Elbvertiefung, Hauptstadtflughafen - schneller fertig werden?

- Ich hätte im Deutschen Bundestag dafür geworben, dass wir neue gesetzliche Grundlagen bekommen wie bei den Projekten Deutsche Einheit. Da haben wir Planungszeiten wesentlich verkürzt. Deshalb konnte die A 20 in Mecklenburg-Vorpommern vollständig gebaut werden, während sie bei uns nur eine Länge von 30 km erreicht hat.

(Beifall FDP und CDU)

Das ist übrigens etwas, was die Grünen beim Ausbau der Windenergie interessanterweise auch dauernd fordern. Da ist das toll, und woanders ist das schlecht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Erlauben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das bedeutet weniger Instanzen und ökologische Standards. All das, was in Deutschland an Standards im Moment da ist, hätten Sie erst einmal abgeschafft?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Jedenfalls hätte das weniger Instanzen bedeutet. Ich bin mir nicht sicher, ob mehr Instanzen zu mehr Rechtssicherheit führen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Peter Lehnert [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Noch eine dritte und letzte Anmerkung - -

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das war übrigens der Sinn bei den Projekten Deutsche Einheit: etwas schnell zu erledigen, weil man es brauchte. Es gibt Großprojekte bei denen man darüber nachdenken muss, ob man das Verfahren, das wir im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit eingeführt haben, wieder ins Leben ruft.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Damit ist auch die Frage erledigt. Sie haben wieder das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Nun bin ich fertig. - Es überrascht mich, dass die Grünen immer dann, wenn es um ihre Projekte geht, auf diesen Weg einsteigen, und wenn es nicht um ihre Projekte geht, wenn sie dagegen sind, den Rechtsstaat möglichst weit ausufern lassen wollen, nicht mit dem Ziel, zu einer rechtlichen Verstärkung zu kommen, sondern mit dem Ziel, Projekte zu verhindern, und das ist etwas, was ich auf keinen Fall will.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat gezeigt, dass jetzt anscheinend von vielen koordiniert an einer Verfolgung dieses Projekts gearbeitet wird. Die Dialektik des Kollegen Dr. Tietze hat mich veranlasst, in meiner Fraktion noch einmal darüber nachzudenken. Die Debatte hat in der Tat gezeigt: Hier scheint der ehrliche Wille da zu sein, dieses Projekt zu beschleunigen.

Herr Dr. Stegner, wenn im ersten Absatz Ihres **Antrags** nach dem Wort „koordiniert“ die Wörter „**und beschleunigt**“ eingefügt werden, wird die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen. Dann sprechen wir mit einer Stimme - mit Ausnahme der PI-RATEN - zu diesem wichtigen europäischen Bauvorhaben, was uns allen weiterhilft.

(Beifall CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Guter Vorschlag! Sollten wir machen!)

Ich akzeptiere natürlich die Bedenken von örtlichen Abgeordneten, wie von Herrn Gädechens, Frau Hagedorn, Herrn Winter und so weiter. Auch ich habe bei einigen Punkten selbstverständlich Bedenken.

Aber es ist wichtig, dass wir gemeinsam versuchen, für die Region so viel wie möglich herauszuholen, damit die Region an dem Erfolg teilhaben kann. Das Ansinnen der damaligen Landesregierung, 60 Millionen € - ob verfassungswidrig oder nicht, möglicherweise nur falsch begründet, Herr Dr. Tietze - als VE in den **Haushaltsplan** aufzunehmen, war in erster Linie damit begründet, dass man mögliche Nachteile, auf die ich in einer Wirtschaftsausschusssitzung hingewiesen habe, für

(Hartmut Hamerich)

Kommunen, die keinen Vorteil durch die Hinterlandbindung haben, wie die Stadt Bad Schwartau, damit ausgleichen kann, dass man Kosten fernhalten kann, die durch das **Eisenbahnkreuzungsgesetz** entstehen können.

Ich habe die Drittelung der Kosten für einen höhenungleichen Bahnübergang angesprochen. Von der jetzigen Regierung ist mir zugesagt worden: Über diese möglichen Vorhaben wollen wir nachdenken. Ich glaube, wir könnten die Akzeptanz in der Region weitaus stärker fördern, wenn wir versuchten, gemeinsam einige Lasten, die auf die Kommunen zukommen, abzufedern und daran zu arbeiten.

Wie gesagt, wenn Sie im Antragstext das „beschleunigen“ einfügen, würde die CDU-Fraktion zustimmen, und wir hätten Konsens in diesem Haus.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Hamerich, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Hartmut Hamerich [CDU]:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es ist eher eine Bemerkung, Herr Kollege Hamerich. Ich glaube, wir können das nicht tun. Es geht jetzt darum, dass man - völlig unabhängig von der Frage, wie man zu dem Projekt steht - im Kern zum Ausdruck bringen muss, dass wir es für die Region für unverantwortbar halten, dass die Bauplanung nicht koordiniert ist. Das ist die Aussage. Dem können sowohl die zustimmen, die das Projekt herbeisehen, wie die, die das Projekt falsch finden. Das ist der entscheidende Vorteil.

Der Text ist im Moment ohne Vorwürfe gegen irgendjemanden formuliert. Er nimmt also nicht die Kritik des Bundesverkehrsministers an der Durchführung des Raumordnungsverfahrens auf.

Ich halte die Interpretation des Kollegen Kubicki für genauso in Ordnung wie unseren Antrag. Damit wird es selbst denen, die das Projekt für falsch halten, ermöglicht zu sa-

gen: Es muss koordiniert sein, damit nichts Unverantwortliches für die Region geschieht.

Lassen Sie uns diesen Konsens, von dem ich froh bin, dass er über unsere Koalitionsfraktion hinausgeht, nicht zu einem Punkt bringen, an dem dieser Konsens aufgelöst wird. Deshalb bitte ich um Verständnis dafür, dass der Antragstext nicht erweitert werden kann, sondern dass das unser gemeinsamer Antragstext bleibt.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Dr. Stegner, ich dachte, dass das Konsens sei. Die Wortbeiträge haben mich dazu veranlasst zu glauben, dass allen Beteiligten auch an einer Beschleunigung des Verfahrens gelegen ist. Wenn wir das in den Text einbringen können, ist das eine Absichtserklärung, keine Feststellung.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Hamerich, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Hartmut Hamerich [CDU]:

Selbstverständlich.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich muss das jetzt in eine Frage kleiden: Sind Sie genauso wie ich verwirrt darüber, dass man etwas als Konsens bezeichnen kann, was auf der einen Seite beschleunigen und auf der anderen Seite verlangsamen beinhaltet?

- Das sehe ich ähnlich wie Sie. Deshalb wäre der Rückschluss durchaus möglich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie wiederum eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Hartmut Hamerich [CDU]:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

- Herr Abgeordneter.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Hamerich, der Punkt ist doch weniger, Menschen danach auszuforschen, welche innere

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Haltung sie zu diesem oder jenem haben. Das ist nicht der Punkt. Es geht vielmehr darum, als Landtag einen Punkt festzustellen, von dem der Kollege Vogt hier gesagt hat, das entspreche den Forderungen, die hier seit Jahren auch von der Opposition vertreten worden seien, nämlich das das koordiniert sein muss. Ich halte es für eine große Sache, wenn sich Menschen hier im Parlament zusammenfinden, um festzustellen, dass das sein muss - unabhängig von der Frage, wie sie dazu stehen. Jetzt eine Formulierung zu verwenden, die die eine oder die andere Seite in Schwierigkeiten bringt, leistet gar nichts.

Im Übrigen würde das womöglich dem Bundesverkehrsminister recht geben. Herr Döbrindt nämlich hat das Raumordnungsverfahren kritisiert. Er hat gesagt, das sei eine überflüssige Verzögerung. Wenn man dies durch so eine Veränderung quasi bestätigen würde, wäre das falsch. Wir glauben, dass die Bürgerbeteiligung notwendig ist.

Deswegen meine Bitte, der neutralen Feststellung, die niemanden für etwas in Anspruch nimmt, was er nicht will - auch Sie nicht, Herr Kubicki - zuzustimmen. Geben Sie sich einen Ruck, wenn es das war, was Sie immer vertreten haben. Nach Ihren Wortbeiträgen könnten Sie dem zustimmen. Wir können den Antragstext nicht verändern, weil damit dann nicht das Ziel erreicht wird, das wir erreichen wollen.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Sehr geehrter Herr Kollege Stegner, wenn Sie das „beschleunigt“ hinter dem „koordiniert“ nicht vertreten können - was halten Sie davon, dass wir einen Satz hinzufügen, in dem steht: „Damit wird beabsichtigt, eine Beschleunigung in das Verfahren zu bringen.“? Das ist eine reine Absichtserklärung.

Das Raumordnungsverfahren ist aus Ostholsteiner Sicht natürlich keine Verzögerung. Frau Fritzen hat es richtig angemerkt. Landrat Sager hat es ins Gespräch gebracht. Wir waren sehr froh darüber. Das Raumordnungsverfahren hat dazu geführt, dass rechtzeitig viele Leute beteiligt worden sind. Das müssen wir als Ostholsteiner auch erwarten können. Wir sind in Ostholstein diejenigen, die nicht nur den Vorteil, sondern auch die Lasten des ganzen Vorhabens haben.

Wenn wir einen ergänzenden Satz einfügen könnten, wären wir mit Sicherheit bereit, zuzustimmen.

Das ist nur eine Absichtserklärung. Wir haben es leider nicht in der Hand, das Verfahren damit zu beschleunigen.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann brauchen wir es auch nicht reinschreiben!)

- Herr Dr. Tietze, ich glaube schon, dass wir unsere Absichten reinschreiben können. Sonst bräuchten wir auch keine Resolutionen mehr verabschieden. - Danke.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, es geht momentan in dieser Debatte nicht mehr darum: „Wie schaffen wir es, das Beste für die Region hinzubekommen? Wie schaffen wir es, eine wirklich gute Hinterlandanbindung, wenn die Querung kommt, fertig zu haben?“, sondern es geht um die Gretchenfrage: „Bist du für das Projekt? Bist du dagegen? Willst du es beschleunigen? Willst du es verlangsamen? Wenn du einmal dagegen warst oder immer noch dagegen bist, darfst du dir keine Gedanken darüber machen, wie, wenn sich die andere Seite durchsetzt und eine Querung kommt, die Situation für die Menschen vor Ort geregelt wird.“

Das ist ähnlich, wie wir es zum Teil in Diskussionen erleben, wenn wir uns Gedanken machen - obwohl wir immer gegen Atomkraft waren - und dabei sind, darüber nachzudenken, wie man das elendige Müllproblem löst. Genauso machen wir uns auch Gedanken darüber, wie denn, wenn ein Tunnel gebaut wird - es gibt Prognosen, dass der Verkehr steigt; dieses Projekt soll ja einen Sinn machen - eine Lösung aussieht.

Herr Arp sagt: Es ist ja erst einmal kein Problem, wenn der Tunnel da ist, kann das alles über die A 1 abfließen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er hat nicht gesagt, es sei kein Problem!)

- Herr Arp - er ist im Moment leider nicht da - hat gesagt: Wir haben eine Autobahn, dann kann der Verkehr erst einmal darüber abfließen. Wenn der Verkehr so steigt, wie die Befürworter das immer sagen und der Tunnel auch so viel Nutzen bringt,

(Eka von Kalben)

könnte das unter Umständen ein Problem geben, auch mit der Brücke.

Ich will nur Folgendes sagen: Für uns alle ist extrem wichtig, dass hier eine **gute Lösung** für die **Region** gefunden wird. Ich kann sagen: Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass die Querung finanziell und ökologisch nicht richtig ist. Deshalb ist es für uns politisch nicht möglich, in irgendeiner Form eine **Beschleunigungsformel** zu beschließen, bei der es nicht darum geht, irgendetwas politisch gegenüber dem Bund zu verbessern, sondern die nur dazu dient, den Grünen - vielleicht auch den PIRATEN, die sich vielleicht vorstellen können, einem Antrag zuzustimmen, in dem ein koordiniertes Verfahren gefordert wird - eine Gretchenfrage aufzudrücken.

Herr Kubicki, Sie haben deutlich gemacht, Sie seien für beschleunigte Planungsverfahren. Ich glaube, dass man darüber tatsächlich nachdenken muss. Dazu gehört dann natürlich aber auch, darüber zu reden: Um welche Standards geht es? Wo ist Rechtssicherheit eingeschränkt? Darüber kann man fachlich sicherlich sinnvoll reden. Für uns geht es nicht, soziale und ökologische Standards bei der Hinterlandanbindung einzuschränken. Insofern besteht für mich die Gefahr - auch nach Ihrem Wortbeitrag zu den Planungen im Zuge der Deutschen Einheit. Deshalb ist eine Beschleunigung in dem Text für uns nicht akzeptabel, obwohl ich es bedauern würde, wenn Ihre Zustimmung daran scheiterte. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich habe noch zwei weitere Wortmeldungen. - Zunächst der Herr Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorbehalte, die Frau von Kalben eben für die Grünen wieder vorgetragen hat, gab es in **Dänemark** auch bei jedem Projekt, das ähnlich war. Dieses Projekt ist größer als die anderen vergleichbaren Projekte in Dänemark. Aber die Argumente der Gegner in Dänemark waren immer die gleichen, die Sie jetzt auch vortragen. Nach der Realisierung des Projektes haben sie sich mit dem Erfolg, der sich immer wieder eingestellt hat, verflüchtigt. Deswegen ist in Dänemark so eine große Mehrheit für dieses Projekt. Deshalb stehen die Dänen nach wie vor

unverrückbar dazu - trotz Problemen, die bei Großprojekten immer wieder auftreten.

Frau von Kalben, ich muss nun ernsthaft sagen: Ich glaube Ihnen nicht, dass Sie so konstruktiv sind, wie Sie eben behauptet haben. Ich mache einen wirklich konstruktiven Vorschlag, nämlich nach dem ersten Absatz einzufügen: „Das beinhaltet **verstärkte Anstrengungen auf deutscher Seite.**“ Sonst macht das alles keinen Sinn. Sonst macht Ihr Antrag keinen Sinn.

(Beifall FDP und CDU)

Die Dänen werden nicht auf uns warten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter!

Christopher Vogt [FDP]:

Deswegen beantrage ich für meine Fraktion, das einzufügen. Das können auch die Antragsteller übernehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es daran scheitern würde.

Herr Dr. Stegner, ehrlich gesagt, wir haben dann doch ein Problem. Wenn es so ist, dass große Teile der SPD den Antrag so verstehen, wie wir ihn verstehen, nämlich im Kopf mit dieser Anfügung, und wenn die Fraktion der Grünen ihn genau anders herum versteht, nach dem Motto, mit der koordinierten Planung solle das Projekt weiter hinausgezögert und verschleppt werden, dann haben wir ein Problem. Wenn das von Teilen der Koalition so verstanden wird, dann können wir dem Antrag nicht zustimmen. Deshalb sagen wir: Lassen Sie uns diesen Satz einfügen, dann ist das klar.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, zwei Dinge: Zum einen bitte ich Sie, sicherzustellen, dass Ihr Antrag bis zur Abstimmung in schriftlicher Form vorliegt.

Zweitens. Herr Abgeordneter Dr. Stegner hat eine Zwischenbemerkung an Sie.

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Vogt, ich hatte Ihre erste Einlassung so verstanden, und das ist auch der Punkt, dass es nicht mehr darum geht, sich hier an einer Grundsatzzdebatte aufzuhalten, und es geht auch

(Christopher Vogt)

nicht darum, nachzuforschen, was sich jeder wünscht. Ist es nicht ein Fortschritt, dies festzustellen, wenn alle, auch diejenigen, die gegen das Projekt sind, sagen, es müsse eine gemeinsame Koordinierung geben? Das Handeln der Landesregierung geht doch nicht in die Richtung, irgendetwas zu verzögern, sondern es geht darum, dass wir uns **verstärkte Anstrengungen des Bundes** wünschen, zum Beispiel fiskalischer Art, damit zum Beispiel die Fehmarnsund-Querung vernünftig erfolgt. Das ist doch inhaltlich darin enthalten. Wir sollten uns, was die Frage angeht, ob der eine sich eine Beschleunigung oder eine Verlangsamung wünscht, nicht überfordern. Wir sollten die Verantwortung ausdrücken.

Herr Präsident, vielleicht wäre es möglich, dass wir die Sitzung für fünf Minuten unterbrechen, um kurz darüber beraten zu können, denn ich glaube, eine Überweisung an die Ausschüsse macht keinen Sinn. Wenn dies möglich ist, dann lassen Sie uns kurz die Sitzung unterbrechen, damit wir den Vorschlag erörtern können.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich muss natürlich das Einverständnis der anstehenden Redner haben. Vorher hat jedoch Herr Vogt die Möglichkeit, seinen Redebeitrag zu Ende zu bringen. Ich werde dies sofort aufrufen.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Dr. Stegner, ich bin beeindruckt, wie konstruktiv Sie heute an die Sache herangehen. Ich verstehe, dass die Koalition noch Beratungsbedarf hat. Ich hoffe jedoch sehr, dass die Grünen über ihren Schatten springen, denn sonst wären die Beiträge, die von den Grünen kamen, nämlich dass sie konstruktiv an die Sache herangehen, nicht glaubwürdig. Daher hoffe ich, dass Sie sich darauf einigen können.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt frage ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen, ob er damit einverstanden ist, die Sitzung zu unterbrechen, oder ob er erst seine Rede halten möchte.

(Johannes Callsen [CDU]: Ich habe keinen Redebeitrag angemeldet!)

- Ach so, dann hat jetzt Herr Abgeordneter Günther das Wort für seinen Dreiminutenbeitrag. Danach werde ich die gewünschte Sitzungsunterbrechung aufrufen und entsprechend verfahren. Herr Abgeordneter Günther, Sie haben das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ich glaube, dass dies für Ihre Beratungen auch wichtig ist, sage ich für meine Fraktion, dass wir mit der Formulierung, die der Kollege Vogt eben vorgestellt hat, sehr gut leben können. Wir würden einem solchen Antrag zustimmen. Wir würden dann ein gemeinsames Signal aussenden. Mir ist es auch deshalb wichtig, dass dies ein gemeinsames Signal ist, weil ich finde, dass wir hier heute nicht einen Antrag beschließen und über einen Antrag abstimmen können, bei dem wir zum Schluss gemerkt haben, dass es nur darum ging, diesen Antrag so zu formulieren, dass all diejenigen zustimmen können, die für die Beschleunigung sind, dass dem Antrag aber auch zugestimmt werden kann, wenn man für die Verlangsamung ist, dass man dem Antrag zustimmen kann, wenn man für die Fehmarnbelt-Querung ist, dass man dem Antrag aber auch zustimmen kann, wenn man gegen die Fehmarnbelt-Querung ist. Das können Sie von uns auch nicht verlangen. Was ist das bitte für eine Aussage, die der Landtag dann machen würde?

(Serpil Midyatli [SPD]: Das ist konstruktiv!)

Ich muss auch sagen: All das, was Sie zum Schluss erklärt haben, macht das, was Sie vorher hier im Landtag gesagt haben, schlicht zu Makulatur.

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

Wenn das glaubwürdig sein soll, was auch der Kollege Tietze gesagt hat, nämlich dass Sie eine Beschleunigung erreichen wollen, wenn die Vorwürfe, die Sie uns gemacht haben, indem Sie gesagt haben: Sie wollen doch wohl nicht verhindern, dass der Bund jetzt schneller arbeitet, wenn all das glaubhaft sein soll, dann müssen Sie einem solchen Ansinnen, das die FDP vorgetragen hat, zustimmen. Wir würden das jedenfalls tun, und ich freue mich, wenn es dann doch heute ein gemeinsames Signal geben sollte. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Präsident! Ich wäre dankbar, wenn Sie dies noch entgegennehmen würden!)

- Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie nehmen noch eine Anmerkung entgegen? - Das ist ja etwas Besonderes. Bitte.

Daniel Günther [CDU]:

So besonders ist das nicht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Dass jemand geht und dann wiederkommt, ist schon etwas Besonderes.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Oppositionsführer, das, was der Kollege Vogt hier vorgetragen hat, war sachlich, und wir denken darüber nach, ob man dem folgen kann. Ihr Beitrag eben war nicht hilfreich, wenn man eine Einigung möchte. Herr Kollege, es geht um Verantwortung, es geht nicht um Motiverforschung. Es geht auch nicht um die Veränderung der Debatten der letzten Monate. Deshalb werbe ich bei Ihnen sehr dafür, dass wir uns am Text orientieren und dass Sie hier nicht in der letzten Sekunde noch Oppositionsführer spielen, um zu versuchen, doch noch einen politischen Feldgewinn zu erreichen. Darum geht es nicht, sondern es geht um Verantwortung für die Region. Das ist das, was uns dazu motiviert, über Ihren Vorschlag nachzudenken. Darum bitte ich herzlich, alles andere ist hier nicht vernünftig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

Daniel Günther [CDU]:

Ich nehme das zur Kenntnis, Herr Dr. Stegner. Ich bleibe aber dabei, dass ich versucht habe, Ihnen dabei zu helfen,

(Lachen SPD)

Ihre Redebeiträge mit dem in Einklang zu bringen, was wir hier im Landtag machen. Das hat der Kollege Hamerich auch vorgeschlagen. Nachdem Sie immer wieder betont haben, dass es Ihnen in Wahrheit um Beschleunigung geht, war es doch nur selbstverständlich, dass wir gesagt haben, dass dieses Wort auch aufgenommen wird.

Wenn die FDP mit ihrem Antrag jetzt noch weiter auf Sie zugeht, dann finde ich, dass das ein tolles Zeichen ist, das wir als Opposition in diesem Bereich gesetzt haben. Von daher: Lassen Sie uns nicht weiter darüber spekulieren. Beraten Sie gern

in Ruhe. Vielleicht schaffen Sie ja noch einen gemeinsamen Antrag.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete von Kalben, eine Anmerkung zur Geschäftsordnung? - Bitte.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich möchte noch eines klarstellen. Herr Arp war eben draußen, als ich gesprochen habe, und Herr Günther hat vielleicht nicht zugehört. Es geht uns darum: Wir können einen Kompromiss finden, und wir würden auch gern einen Kompromiss finden. Wenn Sie uns jetzt aber wieder unterstellen, dass dann, wenn dieser Antrag beschlossen wird, die Grünen für irgendeine positive Aussage zum Projekt wieder vor die Klammer gezogen werden, dann ist damit eine Kompromissmöglichkeit nicht mehr da. Leider ist diese Klarstellung nach diesem Redebeitrag noch einmal nötig, ich melde mich ja nicht ständig zu Wort, um die Debatte zu verlängern. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen: Für uns ist das nicht die Gretchenfrage zum Projekt, nämlich: Wollt ihr das schneller, wollt ihr das langsamer? - Wir wollen das Beste für die Region. Deshalb wünsche ich mir sehr, dass wir entsprechend des Vorschlags des Kollegen Vogt einen gemeinsamen Antrag hinbekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt FDP - Daniel Günther [CDU]: Das machen wir so. Was soll ich dazu sagen?)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in eine kurze Pause gehen, habe ich noch eine geschäftsleitende Bemerkung: Ich bitte Sie zu berücksichtigen, dass die Landesregierung noch nicht gesprochen hat. Eventuell beziehen Sie die Landesregierung in irgendeiner Form ein, damit das nicht aneinander vorbeigeht. - Das wäre hilfreich. Dann unterbreche ich die Sitzung bis 11:45 Uhr. Wir werden dann weitertagen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 11:38 bis 11:46 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, wir setzen die kurz unterbrochene Sitzung fort.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Die antragstellenden Fraktionen haben ihren Antrag modifiziert. Diese Modifizierung trägt Ihnen nun der Herr Abgeordnete Dr. Stegner vor.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wären bereit, den Vorschlag des Kollegen Vogt mit einer kleinen Veränderung zu übernehmen. Wir wollen nicht zum Ausdruck bringen, dass es verstärkte Anstrengungen auf deutscher Seite erfordert, sondern aufseiten des Bundes; denn die Planungskompetenz und die Finanzfragen liegen ja beim Bund. Deswegen müssen wir präzise sein. Wenn wir also diese Formulierung für die von Ihnen beabsichtigte Veränderung vornehmen könnten, dann würden wir uns dem so anschließen. Das wäre dann auch formal mein Antrag.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das ist also jetzt die neue Fassung des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW.

Nun hat das Wort für die Landesregierung der Herr Wirtschaftsminister Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den Jahreswechsel habe ich etwas gemacht, was manche von Ihnen sicherlich auch gemacht haben. Ich habe mir nämlich eine Auszeit genommen. Ich hatte die Idee, weit weg zu fahren, nämlich nach Südafrika, um mich von manchen Themen fernzuhalten. Bereits am zweiten Tag - man informiert sich ja vor Ort immer auch darüber, was so los ist - konnte ich in der „Cape Times“ in Kapstadt über die Infrastruktur in Deutschland lesen. Dabei konnte ich auch erfahren, dass der große Mythos „Deutschland als Infrastrukturland“ nicht mehr das ist, von dem viele glauben, dass er das sein sollte. An der Stelle hat mich die Wirklichkeit also wieder eingeholt.

Herr Kubicki, die Debatte über **Infrastruktur** und darüber, wie schnell wir eigentlich Vorhaben in Deutschland umsetzen, müssen wir in der Tat führen, aber eben auch an anderer Stelle, vor allem im Bundestag.

Zum Thema feste **Fehmarnbelt-Querung** und **Hinterlandanbindung** will ich gleich zu Beginn sagen: Ich freue mich sehr, dass es offensichtlich möglich ist, dazu bei allen Gegensätzen, die ver-

ständig sind, gemeinsame Positionen hier im Landtag zu formulieren. Ich finde es ganz wichtig, ein solches Zeichen auch nach draußen zu senden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir erleben - das ist nichts Ungewöhnliches -, dass bei Bauvorhaben dieser Größenordnung **Verzögerungen** eintreten können. Das wissen wir. Verzögerungen gibt es hier aber nicht nur auf deutscher Seite, sondern auch auf dänischer Seite. Es ist sicherlich auch manchmal ein Fehler der Politik, immer Zeitvorstellungen zu nennen - Sie kennen das auch von anderen Projekten in Schleswig-Holstein -, die dann am Ende nicht eingehalten werden.

Ich glaube, unsere Verantwortung besteht nun darin, bei solchen Projekten mit größerer Sorgfalt vorzugehen. Deswegen ist es eminent wichtig zu betonen, dass wir bei diesem Projekt eine **gute Koordination** zwischen der dänischen und der deutschen Seite brauchen. Das ist der entscheidende Punkt, und den müssen wir auch herausstellen. Es geht hier nicht um Verlangsamung, sondern es geht um vernünftige Koordinierung.

(Beifall SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, uns ist bekannt, dass es sich hier um ein Projekt nicht nur für Schleswig-Holstein handelt, nicht nur für Deutschland und nicht nur für Dänemark, sondern es ist ein EU-weites Projekt von großer Bedeutung. Das wird immer wieder betont. Gerade deswegen müssen wir berechnete Anliegen, Einwendungen und so weiter ernst nehmen. So liegen zum Beispiel bei der Fehmarnbelt-Querung inzwischen 3.000 Einwendungen bei Femern A/S vor, die alle beantwortet werden müssen. Auch dies ist ein Fakt, der dazugehört. Das geht eben auch nicht von heute auf morgen. Auch insoweit werden wir erleben, dass Zeitpläne sich nicht immer so verwirklichen lassen, wie man sich dies mal vorgestellt hatte.

Wir haben auch ein **Raumordnungsverfahren** durchgeführt. Natürlich ist auch dies ein Grund dafür, dass die Trassenplanung mehr Zeit kostet. Aber Sie wissen doch alle, warum wir dieses Raumordnungsverfahren durchgeführt haben. Wir haben es durchgeführt, weil es in den Bäderorten zahlreiche Sorgen gab, dass dort in Zukunft der Güterverkehr auf der Schiene durchrollen könnte. Ich habe auch als zuständiger Tourismusminister gesagt, es könne doch nicht sein, dass wir insoweit keine besseren Lösungen fänden. Deswegen haben wir dieses Raumordnungsverfahren durchgeführt.

(Minister Reinhard Meyer)

(Beifall SPD und SSW)

Aus diesem Grunde haben wir auch eine hohe Akzeptanz gewonnen, wenn auch natürlich nicht bei allen. Auch der Bund hatte uns schon 2011, also schon vor meiner Zeit, dazu ermuntert, ein solches Raumordnungsverfahren durchzuführen. Insofern sind auch hier wieder Sorgfalt und Gründlichkeit vor Schnelligkeit zu setzen, um am Ende des Tages die beste Lösung für die Region zu finden.

Und, Herr Arp, weil Sie danach gefragt haben: Ich finde es gut, miteinander zu diskutieren. Ich finde es aber nicht gut, hier Dinge in die Welt zu setzen, die gar nicht stimmen.

(Beifall SPD und SSW)

Für die **Schienenstrasse** bei der Planung und bei der Umsetzung ist die **Deutsche Bahn** zuständig. Die Planungsbehörde ist das Eisenbahnbundesamt.

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

Was die Kosten für den **Lärmschutz** angeht, ist auch der **Bund** zuständig. Stellen Sie also doch bitte in diesen Diskussionen nicht immer wieder falsche Behauptungen auf, sondern lassen wir die Dinge dort, wo sie sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum **Staatsvertrag**. Natürlich war es 2007/2008 - ich habe das immer wieder betont, auch hier - ein Fehler, dass man die **Fehmarnsund-Querung** überhaupt nicht zum Bestandteil des Staatsvertrags gemacht hat. Natürlich wissen wir heute, warum. Denn die Summe sollte 1 Milliarde € nach damaligem Kostenstand nicht übersteigen. Das ist es, was Politik am Ende auf die Füße fällt.

Natürlich werden Sie jetzt sagen, dass ein SPD-Verkehrsminister in einer großen Koalition verantwortlich war. Wie dem auch sei, trotzdem finde ich es falsch, wie es gemacht worden ist. Wenn man solche Dinge gemacht hat, haben wir in der Folge - dabei geht es um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger - viel zu argumentieren, übrigens unabhängig vom Zustand der Fehmarnsundbrücke. Auch damals war schon klar: Wenn vier Fahrspuren aus Norden auf eine zweispurige Brücke und zwei Schienenstränge aus Süden auf einen Strang auf der Brücke treffen, wird das nicht funktionieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Keiner hat es thematisiert. Meine Damen und Herren, da fingen die Probleme an, mit denen wir heute zu kämpfen haben.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zum Staatsvertrag sagen, zum viel zitierten Artikel 22 Absatz 2 Satz 2. Ich sage es sehr deutlich: Das ist keine **Ausstiegsklausel**. Es gibt keinen einseitigen Ausstieg aus diesem Staatsvertrag. Das sieht er nicht vor. Das ist eine **Verständigungsklausel**. Aber natürlich muss man auch mit einer Verständigungsklausel verantwortungsvoll umgehen. Das gehört dazu, meine Damen und Herren.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Minister, gestatten Sie zwei Abgeordneten eine Zwischenfrage beziehungsweise eine Anmerkung? Zunächst hat sich der Abgeordnete Dornquast gemeldet.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ich kann nicht auswählen?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie können leider nicht auswählen. Sie können nur Ja oder Nein sagen.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie stimmen zu. Bitte schön.

Volker Dornquast [CDU]: Herr Minister, wir haben jetzt über die Verantwortlichkeiten, darüber, wer was zu tun hat, gesprochen. Unzweifelhaft hat das Land den Planungsauftrag für die Straße. Ich darf Sie fragen, wie weit die Planung dort fortgeschritten ist und wann wir mit einem Baubeginn des Ausbaus der Straßen auf Fehmarn und bis Fehmarn rechnen können, unabhängig von der Brücke.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Wir erwarten den Planfeststellungsbeschluss bei der B 207 auf Fehmarn noch in diesem Jahr, bis zum Sommer. Das ist der letzte Stand. Wir haben das so beim Bund angemeldet, dass er dies finanziert. Der

(Minister Reinhard Meyer)

Bund ist da bisher sehr zögerlich. Das passt zu der allgemeinen Aussage von Herrn Arp, wir hätten keine baureifen Projekte, nicht ganz. Wir werden also dann, wenn wir den Planfeststellungsbeschluss beim Bund vorlegen, sehen, ob er es entsprechend finanziert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt hat der Abgeordnete Dr. Breyer das Wort. Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Minister, ich habe eine Frage zum **Staatsvertrag**. Unabhängig davon, wie er konkret auszulegen und juristisch zu verstehen ist, ist ein Vertrag ja eine Verständigung von zwei Parteien. Glauben Sie, dass Dänemark, dass das dänische Parlament in diesem Jahr trotzdem dem Baugesetz zustimmen würde, wenn Deutschland oder Schleswig-Holstein sagen würde: Aufgrund neuer Erkenntnisse, nach den ganzen Fehlern, die gemacht worden sind - Sie selber haben es Webfehler genannt -, nach den Kostensteigerungen, nach den zusätzlichen Auswirkungen für die Region, die sich seitdem ergeben haben, haben wir unsere Meinung geändert und steigen aus dem Projekt aus?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die würden sofort aufhören!)

Glauben Sie, dass Dänemark gegen den Willen Schleswig-Holsteins und gegen den deutschen Willen auf dem Vertrag bestehen würde, darauf, dieses Projekt durchzuziehen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Woher wissen Sie, wie der deutsche Wille aussieht?)

Oder glauben Sie nicht auch, Herr Kubicki, dass, wenn wir sagen würden, dass wir unsere Meinung geändert haben und aussteigen wollen, dieser Ausstieg auch mit unseren dänischen Partnern möglich wäre?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Bei mir geht es nicht um Glaube, Liebe, Hoffnung. Ich will mich auch nicht an Spekulationen beteiligen. Ich sage Ihnen nur, was Fakten sind, Herr Breyer. Das sind die jüngsten Fakten. Der erste Fakt ist, dass Herr Staatssekretär Ferlemann in ei-

nem Schreiben an die Bürgerinitiative „Ratekau wehrt sich“ klar gesagt hat: Wir werden den Vertrag nicht aufkündigen.

(Beifall CDU)

Tatsache ist auch, dass ich selber am 12. Januar 2015 in Padborg den dänischen Transportminister Heunicke in dieser Angelegenheit gefragt habe und er genau das Gleiche erklärt hat wie Herr Ferlemann. Das sind die Fakten, die wir im Moment haben, und sie sind sehr aktuell.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie noch eine weitere Anmerkung des Abgeordneten Harms? - Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Lars Harms [SSW]: Ich wollte die Gelegenheit zumindest nicht ungenutzt lassen, dass auch bei mir die Erziehung wieder durchschlägt. Ein Verhalten seitens Deutschlands, wie es der Abgeordnete Breyer gerade geschildert hat, dass Deutschland Fakten schafft und dann, nachdem es Fakten geschaffen hat, dem Vertragspartner sagt „So, jetzt sieh, wie du klarkommst. Mach es, bitte schön, genauso wie ich!“ - das ist eigentlich keine normale Umgangsform unter Menschen. Das wollte ich zumindest hier geäußert haben.

(Beifall SSW, SPD und FDP)

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Machen Sie das jetzt miteinander aus, oder soll ich darauf antworten?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben das Wort, Herr Minister. Es ist an mir, eventuell weitere Wortmeldungen zuzulassen. Sie haben das Wort. Aber wenn Sie möchten, kann ich natürlich Herrn Dr. Breyer das Wort erteilen. - Sie möchten. Bitte schön, Herr Dr. Breyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Dass ich möchte, will ich relativieren. Aber ich erlaube es Ihnen gern.

(Heiterkeit)

(Minister Reinhard Meyer)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke, Herr Minister. - Ich möchte nur mit einer Anmerkung darauf reagieren, was der Kollege Lars Harms mir falsch unterstellt hat, und klarstellen, dass es natürlich auch einem vertragstreuen Partner Deutschland möglich ist, dem Vertragspartner zu sagen: Wir würden diesen Vertrag gern ändern und aufheben. - Vollkommen vertragstreu, lieber Lars Harms, könnten wir zu Dänemark sagen: Wir wollen aussteigen. Wir wollen den Vertrag einvernehmlich ändern. Wir setzen ihn um, solange er gilt, wir wollen ihn aber ändern. - Das war meine Bemerkung. Danke schön.

- Dazu, Herr Breyer, kann ich noch einmal auf die Fakten verweisen, die ich gerade genannt habe. Diese Bereitschaft gibt es offensichtlich auf beiden Seiten ganz aktuell nicht.

(Beifall SPD, CDU und SSW)

Meine Damen und Herren, ganz wichtig ist zum Schluss: Ich denke, wir müssen immer wieder betonen, dass wir die **Region mitnehmen** müssen. Wir müssen auch - das ist unsere Pflicht als Landesregierung - die **Chancen**, die eine Fehmarnbelt-Querung bietet, wenn man dafür ist, auch innerhalb der Region immer wieder deutlich machen.

Unser Teil als Landesregierung ist, dass wir durch Information und Kommunikation Transparenz herstellen. Das **Dialogforum** wurde bereits erwähnt. Wir werden auch erleben, dass die **Deutsche Bahn** mehrfach **Veranstaltungen** vor Ort planen wird. Wir werden - den Auftakt dazu haben wir schon gemacht - auf Fehmarn mit **Kommunalkonferenzen** weiter über den Themenschwerpunkt Fehmarnsund-Querung reden. All das ist notwendig, damit in der Region darüber diskutiert wird, was die besten Lösungen sind. Wir wollen diesen konstruktiven Dialog, meine Damen und Herren. Insofern ist mein Motto: Mitgestalten, nicht mitverhindern. - Aber ich sage sehr deutlich - das tue ich auch in allen Diskussionen direkt vor Ort -: Ich habe größten Respekt für die Gegner, die sehr kundig unterwegs sind und auch ein großes Interesse an der Region haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Das darf man ihnen in der Situation nicht absprechen, auch wenn man selber klar für diese Querung ist. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es wurde beantragt, den vorliegenden Antrag nach dem ersten Absatz, hinter dem Wort „vermeiden“, um den Satz zu ergänzen: „Das beinhaltet verstärkte Anstrengungen aufseiten des Bundes.“ Diese ergänzte Vorlage des Antrags wird so geändert zur Abstimmung gestellt.

Es ist beantragt worden, über den geänderten Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist bei drei Gegenstimmen der PIRATEN – – Nun sind es plötzlich vier. Kann ich bitte noch einmal sehen, wie viele PIRATEN gegen diesen Antrag stimmen? - Vier Gegenstimmen der PIRATEN. - Damit ist der Antrag angenommen. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Bürgerbusse in Schleswig-Holstein verlässlich fördern - Verkehrliche Grundversorgung in der Fläche gewährleisten

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2623

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir Schülerinnen und Schüler des Carl-Maria-von-Weber-Gymnasiums in Eutin und den Vorsitzenden des Bürgerbusvereins Malente, Ingo Wagner. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Es geht um die Drucksache 18/2623. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die antragstellende Piratenfraktion der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir PIRATEN beantragen, **Bürgerbusse** in Schleswig-Holstein verlässlich zu fördern, um die verkehrliche Grundversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger in der Fläche zu gewährleisten.

Wir alle kennen das Problem: Es gibt immer weniger Busverbindungen in unserem Land, zumal, da

(Dr. Patrick Breyer)

der Schülerverkehr zurückgeht. Gleichzeitig haben wir eine sich **verstärkende Zentralisierung**, eine Fokussierung auf einige Einrichtungen. Daher müssen viele Einrichtungen in der Fläche leider schließen. Ältere Menschen, mobilitätseingeschränkte Menschen, aber auch jüngere Menschen werden dadurch verstärkt abgehängt von der Versorgung, vom Zugang zu Einrichtungen.

Angesichts dieser Situation halten wir PIRATEN an unserem Ziel fest, ein **Modellprojekt** zur Erprobung eines **fahrscheinlosen**, von allen finanzierten **Nahverkehrs** durchzuführen. Aber auch für die Regionen, in denen es keine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr gibt, braucht man eine Lösung. Eine Lösung könnten die Bürgerbusse sein.

Bürgerbusse bedeuten: Bürger fahren für Bürger. Das heißt, eine Busverbindung wird von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich organisiert und bedient. Das bedeutet, dass der Nahverkehr sozusagen von unten organisiert wird. Ein solches Angebot bedeutet für Menschen, die keinen eigenen Pkw haben, wirklich einen Gewinn an Lebensqualität. So können sie sich in ihrem Umfeld bewegen. Das ist ein bezahlbares, umweltfreundliches und barrierefreies Verkehrsangebot. Bürgerbusse ermöglichen aber auch die Vernetzung der Bürger vor Ort. Sie tun sich zusammen, um gemeinsam ehrenamtlich an einem Projekt mitzuarbeiten. Ein solches Projekt trägt, insgesamt gesehen, dazu bei, den ländlichen Raum, die Region zu erhalten und vor dem Aussterben zu bewahren. Das heißt, ein solches Verkehrsangebot ist auch ein Wirtschafts- und Standortfaktor.

(Beifall PIRATEN)

In Schleswig-Holstein gibt es schon zwei Buslinien, die von Bürgerbusinitiativen ehrenamtlich betrieben werden. Drei weitere Initiativen streben an, solche Buslinien zu betreiben; eine Initiative aus Malente haben wir gerade begrüßt. Ich möchte diesen Menschen, die die Verkehrsversorgung vor Ort ehrenamtlich organisieren, meine Anerkennung für ihren großen Einsatz zum Ausdruck bringen. - Meine herzliche Anerkennung!

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider müssen wir feststellen, dass wir in Schleswig-Holstein hinsichtlich dieses Angebots noch hinterherhinken. In Rheinland-Pfalz gibt es über 20 Bürgerbuslinien, in Niedersachsen über 40 und in Nordrhein-Westfalen sogar über 100. Wenn es

bei uns nur 2 Bürgerbuslinien gibt, dann ist das zu wenig; das sage ich ganz klar.

Deswegen beantragen wir die Einrichtung eines **Kompetenzteams Bürgerbusse**. Wir wollen, dass ein Team fachkundige Beratung anbietet, wenn es um die Einrichtung von Bürgerbussen geht, einen Leitfaden herausgibt und die einzelnen Initiativen vernetzt.

Zweitens beantragen wir eine verlässliche **Finanzierung** beziehungsweise Förderung von Bürgerbussen. Es gibt dafür Mittel, zum Beispiel EU-Mittel zur Förderung des ländlichen Raums und Mittel für innovative Verkehrsangebote. Wir müssen auch sehen, dass es, gemessen an dem, was wir für Schienenverkehr oder Busverkehr ausgeben, um verhältnismäßig wenig Geld geht. Ein Großteil der Kosten entsteht ja gar nicht, weil Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich arbeiten. Die Kosten, die man zum Beispiel für die Anschaffung der Busse, den laufenden Betrieb und die Organisation braucht, sind verhältnismäßig gering. Bei diesem Thema müssen wir mehr tun. Andere Länder zeigen uns, dass wir mehr tun können.

(Beifall PIRATEN)

Die **Mittel der Förderinitiative AktivRegion**, die es dafür gibt, reichen nicht aus; das ist von Region zu Region unterschiedlich. Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz müssen wir ein landesweites Förderprogramm auflegen, um eine wirklich verlässliche Finanzierung zu organisieren. Die Initiativen dürfen nicht alle paar Jahre wieder vor demselben Problem stehen und sich fragen: Wie können wir den nächsten Bus finanzieren?

Wir PIRATEN und die Bürgerinitiativen für Bürgerbusse in unserem Land wünschen uns, dass wir in den Beratungen über diesen Antrag gemeinsam einen fraktionsübergreifenden Weg finden, um Bürgerbusse in Schleswig-Holstein verlässlich zu fördern und die verkehrliche Anbindung, die Grundversorgung in der Fläche zu gewährleisten. Ich freue mich darauf, diesen Antrag mit Ihnen in den Fachausschüssen zu beraten und eine Fördermöglichkeit zu finden. Ich glaube, das ist machbar. Und es ist wichtig, dass wir alle uns hinter die Initiativen und dieses Programm stellen. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen einen Konsens zu finden. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch mein Lob und das Lob meiner Fraktion gelten den Bürgerinitiativen, den Bürgervereinen, die solche Busverbindungen ehrenamtlich organisieren. Das hilft den Menschen sehr, aber auch dem Ansehen unseres Landes. - Herzlichen Dank für Ihr Engagement!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Warum machen die Menschen das? Sie organisieren solche Verbindungen, weil es in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein viele **unerschlossene Räume** gibt. Ich selber weiß, wie es ist, wenn man am Sonntag aus Wacken nach Itzehoe mit dem Bus fahren möchte, um Verwandte, Freunde oder Bekannte zu besuchen, und sei es nur im Krankenhaus. Man hat gar keine Chance, weil es keine **Busverbindung** gibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es fahren bald auch keine Taxen mehr!)

- Herr Kollege Kubicki, das wollte ich gerade sagen. Das ist das nächste Problem: Wir können nicht einmal mehr auf die **Taxen** verweisen, weil gerade im ländlichen Raum viele Taxiunternehmen ihre Lizenzen zurückgeben. Das heißt, wir haben generell ein großes Problem in Sachen Mobilität in der Fläche.

Insofern ist der Antrag von Herrn Dr. Breyer und den PIRATEN gut, aber man ist damit zu kurz gesprungen. Es geht nicht allein um die Frage, wie wir Bürgerbusse organisieren können, sondern es geht darum - darüber wird auch in anderen Bundesländern diskutiert - zu fragen, wie wir Mobilität überhaupt organisieren können. Wie schaffen wir es, Menschen aus den Dörfern in die Städte zu bringen, damit sie weiter miteinander in Verbindung bleiben können? Dabei geht es nicht unbedingt um eine 24-Stunden-Versorgung. Wir alle wissen, dass der demografische Faktor gerade im ländlichen Raum eine große Rolle spielt: Die demografische Entwicklung hat zum Beispiel zur Folge, dass der Wert der Häuser fällt. Viele können ihr Haus nicht mehr verkaufen, weil es keine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr gibt. Wenn die Menschen älter werden, werden die Probleme noch größer. Deshalb müssen wir, Herr Dr. Breyer, generell über

das Thema Mobilität reden und nicht nur über das Thema Bürgerbusse, auch wenn es ehrenwert ist, über Bürgerbusse zu diskutieren.

Bei der Frage der **Finanzierung** sind wir vielleicht unterschiedlicher Auffassung. Viele von uns sagen: Das ist eine wichtige Aufgabe der **kommunalen Selbstverwaltung**, bei der das Land allenfalls helfen kann. Hier wird die Idee vertreten, etwas von unten nach oben entstehen zu lassen. Es geht also nicht darum, von oben etwas aufzudrücken, seitens des Landes.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen vor Ort sollen und müssen allein entscheiden können. Von mir aus kann es dafür eine Unterstützung geben, aber wir müssen das schön voneinander trennen. Ob man dafür ÖPNV-Mittel oder andere Mittel einsetzen kann, diese Frage lassen wir einmal dahingestellt. Ich weiß, dass man mit der Frage nach der Finanzierung jedes Projekt zerstören kann; deshalb sollten wir dieses Thema nachrangig behandeln.

Wir sollten erst einmal **grundsätzlich** über **Mobilität** reden, auch über Car-Sharing und was da sonst noch alles möglich ist. Im Moment wird ein **Entwicklungsplan für Hamburg** erarbeitet, und zwar unter Berücksichtigung der verschiedenen Verkehrssysteme. Es soll eine App geben, in der man eingeben kann: Hier bin ich, und da will ich hin. Das Programm zeigt Ihnen dann, wie Sie möglichst günstig oder möglichst schnell - das sind ja manchmal zwei unterschiedliche Dinge - dorthin kommen.

Wir müssen uns in Schleswig-Holstein über dieses Thema austauschen, und zwar mit Vertretern aller Verkehrsträger. Wir dürfen dabei niemanden ausschließen. Wir dürfen auf keinen Fall sagen: Der auf gar keinen Fall. Und wir dürfen auch nicht sagen: Die müssen unbedingt dabei sein. - Alle, die heute am Markt sind, müssen einbezogen werden. Schleswig-Holstein kann Vorbild sein, wenn wir diese Herausforderung bewältigen. Wir dürfen nicht übersehen, dass die Herausforderungen in diesem Bereich noch sehr viel größer werden.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag im Verkehrsausschuss zu diskutieren. Ich bitte aber auch darum, dass man umfänglich darüber diskutiert, dass man die Diskussion breit anlegt. Wir müssen alle einbeziehen, die davon betroffen sind. Dann werden wir gemeinsam, hoffentlich, zu einer Lösung kommen, die langfristig trägt und nicht nur kurzfristige Effekte auslöst. Natürlich wollen wir die Bürgerbusse unterstützen - wir finden das Thema gut -, aber es

(Hans-Jörn Arp)

gibt viele Themen, die wir dabei berücksichtigen müssen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wahrscheinlich hat es Sie verwundert, dass sowohl Kollegen der Fraktion der Grünen als auch ich bei dem Beitrag des Kollegen Arp Beifall bekundet haben. Es ist sehr vernünftig, was Sie gesagt haben.

Sehr geehrter Herr Kollege Breyer, wir sind Ihnen dankbar, dass Sie ein Thema aufgreifen, das wir bereits 2012 im Koalitionsvertrag erwähnt haben, weil uns damals bereits bewusst war, dass der heute thematisierte **Bürgerbus** in einzelnen Regionen Schleswig-Holsteins eine sinnvolle **Ergänzung** darstellen kann. In unserem Koalitionsvertrag steht, dass im Bereich der individuellen Mobilität die Landesregierung das Thema Innovationen im ÖPNV, wie Rufbus- und Ruftaxisysteme und ehrenamtliche Bürgerbusse, aufgreifen wird. Bürgerbusse können eine hervorragende Einrichtung sein. Es handelt sich um bedarfsbezogene Bediensysteme, die geringe Grundkosten haben und soziale Anbindung im ländlichen Raum mit Mobilität und Ehrenamt verknüpfen.

Dieses Mobilitätsinstrument gibt es schon in Ansätzen seit den 80er-Jahren. Herr Breyer hat bereits darauf hingewiesen: Engagiert sind vor allem Regionen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen und weiteren Bundesländern. In Schleswig-Holstein gibt es mit dem im Sommer 2014 hinzugekommenen Angebot in Ladelund nur wenige Bürgerbusse.

Aufgrund einiger Studien gibt es inzwischen brauchbare Erkenntnisse darüber, was Bürgerbusse leisten können und was nicht, und das Internet ist voll von Erfahrungsberichten. Es ist allerdings nicht so, dass Bürgerbusse ein Allheilmittel für mangelnden ÖPNV sind, da immer genau vor Ort entschieden werden muss, welches Angebot dort von den Menschen benötigt wird. Der Bürgerbus ist also kein Patentrezept. Grundsätzlich können Bürgerbusse eine vernünftige Ergänzung zu professionel-

len Angeboten im Nahverkehr sein. Allerdings hat ihre Einsatzmöglichkeit auch Grenzen. Wir sollten nicht zu kurz denken, indem wir bei Älteren oder bei bewegungseingeschränkten Menschen einfach ein Verkehrsmittel durch ein anderes ersetzen und sonst alles beim Alten belassen. Mobilität kann beispielsweise auch bedeuten, dass unter Berücksichtigung der Bedarfe der Menschen die Angebote zu den Menschen kommen, dass mehr dezentral gedacht und lokal gehandelt wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Hans-Jörn Arp [CDU] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Sie wundern sich, dass ich klat sche, aber das mache ich hin und wieder, wenn Sie etwas Vernünftiges sagen!)

Ein Bürgerbus darf nicht isoliert stehen. Im optimalen Fall ist er in ein kombiniertes professionelles und ehrenamtliches Netzwerk eingebunden, zum Beispiel mit einem Treff für Bürgerinnen und Bürger. Organisatorische Fragen und Vernetzungen sind zu klären. Hierzu zählen insbesondere die Schnittstellen zum Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs. Zu vermeiden ist eine weitere Reduzierung der **ÖPNV-Anbindung** im ländlichen Raum. Bürgerbusse können unter bestimmten Umständen bestehende Busverkehre ergänzen. Sie sollten jedoch nicht an deren Stelle treten und den öffentlichen Sektor verdrängen.

(Beifall SPD)

Wenn der Erwachsene beispielsweise für eine Fahrt mit dem Bürgerbus in Ladelund ein Entgelt von 1 € oder 1,50 € zahlt und gleich westlich davon mit dem öffentlichen NVB für eine vergleichbare Strecke 2,85 € oder 3,90 € gezahlt werden, muss die Frage der **Konkurrenz** erlaubt sein.

(Vereinzelter Beifall CDU und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Zudem wäre die pauschale Forderung der PIRATEN, die Landesregierung möge die Kosten von Bürgerbussen komplett tragen, in dieser Form ein Kahlschlag für den ÖPNV.

(Beifall SPD und SSW)

Der ÖPNV wird bei uns seit Jahren von den Kreisen organisiert, da diese vor Ort bedarfsgerechter entscheiden können. Sie können sich sicherlich vorstellen - ich beende den Satz noch, dann kommen Sie dran, Herr Dr. Breyer -, wenn eine Landesregierung mit kostenfreien oder ergänzenden Buslinien winken würde - so wie es die PIRATEN in ihrem Antrag fordern -, wie begeistert die Kreise die größten defizitären Linien aufgeben würden, da ja das

(Kai Vogel)

Land die Buslinien mit einem Bürgerbus übernehmen würde. Das kann wahrlich nicht das Ansinnen sein. - So, jetzt bitte einmal die Uhr anhalten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einer Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Vogel, wir wollten mit unserem Antrag deutlich machen, dass Bürgerbusse keinen öffentlichen Personennahverkehr ersetzen sollen, sondern dass sie Lücken schließen und Angebote ergänzen sollen. Deswegen haben wir auch keine vollständige Finanzierung gefordert, sondern gesagt, dass bestimmte Kostenkomponenten ganz oder teilweise übernommen werden sollten. Vielleicht kennen Sie die Finanzierungsregelungen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen, wo es entsprechende Landesprogramme gibt. Würden Sie vor dem Hintergrund meine Einschätzung teilen, dass es sinnvoll wäre, wenn wir eine **verlässliche landesweite Finanzierung** zumindest eines Teils der Kosten, die bei einem solchen Bürgerbusbetrieb anfallen, hinbekämen?

Kai Vogel [SPD]:

Ich bezog mich bei meiner Feststellung - das war der erste Teil Ihrer Bemerkung - auf die Formulierung im Antrag. Da haben Sie geschrieben, Sie forderten eine gänzliche Förderung.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Nein!)

- Sie haben die Formulierung doch eben selbst gebraucht: entweder teilweise oder ganz.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ganz oder teilweise!)

- Teilweise oder ganz. In dem Antrag steht „oder ganz“ drin, und das heißt zur Gänze. Das ist etwas, was ich ablehne. Das habe ich in meinem Beitrag kundgetan.

(Beifall SPD)

Des Weiteren haben Sie sicherlich die Mail von einem Taxiunternehmer gelesen, die uns heute kurz vor sieben zugegangen ist und die alle verkehrspolitischen Sprecher erhalten haben. Nicht nur der ÖPNV, sondern natürlich auch private Taxiunternehmer sehen das durchaus kritisch. Herr Kubicki hat es schon angesprochen, dass natürlich auch die

Taxiunternehmen schauen, dass am Ende Linien aufrechterhalten werden können. Auch ein Kahlschlag dort kann nicht in unserem Interesse sein.

Bürgerbusse sollen die Mobilität in einzelnen strukturschwachen Regionen ermöglichen. Doch es gilt, noch viele rechtliche Fragen zu klären. Daher stimme ich mit allen Vorrednern überein, dass wir das im Ausschuss detailliert klären sollten. Ich beantrage daher die Überweisung in den Ausschuss, allerdings nicht in den Verkehrs-, sondern in den Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich bei den anwesenden Bürgerbusbetreibern für ihr Engagement bedanken. Ich sage: Weiter so!; denn davon brauchen wir mehr in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

In den Städten ist es mit Bussen oftmals gut gelöst und perfekt abgestimmt, wie in Preetz oder Plön: alle halbe Stunde alle Richtungen. Doch auf dem Land, gerade in Nordfriesland, woher ich komme, ist es oftmals so, dass die Buslinien unregelmäßig und viel zu selten fahren. Die typische **Buslinie im ländlichen Raum** hat einfach keine Zukunft mehr. Sie wird, wenn wir ehrlich sind, fast nur noch von Schülerinnen und Schülern genutzt, und bekanntlich gibt es im ländlichen Raum immer weniger. Dann fährt nur noch der Schulbus morgens hin und nachmittags zurück, und der Arztbesuch wird, gerade für die ältere Bevölkerung, zur Tagesreise, und der Einkauf wird unmöglich.

Der **Bedarf an öffentlicher Nahmobilität** steigt, insbesondere aufgrund des demografischen Wandels. Deshalb müssen wir Nahmobilität auch mit den Herausforderungen des demografischen Wandels übereinkommen.

Wir Grüne setzen dabei auf starke Linien und flexible Bedienung vor Ort. Dazu gehören Züge, Überlandbuslinien, Rufbusse, Bürgerbusse, Linientaxis und vieles mehr. Hierfür müssen wir Antworten

(Dr. Andreas Tietze)

finden und ein integriertes Gesamtkonzept voranbringen. Bürgerbusse sind eine wichtige Antwort, aber eben nur eine. Insofern, lieber Herr Dr. Breyer, haben Sie das Problem richtig erkannt, aber Ihre Diagnose geht uns Grünen nicht weit genug. Damit aus den Puzzleteilen auch ein richtiges Bild wird, bedarf es eines Gesamtkonzeptes.

So begrüßen wir die Umwandlung der ehemaligen LVS in den Aufgabenträgerverbund **nah.sh**. Das haben wir politisch vorangetrieben. nah.sh steht dafür, dass Land und Kommunen zusammenarbeiten, damit der ÖPNV - ich zitiere aus der Gründungspräambel - „für die Menschen leicht verständlich, möglichst barrierefrei und flexibel nutzbar und bezahlbar“ wird. Im nah.sh sehen wir auch den kompetenten **Ansprechpartner** für die **Bürgerbusvereine**. Wir brauchen keine neuen Arbeitskreise, lieber Herr Dr. Breyer, sondern wir müssen die Kompetenz, die in unseren Strukturen vorhanden ist, einsetzen.

Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen haben bereits viele dutzendmal Bürgerbusse mit bis zu 80.000 € gefördert. Antragsteller sind dabei die ortsansässigen Busbetriebe, mit denen die Bürgerbusse zusammenarbeiten.

Ganz interessant fand ich übrigens: Die notwendigen Formulare sind mit Ausfüllhilfen sehr einfach aus dem Internet direkt herunterladbar und so für die Bürgerinnen und Bürger sehr unkompliziert und unbürokratisch nutzbar. So einfach muss es nach unserer Auffassung für Bürgerinnen und Bürger sein, die sich engagieren wollen.

Es müssen aber auch Rechtsvorschriften beachtet werden. Ich erinnere an das Personenbeförderungsgesetz, an Linienkonzessionen und viele andere bürokratische Vorschriften, die für einen Bürgerverein zunächst einmal abschreckend sind.

Über 150 Bürgerbusse gibt es inzwischen in Deutschland, aber nur zwei davon fahren in unserem Land. Wir finden, das ist zu wenig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Einer davon fährt in Ladelund, und wir wissen auch, dass dieser Bus deshalb auf die Straße gesetzt worden ist, weil er durch die AktivRegion gefördert worden ist. Wichtig ist: Wir brauchen keine **Konkurrenzen**. Das Wenige, das wir im Land haben, müssen wir sichern. Deshalb müssen wir sehr genau hinschauen. Das werden wir im Ausschuss tun.

Ein Bürgerbus kann Wegbereiter für einen Linienbus sein. So ist es im Übrigen in Sievershütten ge-

schehen. Die Bürgerbuslinie war dermaßen erfolgreich, dass sie inzwischen in einen regulären Linienbetrieb überführt worden ist.

Ein Bürgerbus ist mehr als Verkehr. Er stärkt den **sozialen Zusammenhalt** vor Ort. Nicht nur das Ehrenamt, sondern auch Bürger vor Ort wissen oftmals viel besser, wer wann wohin gebracht werden muss.

Jede Reise beginnt bekanntlich mit einem ersten Schritt, doch oft wird es Mitbürgern schwer gemacht, die kein Auto haben, auf diese Reise zu gehen. Hier müssen wir ansetzen. Das ist richtig, weil es hilft, den Bürgern einerseits angesichts des demografischen Wandels Serviceangebote zu unterbreiten, andererseits aber auch in Zeiten des Klimawandels CO₂ einzusparen.

Für uns reicht die Mobilitätskette von Tür zu Tür. Die Mobilitätskette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Dieser Antrag repariert nur ein Glied. Deshalb lassen Sie uns im Ausschuss darüber beraten, welche weiteren Aspekte wir noch brauchen. Gehen Sie davon aus, dass wir auch und gerade die **Förderstrukturen** noch einmal anschauen müssen. Nicht die Vollkasko-Mentalität, sondern das Thema Anreizsysteme würde vielen Bürgerbusvereinen schon helfen, wenn man wüsste, dass man wenigstens bei den Investitionskosten eine Unterstützung bekommt, sodass sich die Betriebskosten entsprechend verringern.

(Beifall PIRATEN, Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Dies werden wir sehr wohlwollend mit Ihnen gemeinsam besprechen. Ich habe es als sehr wohlthuend empfunden, lieber Herr Kollege Arp, dass Sie in Ihrer Rede so konstruktiv und gut in das Thema eingeführt haben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Karriereende bei mir, mein Lieber!)

- Wir haben durchaus auch Projekte im Land im **Verkehrspolitischen Beirat** umgesetzt, in dem wir gemeinsam für die Verkehrspolitik Verantwortung getragen haben. Das ist keine Seltenheit.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Es gibt eine Bemerkung, die der Abgeordnete Breyer machen möchte. Lassen Sie diese zu? Dann hätten Sie die Gelegenheit, darauf noch zu antworten.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte schön, wenn es ihn drängt.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Dr. Tietze, ich freue mich sehr, dass Sie besonders dem im Antrag enthaltenen Vorschlag für ein landesweites verlässliches Förderprogramm gegenüber aufgeschlossen sind. Sie haben aber den ersten Punkt unseres Vorschlags, nämlich ein Kompetenzteam einzurichten, so wie ich es verstanden habe, doch sehr negativ beantwortet und dem eine Absage erteilt. Aber Sie haben in Ihrer Rede auch gesagt, dass die Bürgerbus-Initiativen sich oft bürokratischen Hindernissen gegenübersehen. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass eine Beratung, wie es sie in anderen Bundesländern für Bürgerbus-Initiativen gibt - sozusagen eine **Anlaufstelle** -, helfen könnte, mehr Bürgerbusse, die wir gemeinsam wollen, auf die Straße zu bringen?

- Lieber Herr Kollege Dr. Breyer, ich glaube, da liegt ein Missverständnis vor. Ich habe mich nicht gegen die Beratung gewandt oder gegen ein Portal mit niedrighschwelligem Zugang, um zu wissen, wie man Bürgerbusse initiiert. Ich habe mich nur dagegen gewandt, dass wir immer wieder neue Arbeitskreise einrichten,

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

die dann am Ende nicht wirklich zu Ergebnissen führen. Ich glaube, dass wir in dem Verkehrsverbund nah.sh eine gute Struktur haben. Die haben wir aufgebaut, und dort haben wir professionelle Kompetenz. Ich gehe davon aus, dass sie das gerade mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Ich gehe davon aus, dass die nah.sh so arbeiten wird. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich, dass wir ein gutes, niedrighschwelliges Beratungsportal bekommen. Deshalb sind wir in der Zielsetzung nicht weit auseinander. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Mir ist zugetragen worden, dass die FDP-Fraktion ihre Rede zu Protokoll gibt. Herr Vogt, das stimmt? - Okay.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann werde ich jetzt den Kollegen Flemming Meyer für die Abgeordneten des SSW bitten.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vor einer Entscheidung sollte man erst einmal die Menschen befragen, die davon profitieren sollen. Das hat 2010 auch die **AktivRegion Nordfriesland-Nord** so gehalten. Sie hat mithilfe von Wissenschaftlern untersuchen lassen, was sich die Menschen in den kleinen Dörfern des Amtes Südtondern bezüglich ihrer Mobilität wünschen. Der Titel der Untersuchung lautete „Mobile Daseinsvorsorge“, also genau das Thema, bei dem uns die PIRATEN die Unterstützung von Bürgerbussen durch das Land vorschlagen.

Die Bewohner im ländlichen Raum haben sich ganz gut organisiert, stellte sich heraus, nicht immer optimal, aber doch zufriedenstellend. Die Familie hilft sich untereinander, aber auch Freunde und Nachbarn organisieren Fahrdienste oder übernehmen ab und zu den Einkauf. Das gilt im besonderen Maße für die älteren, oft mobilitätseingeschränkten Frauen und Männer. Im Dorf hilft man sich gegenseitig. Ergänzend wünschen sich vor allem die älteren Befragten mobile Angebote, dass also ein Bäckerbus mehrmals in der Woche für frisches Brot sorgt oder ein rollender Lebensmittelmarkt ins Dorf kommt.

Die Wissenschaftler haben sich einerseits die Strukturen und andererseits die Wünsche der Nordfriesen angeschaut. Sie empfehlen **flexible Bedienformen im Nahverkehr**. Dies sollte ausdrücklich über den Einsatz von Bürgerbussen hinausgehen. Dies kann man im Ergebnisbericht nachlesen. Diese Empfehlung ist ein ganz klares Plädoyer für den Ausbau des bestehenden und gegen den Aufbau eines neuen Systems.

Mit den **NVB** hat man in Niebüll einen **regional ansässigen Anbieter**, dem offenbar zugetraut wird, sein Angebot zu verdichten und die Dörfer im Amt besser zu verbinden. Ich verstehe dies als einen ganz interessanten Hinweis in unserer Debatte. Allerdings muss man, wenn man genau hinschaut, einräumen, dass da vieles noch nicht umgesetzt worden ist.

(Beifall SSW und PIRATEN)

In Nordfriesland gibt es schon einen **Bürgerbus**, und zwar in **Ladelund**. Die Anstrengungen des Ladelunder Bürgerbusvereins waren riesig und zogen sich über Jahre hin. Die Initiatoren berichten von einem regelrechten Marathon, bis die Finanzierung

(Flemming Meyer)

für den Bus und das Training der Fahrer gesichert war. Aber jetzt fährt der Bus. Seit einem halben Jahr können die ersten Erfahrungen gemacht werden. Wir sollten jetzt nachfragen, wie es gelaufen ist, wie der Bus angenommen wird und ob das Angebot wirklich gut läuft. Bevor wir hier im Landtag einen Beschluss fassen, sollten wir die vorliegenden Erfahrungen aus Ladelund unbedingt gründlich auswerten.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber - und darüber sollten wir uns im Klaren sein - es gibt auch grundsätzliche Einwände gegen einen **flächendeckenden Einsatz** von Bürgerbussen.

Erstens. Im Bereich der Daseinsvorsorge ist der Staat und nicht der Bürger in der Pflicht. Wir sollten prüfen, inwieweit das Land eine Verdichtung des Fahrplans oder neue Buslinien bezuschussen kann. Inwieweit können Anbieter beim Ausbau ihrer Takte oder der Aufnahme neuer Haltestellen durch das Land unterstützt werden? Wie ist das Interesse bei den Anbietern? Warten sie vielleicht nur auf entsprechende Programme? Das Wirtschaftsministerium hat gezeigt, dass durch gute Ausschreibungen im Bereich der Schiene handfeste Komfortverbesserungen für die Nutzer herauspringen können. Ich frage mich, ob nicht der **Ausbau der Liniensebusse** die bessere, eventuell auch die zuverlässigere Alternative zum flächendeckenden Bürgerbus ist.

(Beifall SSW, Lars Winter [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens. Tarif geht vor. In der Begründung weisen die PIRATEN darauf hin, dass die Bürgerbusse das Angebot des ÖPNV nicht verdrängen, sondern ergänzen sollen. Aber Papier ist geduldig, denn das ist eine blauäugige Annahme. Gerade beim Bürgerbus besteht die Gefahr, dass das **Ehrenamt** zu einem Ersatz für **tarifgebundene Arbeitsplätze** verkommen könnte.

(Beifall SSW und Lars Winter [SPD])

Das ist - das will ich ganz klar sagen - mit dem SSW nicht zu machen. Wir kämpfen nicht auf der einen Seite für existenzsichernde Löhne im ÖPNV, um sie dann hintenherum wieder einzukassieren.

(Beifall SSW und Lars Winter [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Breyer, bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Meyer, ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass es natürlich besser ist, wenn es ein öffentliches Beförderungsangebot gibt. Aber die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden vor Ort haben nun eben einmal das Problem, dass die Verbindungen nicht vorhanden sind und dass die entsprechenden Mittel seit Jahren gleich bleiben, das heißt real sogar zurückgehen, sodass auch die Verbindungen sogar zurückgehen. Sind Sie nicht auch meiner Meinung, dass, wenn es schon kein öffentliches Angebot gibt, ein ehrenamtlich organisiertes besser als gar nichts ist, und ist Ihnen bekannt, dass die Bürgerbusse immer in Kooperation und im Auftrag der örtlichen Verkehrsunternehmen fahren, also nie gegen deren Willen, nie in Konkurrenz, sondern immer nur in Abstimmung und mit deren Zustimmung?

Flemming Meyer [SSW]:

Darüber bin ich mir sehr wohl im Klaren. Wenn Sie jetzt abgewartet hätten, hätten Sie meine Konklusion gehört, dass wir genau diesen Antrag im Ausschuss sehr intensiv beraten sollten. Ich spreche mich nicht gegen Bürgerbusse insgesamt aus, mache aber darauf aufmerksam, dass damit durchweg Aspekte verbunden sind, die gefährlich sind und die wir wirklich intensiv erarbeiten sollten. Wie gesagt: Das mit dem Tarif ist für mich schon eine sehr wichtige Frage. Ich möchte nicht, dass ehrenamtliche Busse Arbeitsplätze vernichten - auf keinen Fall; das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall SSW und vereinzelt CDU - Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Genau! Das wollen wir auch nicht!)

Das müssen wir dann sehr gründlich diskutieren. Ob es machbar ist, werden wir sehen.

Drittens. Ist ein **Taxi** nicht vielleicht auch eine Alternative? Fahrdienste werden inzwischen in vielen Kommunen über Verträge mit hiesigen Taxiunternehmen abgewickelt - egal ob es dabei, wie zum Beispiel in Flensburg, um die Versorgung einer Kita mit Mittagessen geht oder um die Fahrt zur Schule für Schüler mit Behinderung. Ich denke,

(Flemming Meyer)

dass auch der Einsatz von Sammeltaxis oder Ruftaxis im ländlichen Raum geprüft werden sollte. Das wäre durchaus eine realistische und an vielen Stellen auch kostengünstige Möglichkeit.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege.

Flemming Meyer [SSW]:

Zusammenfassend schlage ich die Beratung im Ausschuss vor. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Dann hat jetzt für die Landesregierung Herr Minister Reinhard Meyer das Wort. Bitte schön.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über Ladelund und den dortigen **Bürgerbus** ist schon einiges gesagt worden. Im Grunde genommen wird hier eine sympathische Lösung präsentiert: Da, wo die Angebote des ÖPNV nicht mehr wirtschaftlich darstellbar sind, in Regionen, die sonst abgeschnitten werden, haben sich Bürgerinnen und Bürger zu einer Initiative zusammengefunden und betreiben einen sogenannten Bürgerbus, der auf ehrenamtliches Engagement setzt und Mobilität auch für diejenigen organisiert, die kein Auto haben oder nicht mehr selbst ein Auto fahren können, und das auch noch zu einem sehr günstigen Preis - wir haben es gehört -: Das Ticket kostet 1 € oder 1,50 €. Da ist es selbstverständlich, dass es Nachahmer gibt. Diese Idee ist gut, ob in Malente oder in Meldorf.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Insofern ist es sehr begrüßenswert. Ich habe großen Respekt vor denjenigen, die das ehrenamtlich umsetzen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber es greift natürlich zu kurz - wir haben das in der Debatte auch schon gehört -, nur über Bürgerbusse zu reden. Insbesondere der **demografische Wandel** wird uns vor allen Dingen in den ländlichen Räumen vor erhebliche Aufgaben stellen, was die **Organisation** des **öffentlichen Personennahverkehrs** in den nächsten Jahren angeht. Deswe-

gen, meine Damen und Herren, brauchen wir ein Mobilitätskonzept für Schleswig-Holstein. Unser Ministerium wird daran arbeiten, dass die Landesregierung hier Antworten gibt - für die Zukunft des Personennahverkehrs in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Insofern ist das Angebot eines Bürgerbusses natürlich immer nur eine Ergänzungsaufgabe, wenn alle anderen Sachen nicht mehr funktionieren.

Wir müssen uns intensiver damit auseinandersetzen, wie man das organisiert; denn es geht ja auch um Aufgaben. Die Aufgabenträger - das wurde auch schon gesagt - sind auf der **kommunalen Ebene**. Insofern ist es eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Kreise und kreisfreien Städte. Das heißt, wir brauchen die regionalen Akteure, die hier mitmachen können.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, kostet das alles auch Geld. Wir reden über die Möglichkeiten, die wir den Kommunen mit den 57 Millionen € jährlich für den Personennahverkehr geben. Aber letztendlich - ich will das ganz offen sagen - hängen wir natürlich an der ganzen Debatte über Regionalisierungsmittel und die Fortführung im Gemeindefinanzierungsgesetz nach 2019. Das gilt übrigens auch für andere Länder wie Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

Angesichts der Vergleiche, die die PIRATEN ziehen, behaupte ich: Wir haben es in Schleswig-Holstein bisher geschafft, mehr Nahverkehr zu organisieren als beispielsweise Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

(Vereinzelter Beifall SPD, SSW und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern ist auch an der Stelle eine ehrliche Debatte gefordert.

Wir müssen also über den größeren Rahmen reden. Wir sind auch gern dazu bereit, das im Ausschuss zu tun, natürlich unter dem Stichwort **Mobilität**. Denn wenn man hinter die Kulissen des Modellprojekts in Ladelund schaut, dann sieht man, dass es am Ende nur funktioniert hat, weil dort verschiedene Institutionen Fördermittel hineingegeben haben: die AktivRegion, der Kreis Nordfriesland selber, das Wirtschaftsministerium auch. Ich möchte dann lieber Projekte haben, die sich selber finanzieren.

Wir bleiben beim eigentlichen Thema - das hat Herr Meyer vom SSW richtig dargestellt -: Ich bin der dezidierten Auffassung, dass der öffentliche

(Minister Reinhard Meyer)

Personennahverkehr Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und wir immer zunächst diese Lösung wählen sollten, meine Damen und Herren. Das heißt, der Bürgerbus ist dann die Ultima Ratio, wenn wir in bestimmten Regionen bestimmte Standards des Nahverkehrs nicht mehr gewährleisten können.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Breyer?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Minister, bei der zuletzt genannten Zielsetzung sind wir uns einig. Sie haben gesagt, dass Ihnen Initiativen lieber sind, die sich selber finanzieren. Sind Sie der Meinung, dass sich auch der Busverkehr und der **öffentliche Personennahverkehr selber finanzieren** sollten? Ihnen ist sicherlich wie mir bekannt, dass da normalerweise eine Kostenunterdeckung von bis zu 90 % besteht. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass man Bürger zumindest bei den Restkosten und den Investitionskosten unterstützen sollte, wenn sie schon ehrenamtlich fahren und so die Kosten des Verkehrsangebots senken?

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Breyer, Sie verwirren mich, denn den ersten Satz, den Sie mir unterstellen, habe ich so nicht gesagt. Insofern erübrigt sich der Rest.

Meine Damen und Herren, wenn wir Bürgerbusse weiterentwickeln wollen, dann gibt es einen natürlichen Partner: Wir haben im letzten Jahr den **Aufgabenträgerverbund nah.sh** neu gegründet. Dort sitzt das Land, die LVS, mit den Aufgabenträgern auf der kommunalen Ebene, den Kreisen, zusammen, meine Damen und Herren. Ich glaube, da ist der richtige Platz: Wir müssen das Thema Bürger-

busse auf die Agenda von nah.sh setzen. Dort gehört es hin, meine Damen und Herren.

Ich sage auch: Wenn wir Bürgerbusse haben, dann müssen wir im Sinne des Gesamtziels zum Beispiel auch dafür sorgen, dass sie den Schleswig-Holstein-Tarif anwenden. Man muss also nicht nur die Leute in einem öffentlich geförderten Projekt erst einmal mit einem Preis von 1 € anlocken, sondern es muss sich irgendwann auch finanzieren. Es muss der gleiche Fahrschein gelten, wenn die Leute von Ladelund aus losfahren und dann umsteigen, um in andere Richtungen zu fahren. All das muss mit bedacht werden. Ich glaube, nah.sh ist hier der richtige Ort, um die Integration von Bürgerbussen in Schleswig-Holstein zu organisieren.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, noch einmal: Bürgerbusse sind kein Ersatz für staatliches Handeln. Wir bevorzugen als Landesregierung den Weg über nah.sh, mit dem Blick auf den ÖPNV im ganzen Land. Wir wollen ein Mobilitätskonzept für Schleswig-Holstein. Wenn wir Geld ausgeben - das richte ich an die Adresse des Antragstellers -, dann sollten wir wissen, was wir tun. Ich glaube, was den Antrag der PIRATEN angeht, weiß man das noch nicht. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich schließe deshalb die Beratungen.

Es ist beantragt worden, den Antrag in der Drucksache 18/2623 an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass wir den folgenden Tagesordnungspunkt 25 C - „Konsequenzen aus dem Urteil des OVG Schleswig-Holstein“ - nach der Mittagspause aufrufen, die wir entsprechend zeitlich anders einplanen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau 60 Minuten ab jetzt!)

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

- Vielen Dank, Herr Kollege Arp, für Ihre Unterstützung. Wir werden uns um 13:45 Uhr wieder in diesem Plenarsaal treffen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 12:38 bis 13:48 Uhr)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir wollen die Sitzung fortführen. Wir beginnen nicht mit dem gesetzten schulpolitischen Tagesordnungspunkt, sondern mit den Dringlichkeitsanträgen. Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass diese jetzt nacheinander aufgerufen werden. Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Konsequenzen aus dem Urteil des OVG Schleswig für den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2652 (neu)

Konsequenzen aus dem Urteil des OVG Schleswig für den Ausbau der Windenergie - Einberufung eines Runden Tisches zur Zukunft der Windenergie in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2662

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume das Wort, der - ich will nicht despektierlich sein - durch Ministerpräsident Torsten Albig „vertreten“ wird, wollte ich gerade sagen.

(Heiterkeit)

„Vertreten“ finde ich unangemessen. Wir freuen uns, dass Torsten Albig als Ministerpräsident jetzt zu uns spricht.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das tue ich sehr gern, zumal es sich hier um landesplanerische Fragen handelt und die Landesplanung in der Staatskanzlei verortet ist. Daher ist es fachlich geboten, dass ich dazu berichte.

Das **Urteil des OVG** hat eine große Veränderung in der Art und Weise, wie wir landesplanerisch mit dem Ausbau der **Windenergie** umgehen, mit sich gebracht. Nun gilt es, klug, angemessen und möglichst schnell darauf zu reagieren.

Was sagt das Urteil im Kern? Es stellt fest, dass das, was wir in den letzten Jahren gemeinsam für richtig gehalten haben, als Grundlage für die Organisation des landesplanerischen Vorgehens beim Ausbau der Windenergie so, wie wir es gemacht haben, nicht trägt. Wir haben im Landesentwicklungsplan 2010 raumordnerische Ziele beschrieben. In Nummer 3.5.2 - Windenergie - Absätze 8 ff. definieren wir Bereiche, in denen wir keine Eignung sehen, definieren wir Ausschlussgebiete, im Kern beschrieben durch Begrifflichkeiten wie FFH, Wald oder Ähnliches. Wir haben charakteristische Landschaftsräume beschrieben, in denen wir enge Prüfungen für notwendig halten.

Darüber hinaus haben wir jenseits der Definition im **Landesentwicklungsplan 2010** folgende politische Einigung gehabt, die von der Vorgängerregierung zutreffenderweise genutzt wurde: Überall da, wo wir lokal Bürgerbegehren, Bürgerentscheide gegen Wind haben, ziehen wir gar nicht erst in Erwägung, ob es sich um Eignungsgebiete handeln soll oder nicht. Wäre ich damals für Raumordnung zuständig gewesen, hätte ich es exakt so gesehen, wie es das Innenministerium damals gesehen hat. Das war mit dem Ziel begründet, dass wir in einem Land, in dem es eine große Bereitschaft gibt, Windenergie möglich zu machen, und wir viel Fläche haben, um das Ziel von 1,5 oder 1,7 % zu erreichen, keinen Zwang ausüben müssen, wenn Menschen sagen: Wir wollen das nicht.

(Beifall)

Selbst um den Preis, dass diese Flächen objektiv gesehen geeigneter gewesen wären als andere, auf die man dann gegangen ist.

Hier hat uns das OVG nun gesagt, dass wir Überlegungen, die mit **Landesplanung** nichts zu tun haben, zu landesplanerischen machen, und das sei unzulässig. Der kommunale Wille sei kein landesplanerisches Argument.

(Uli König [PIRATEN]: Unglaublich!)

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Ich habe das nicht zu bewerten, ich habe das zur Kenntnis zu nehmen. Wir alle haben das natürlich gesehen und gespürt, weil wir es nicht zu Zielen der Landesplanung gemacht haben. Das taucht im Landesentwicklungsplan mit keinem Wort irgendwo auf. Wir haben ein planerisches Ziel. Es war für uns quasi ein Vor-die-Klammer-Ziehen politischer Erwägungen. Das war - noch einmal - politisch ein kluges und richtiges, rechtlich jetzt ausgeurteilt nicht richtiges Vor-die-Klammer-Ziehen. Ich hätte es genauso getan.

Wir haben 50 Normenkontrollklagen gegen die Teilfortschreibung der entsprechenden **Regionalpläne**. Ein Teil davon, betreffend die ehemaligen Regionalplänen I und III, ist jetzt entschieden; die anderen Verfahren stehen noch aus. Die werden aber genauso durchentschieden werden wie bei den zwölf Klagen, die jetzt bei I und III verhandelt worden sind. Es wird keine andere Entscheidung geben.

Was heißt das jetzt? Wir haben keine wirksamen Ziele mehr von Landesplanung in diesem Bereich. Auch die von uns beschriebenen Ziele, die Unterscheidung zwischen weichen und harten Kriterien, sind vom Gericht als nicht ausreichend begründet beschrieben worden. Wir haben das so gemacht - auch das hätte ich so geteilt, wie das Innenministerium das gemacht hat -, weil wir es immer so getan haben. Das ist nicht 2008 Herrn Dornquast so eingefallen; es ist immer so verfahren worden. Wir waren uns immer sicher, dass, wenn wir sagen: „FFH wollen wir nicht, das und das wollen wir nicht“, das ein klares, fundiertes, stabiles Rechtsgefühl in Schleswig-Holstein beschreibt. Das ist dort beschrieben. Es ist ein klarer Begriff, keiner, an dem man groß herumrätseln muss.

Aber auch da haben wir erfahren, dass beispielsweise ein Begriff wie „Wald“, den wir als hart, als Ausschlusskriterium genommen haben, für ein Gericht nur ein weicher ist. Es hat gesagt, es könnte Wald geben, wo es sinnvoll ist. Es könnte auch FFH-Gebiete geben, in denen es doch geht. Das haben wir so nicht gesehen. Das würde ich auch immer noch nicht so sehen. Aber auch das muss ich zur Kenntnis nehmen.

Wir haben also keine Ziele mehr. Für Anträge, die heute beim LLUR zur Genehmigung anstehen - nur um die geht es; für die bereits Genehmigten gilt altes Recht, für die bereits Projektierten und Gebauten sowieso; Sie haben Bestandsschutz -, diejenigen, die sich noch in der Genehmigung befinden, aktuell in einem Volumen von ungefähr 1,1 GW Windenergieleistung, einem Investitionsvolumen von über 1 Milliarde €, gilt nur noch das zugrunde

liegende Bau- und sonstige ordnungsrechtliche Genehmigungsrecht wie Emissionsschutzrecht, Denkmalschutzrecht oder Ähnliches.

Wir bewegen uns also auf der Ebene von § 35 Absatz 1 Nummer 5 Baugesetzbuch, Privilegierung im Außenbereich. Dort sind **Windanlagen** dezidiert als privilegierte Bauvorhaben beschrieben, die nur dann nicht zulässig wären, wenn Sie nach § 35 Absatz 3 Zielen der Raumordnung widersprechen. Die haben wir jetzt aber nicht mehr. Also kann es keine Ziele der **Raumordnung** geben, denen Sie widersprechen könnten, sodass jetzt allein auf der Basis von § 35 zu entscheiden ist.

Darauf müssen wir nun gemeinsam sehr schnell eine Antwort geben. Das ist nicht ganz trivial. Wenn es trivial gewesen wäre, hätten wir damals schon andere Antworten gegeben. Wir müssen fragen: Wie genau fangen wir den Bürgerwillen, der nur auf kommunaler Ebene stattfinden kann, so ein, dass wir ihn auf eine Ebene heben, dass er landesplanerisch eine Sperrwirkung ausübt? Wie kriegen wir das hin? Wie mache ich aus unserem gemeinsamen Verständnis eine Regelung?

Wir haben Eiderstedt ausgenommen - klug, wie ich finde. Wie heben wir das aus dem Abwägungsprozess hervor, sodass wir jetzt auf ganz Eiderstedt, von Kommune zu Kommune, keinen Kampf haben? Wie heben wir dieses planerische Ziel, das wir gemeinsam hatten, das uns alle eint, schnell - nicht indem wir jetzt 500 Anträge nach § 35 abarbeiten - auf eine Ebene, dass es quasi vorgreifend vor jeder weiteren landesplanerischen Erarbeitung oder Durchdringung wirkt? Das ist nicht trivial. Das ist jetzt zu leisten. Das können wir nur gemeinsam tun.

Ich habe mich - Herr Günther hat das in der Zuspitzung kritisiert, die ich gelesen habe - mitnichten gefreut, dass das eine Stärkung von Investoren ist. Faktisch ist es das natürlich, weil wir jetzt das gesamte Land mit dem, was da jetzt gilt, als Eignungsgebiet haben. Jeder, der jetzt Anträge stellt, hat nur § 35. Damit ist eine Begrenzung von 1,7 nicht mehr gegeben. Fiele uns also nichts ein, müsste alles nach § 35 durchentschieden werden. Überall da, wo Immissionsschutzrecht, wo Denkmalschutzrecht, wo Luftsicherung oder Ähnliches greift, könnte das untersagt werden. Ansonsten gibt es einen Anspruch darauf, im Außenbereich zu bauen, und zwar Mühle für Mühle.

Auch das war klug, dass man gesagt hat: Wir wollen das gebündelt haben, wir wollen es konzentriert haben, wir wollen Parks haben, wir wollen nicht im ganzen Land atomisiert einzelne Mühlen haben.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Auch das könnte - zumindest in der Steuerungswirkung - durch das Land nicht mehr verhindert werden.

Kommunen können natürlich morgen anfangen, Flächennutzungspläne auszuweisen oder in ihren Aufstellungsprozess zu gehen und mit diesen nach Baugesetzbuch Veränderungssperren erlassen. Aber sie können nach unserer Auffassung in keinem Fall für ihr jeweiliges gesamtes Kommunalgebiet eine Verhinderungsbauplanung machen. Sie können eine Konstellationsbauplanung machen nach dem Motto: Wir wollen hier in diesem Stadtgebiet und da nicht, aber sie können nicht quasi einen Schutzschirm über ihre kommunale Welt auswerfen und sagen: Das, was der Bürgerbescheid im Zusammenspiel auf der kommunalen und Landesebene erreicht hat, können wir kommunalrechtlich absichern. Das geht nicht.

Wir müssen also miteinander nach einem Weg suchen, wie wir das, was wir raumordnerisch als Landesinteressen hatten, wieder in Kraft treten lassen können. Stichworte: Eiderstedt, Inseln, Dünen, Wälder, FFH-Gebiete. Wie sichern wir das, was wir alle wollen und was gesellschaftlicher Konsens in Schleswig-Holstein war? Wie sichern wir, dass wir nicht in einen Kampf der Befürworter gegen die Gegner in unseren Kommunen kommen, wo das, was großer politischer, gesellschaftlicher Konsens in Schleswig-Holstein war, aufgekündigt wird und wir in Schleswig-Holstein Gegenwindbemühungen, -bestrebungen erleben, weil sich die Menschen nicht ernst genommen sehen? Was erzählen wir denen vor Ort, die gesagt haben: Wir haben uns dort engagiert, und wir haben Nein gesagt. Das ist akzeptiert worden, jetzt wird das quasi zurückgedreht.

Die ersten Überlegungen, die wir haben, gehen in die Richtung zu prüfen, ob wir dies als Parlament gesetzgeberisch vor die Klammer ziehen, es also nicht zum Gegenstand von Landesplanung im Planungsprozess, sondern zu einer Ordnungsaussage des Gesetzgebers machen. Das wird rechtlich intensiv zu prüfen sein.

Das fällt mir leichter bei dieser Frage: Wir wollen es als Gesetzgeber auf Eiderstedt nicht. Es ist ein gemeinsamer politischer Wille, dass auf Eiderstedt keine Windmühlen stehen. Wir wollen auch nicht den Abwägungsprozess, ob es bei der Fläche objektiv nach irgendwelchen Kriterien geht oder nicht. Wir wollen das einfach nicht, weil wir unser Land anders sehen. Ich kann es mir leichter in der Frage vorstellen: Wie schützen wir das kommunale Bürgerbegehren, heben es auf eine Ebene und machen es damit quasi zu einem öffentlichen Belang? Das

ist schon weniger einfach zu beantworten, aber ich glaube, wir können auch dort Lösungen finden.

Ich habe heute alle Akteure, die Fraktionen, die kommunalen Landesverbände und die Windmüller, eingeladen. Ich habe mich gestern sehr über die Aussagen aus der Branche gefreut, die eigentlich genau in diese Richtung gingen. Es hieß, auch wir als Verbände wollen den Konsens erhalten, auch wir wollen nicht, dass gegen den **Bürgerwillen** gebaut wird. Ich habe alle für den 2. Februar zu einer ersten Runde eingeladen, damit wir miteinander schnell Lösungen finden und nicht in einen dreijährigen Überarbeitungsprozess aller Regionalpläne eintreten. Das wäre das normale Verfahren gewesen, das wir hatten, also über mindestens zwei Jahre mit allen Formalien. Ehrlich gesagt, dann wären wir antragsmäßig so weit durch, dann hätten wir zwar ein schönes Recht, aber es regelt dann nichts mehr. So bekommen wir miteinander vielleicht einen Prozess hin, ein Regelwerk zu schaffen, das sicherlich auch wieder überprüft wird, das aber schnell in der Lage sein wird, zumindest unseren gesetzgeberischen Willen klar zu determinieren und zu beschreiben und wieder einen Ordnungsrahmen vorzugeben.

Da stehen wir jetzt. Es ist klar, das ist kein Signal gegen den Ausbau. Nein, das ist ein Signal, das den Ausbau im Augenblick befördert, aber vielleicht mehr als wir wollen, und das vielleicht kluge Wegweisungen aus der Vergangenheit infrage stellt. Übrigens war man an einer dritten Stelle formal sehr beteiligungsfreundlich. Auch das ist kritisiert worden, nämlich dass jede Anpassung nach einer Anhörung zu einer neuen Anhörung führen muss, dass man aus diesem Spiel nicht herauskommt, dass es selbst nach einer noch so kleinen Anpassung wieder eine Anhörung gibt. Ja, das ist laut gesagt worden, und das wurde als dritter Punkt kritisiert. Jeder der drei Punkte allein reicht aus, um die Rechtswidrigkeit der Teilfortschreibung zu begründen.

Das ist eine Herausforderung für uns, auf die wir miteinander entsprechende Antworten geben können. Ich werbe sehr dafür, dass wir dies nicht für politische Raumgewinne nutzen, weil wir - ich sage das noch einmal - all das so gemacht hätten wie die Vorgängerregierung und vice versa. Ich werbe sehr dafür, dass wir uns nicht im Wege stehen. Wir können dies nur gemeinsam tun, selbst wenn wir in der Beschreibung unserer ordnungspolitischen Ziele etwas unkonventionelle Wege gehen und wenn wir uns möglicherweise auch hier vergewissern müssen, dass wir dies gemeinsam für richtig halten.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Der Weg, der damals gegangen wurde, war politisch klug. Er hat auch gewirkt. Rechtlich ist er nicht für tragbar gehalten worden. Wir müssen jetzt einen neuen finden, das ist unsere Aufgabe. Das nächste Mal, das wir uns dazu treffen, wird am 2. Februar sein. Von daher bin ich auch nach den Reaktionen zuversichtlich, dass wir sehr schnell Antworten geben können. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Dr. Heiner Garg [FDP] und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache und teile Ihnen zunächst mit, dass der Ministerpräsident 9 Minuten gesprochen hat. Diese Zeit steht jetzt nach unseren Regeln selbstverständlich auch Ihnen allen zur Verfügung. - Entschuldigung, ich werde gerade darauf hingewiesen: Sie haben 14 Minuten gesprochen, das ist auch in Ordnung. Ich hatte die ursprünglichen fünf Minuten nicht noch draufgelegt. Also 14 Minuten lang hat jetzt jede Fraktion Zeit, sich zu diesem Thema zu äußern. Es beginnt die CDU-Fraktion mit Herrn Abgeordneten Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat darauf Bezug genommen, dass ich mich am Anfang kritisch dazu geäußert habe und dass ich Ihre erste Presseerklärung in der Tat etwas euphorisch empfand. Ich fand das, was Sie hier eben ausgeführt haben, wohltuend und differenzierter. Ihre erste Erklärung war ja nicht spontan, sondern das war eine schriftliche Presseerklärung. Sie bezeichnete das Urteil so: Die Entscheidung führt im Ergebnis zu mehr Windenergie, nicht zu weniger. Es wird keinen Planungsstopp geben, das Urteil stärkt die Investoren, denn wir haben jetzt mehr Flächen für Windkraftanlagen zur Verfügung. - Das erschien mir angesichts der Konfusion, die dieses Urteil jetzt auslöst, eine sehr gewagte offensive Darstellung dieses Urteils zu sein. Für meine Fraktion darf ich sagen: Na klar, wir respektieren dieses Urteil ohne Zweifel. Nichtsdestotrotz bedauern wir diese Entscheidung außerordentlich.

(Beifall CDU und FDP)

Nach unserer Auffassung drohen schon weitreichende Konsequenzen für den Ausbau der erneuer-

baren Energien. Wir haben Rechts- und Planungsunsicherheit auf allen Ebenen, und dieses Problem betrifft jetzt sehr konkret die Gemeinden, die Kreise und die Städte, die Investoren, die Betreiber von Bürgerwindparks, die Netzbetreiber und das gesamte Bürgerbeteiligungsverfahren. Das sehen wir jetzt landauf, landab insgesamt.

Sie haben das eben in Ihrer Rede aufgegriffen: Ich finde den Vorschlag der FDP, jetzt einen Runden Tisch einzurichten, um wirklich alle Beteiligten zusammenzuholen, richtig. Ich verstehe dies zunächst einmal als eine einmalige Sache und nicht als einen Runden Tisch, der die Sache immer wieder begleitet. Dass man jetzt alle zusammenholt, also diesen Antrag, begrüßt meine Fraktion außerordentlich. Dem werden wir zustimmen.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Die Ausweisung von **Eignungsgebieten** für die **Windenergienutzung** ist die Basis für kommunale und damit weitergehende Planungen und Investitionen und alles, was damit zusammenhängt. Deshalb muss jetzt möglichst schnell die Frage beantwortet werden, wie man eine landesweite Koordinierung des Windenergie- und Netzausbaus durch die Regionalplanung sicherstellen kann.

Ich sage dies bewusst, weil dies auch in unserer Verantwortung gewesen ist. Wir haben damals 2010 bewusst das gewählte Verfahren der Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen gewählt. Ich bin immer noch davon überzeugt, dass dies richtig gewesen ist. Dies gilt auch für die landeseinheitlichen Kriterien, die wir aufgestellt haben. Ich wünsche mir, dass wir im weiteren Verfahren gucken, wie wir diese Kriterien weiterhin rechtssicher durchsetzen können, denn wir haben damals eine weitgehende Befriedung erreicht.

Ich will dies deutlich sagen, weil dies damals deutlich umstritten gewesen ist. Der damalige Innenminister Klaus Schlie hat damals, 2012, kurz vor der Landtagswahl, eine zweite Anhörung durchgesetzt. Dafür ist er in diesem Haus massiv kritisiert worden, er versuche, die Energiewende zu blockieren, er spiele auf Zeit, diese Verzögerung sei vollkommen unnötig. Wir wissen jetzt seit diesem Urteil, wie viel wichtiger es gewesen wäre, lieber auch noch eine dritte Anhörung durchzuführen, denn dann wären in diesem Bereich einige Fehler nicht passiert. Es war damals absolut richtig, wie der Innenminister reagiert hat.

Die Folgen des Urteils greifen darüber hinaus direkt in die kommunale Planungshoheit ein. Wenn Bür-

(Daniel Günther)

gerbeteiligungsverfahren nicht mehr zur Rechtssicherheit führen, dann führt dies auch zu einer geringeren Akzeptanz der **Energiewende**.

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

So verfahren wie die Situation jetzt ist, muss man befürchten, dass es jetzt erst einmal kurzfristig einen Stillstand geben wird, weil die zuständigen Baubehörden gar nicht wissen, wie sie sich in bestimmten Fällen verhalten müssen. Allein deshalb müssen wir unabhängig davon, was für gesetzliche Regelungen und neue Verordnungen wir machen, schnell **Planungssicherheit** haben. Daher halte ich es für absolut unabwendbar, dass jetzt möglichst schnell Handlungsempfehlungen für die Kommunen dahin gehend gemacht werden, wie man mit Flächennutzungsplänen umgehen kann, sodass man trotz alledem zumindest einen völligen Wildwuchs in den Gemeinden verhindern kann, ohne dass eine wirklich gesicherte **Landesplanung** vorliegt.

Deswegen sind für uns drei Punkte maßgeblich:

Erstens. Wir dürfen auf keinen Fall auf Zeit spielen. Wir brauchen jetzt schnell diese Leitfäden und Handreichungen. Wir brauchen schnell **Planungssicherheit** für Investoren, für die Gemeinden und für die Bürgerinnen und Bürger.

Zweitens. Wir dürfen die **Akzeptanz** der Bürgerinnen und Bürger für die Energiewende nicht gefährden. Im demokratischen Verfahren erreichte Entscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern und von gewählten Stadt-, Kreis- und Gemeindevertretern dürfen eben nicht für wirkungslos erklärt werden. Deswegen halten wir an einer umfangreichen Bürgerbeteiligung fest. Wir brauchen hier gerichtsfeste demokratische Verfahren. Da sollten wir wirklich viel Herzblut und Anstrengung hineinsetzen, damit das alles jetzt wirklich rechtssicher umgesetzt werden kann. Ich weiß, wie schwierig das in dem Bereich ist.

Drittens ist uns wichtig: Wir müssen dafür sorgen, dass die **Strompreise** dadurch nicht weiter steigen, weil die Anzahl der Windräder in ungeahnte Höhen schießen kann, obwohl der Strom im Netz überhaupt nicht transportiert werden kann. Das ist ja das entscheidende Problem, das jetzt entstehen kann. Wenn künftig immer mehr Windräder gebaut werden, dann wird sich dieses Problem noch weiter vergrößern, und die Zeche dafür zahlen am Ende die Verbraucher über ihre Stromrechnung. Auch das würde zu weniger Akzeptanz für die Energiewende führen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben schon gesagt, dass es sehr schwierig sei, das alles nun wirklich rechtssicher umzusetzen. Deshalb sollten wir prüfen, wie man durch ein **raumordnerisches Verfahren** oder vielleicht auch durch **Gesetze** eine **Begrenzung** hinbekommt und zunächst die Frage beantwortet: Wie viele Windräder können wir überhaupt gebrauchen, damit der davon produzierte Strom überhaupt ins Netz eingespeist werden kann?

(Beifall CDU)

Mir sind derartige Bedenken durchaus bekannt, und ich weiß, dass es äußerst schwierig sein wird, das rechtlich durchzusetzen. Deshalb ist es wichtig, auch insoweit für Akzeptanz zu sorgen.

Ich wünsche mir, dass wir jetzt schnell am **Runden Tisch** über dieses Urteil sprechen können, um auf der Grundlage der von mir genannten drei Punkte möglichst schnell Lösungen für unser Land zu finden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD hat der Herr Abgeordnete Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Schleswig-Holstein war und ist Vorreiter beim Ausbau der Windenergie in Deutschland. Hier in Schleswig-Holstein wurde der erste Windpark eröffnet, und wir haben immer Wert darauf gelegt, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Errichtung von Windkraftanlagen und damit für die Energiewende insgesamt und die Veränderungen in der Landschaft, die sie mit sich bringt, gegeben ist.

Nicht nur, dass Schleswig-Holstein Pionier bei der Realisierung von Bürgerwindparks ist, wir haben mit der Regionalplanung auch Rahmenbedingungen geschaffen, damit ein geordneter Ausbau der Windkraft in Abwägung aller Interessen erfolgen kann, auch der unterschiedlichen Schutzinteressen.

Unter diesen uns wichtigen Voraussetzungen haben wir die Energiewende in den letzten Jahren energisch vorangetrieben und haben vor allem versucht, die Bevölkerung so stark wie möglich einzubeziehen. Deshalb bedauern wir, dass die **Bürgerbeteiligung** in der Ermessensgrundlage des **Gerichts** nicht den Stellenwert hat, den die Landesregierung ihr einräumt. Aus unserer Sicht ist die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Bau von Windkraftanla-

(Olaf Schulze)

gen ein bedeutender Baustein für den Erfolg der Energiewende genauso wie die Abwägung der Belange des Umwelt-, Arten- und Denkmalschutzes.

Das **Urteil** des **Oberverwaltungsgerichts** Schleswig führt zur Verunsicherung in der Windbranche und in der Bevölkerung. Es bedeutet, dass die Teilfortschreibung der Regionalpläne I und III und damit die Ausweisung von Windeignungsflächen unwirksam ist. In der Folge bedeutet dies jedoch nicht, dass in Schleswig-Holstein keine neuen Anlagen mehr geplant und gebaut werden dürfen. Dies ist nach § 35 des Baugesetzbuches und nach dem Bundes-Immissionsschutzrecht weiterhin möglich. Insoweit können wir die Unternehmen beruhigen. Das bedeutet aber auch, dass künftig an mehr Standorten Anlagen gebaut werden können, als dies im Rahmen der Landesplanung vorgesehen ist. Und genau das beunruhigt die Menschen, die sich in ihren Gemeinden mehrheitlich gegen die Errichtung von Windmühlen ausgesprochen haben.

Jetzt muss es zügig erste Gespräche mit den betroffenen Gemeinden, mit den kommunalen Landesverbänden und der Windenergiebranche darüber geben, ob und wie neue Planungsgrundlagen geschaffen werden können, um einerseits zu verhindern, dass es zu einem **Wildwuchs von Anlagen** im Land kommt, und andererseits die berechtigten Schutzinteressen ausreichend berücksichtigen zu können. Wir brauchen einen Interessenaustausch und -ausgleich von Betreibern, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern, damit wir in Schleswig-Holstein auch weiterhin gemeinsam die Energiewende voranbringen.

(Beifall SPD und SSW)

Ich freue mich darüber, dass der Herr Ministerpräsident bereits den Runden Tisch angesprochen hat und dass er auch schon gestern vorgeschlagen hat, sich mit allen Beteiligten an einen Tisch setzen zu wollen. Insofern werden sicherlich auch wir dem Antrag der FDP zustimmen. Wenn wir vorher kurz miteinander geschnackt hätten, dann hätten wir sicherlich auch einen gemeinsamen Antrag hinbekommen. Das wäre sicherlich schön gewesen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es ging ja hier um die Dringlichkeit!)

- Ja, das mit der Dringlichkeit ist ja immer so ein Problem. Gleichwohl werden wir dem Antrag zustimmen, weil wir glauben, dass der in dem Antrag beschriebene Weg der richtige Weg ist, und wir wissen, dass die Regierung diesen Weg beschreiten will und beschreiten wird. Insofern können wir dem durchaus zustimmen.

Herr Günther, Sie sagten eben, auf der einen Seite dürfe man nun nicht auf Zeit spielen - das ist richtig -, und auf der anderen Seite bedürfe es der **Bürgerbeteiligung** und der Schaffung von **Rechtssicherheit**. Auch ich sehe es so, dass wir jetzt nicht auf Zeit spielen dürfen, aber wir müssen das Ganze rechtssicher machen. Die Schaffung von Rechtssicherheit bringt es jedoch in der Regel mit sich, dass ein Verfahren eben auch einmal etwas länger dauern kann. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir die Rechtssicherheit nicht im nächsten Vierteljahr werden schaffen können. Ich glaube, dies sehen wir gemeinsam so.

Auch wir sind der Meinung, dass der Strompreis jetzt nicht erhöht werden darf. Diese Gefahr sehe ich im Moment jedoch nicht in so extremer Weise, wie Sie, Herr Günther, das befürchten. Vielmehr werden wir zunächst abwarten müssen, wie viele Anträge nun gestellt werden beziehungsweise zusätzlich gestellt werden. Deshalb glaube ich, dass wir dieses Thema ein wenig nach hinten schieben können. Wichtig ist jedoch, dass wir schnellstens Rechtssicherheit bekommen und dass wir schnellstmöglich auch wieder die Belange der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst ist festzuhalten, dass nach dem OVG-Urteil in diesem Hause nach wie vor eine große Übereinstimmung in der Beurteilung der Situation besteht. Uns allen ist Akzeptanz wichtig. Ebenso wie der Herr Ministerpräsident, der gestern beim Empfang des BBE gesprochen hat, habe auch ich beobachtet, auch in den Gesprächen danach, dass die Branche und die dazugehörigen Unternehmen mit dieser Frage sehr verantwortlich umgehen. Das wissen auch viele CDU-Kollegen, die an dem Empfang ebenfalls teilgenommen haben.

Grundlage der gesamten Betrachtung ist ja der § 35 **Baugesetzbuch**, der in Absatz 1 sagt, dass im Außenbereich Vorhaben nur zulässig sind, wenn - so sagt er dann in Nummer 5 - es der Nutzung von Vorhaben der Windenergieanlagen dient. Ursprüng-

(Detlef Matthiessen)

lich sollte das Aussiedeln von Bauernhöfen erleichtert werden. Bei der Novellierung des Baugesetzbuches spielten dann hier bekannte politische Namen wie der des ehemaligen Ministerpräsidenten Peter-Harry Carstensen und der von Herrn Austermann eine Rolle, die die Novellierung dahin gehend genutzt haben, um das auch für Windenergieanlagen und Wasserenergieanlagen zu öffnen. Zugleich hat der Bundesgesetzgeber dies akzeptiert, jedoch dadurch eingeschränkt, dass die Raumordnung dies in den Ländern ordnend einschränken darf. So heißt es in Absatz 3:

„Raumbedeutsame Vorhaben dürfen den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen ...“

Unser Runderlass Windenergie schreibt dann vor:

„Auf Grund der Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung in den Raumordnungsplänen ist außerhalb dieser Flächen die Errichtung von raumbedeutsamen Windkraftanlagen ausgeschlossen (landesplanerisches Ziel) und innerhalb der Flächen die besondere Eignung des Gebietes festgestellt (landesplanerischer Grundsatz).“

Diese Ausschlusswirkung entfällt natürlich jetzt durch das OVG-Urteil.

Was sind die Folgen? - Zunächst einmal hat sich etwas gravierend geändert. Auch ich finde den Antrag der FDP für einen **Runden Tisch** gut. Durch den Beitrag des Ministerpräsidenten haben wir ja erfahren, dass er dazu bereits einlädt und sehr offen dafür ist. Der Runde Tisch ist gut.

Es ist aber nicht so, dass wir nun im Nirwana verschwinden, sondern § 35 BauGB gilt natürlich. Eine Anlage, die möglicherweise außerhalb der Flächen liegt, wird auch nicht beim Bauamt beantragt. Das Bundesimmissionsschutzgesetz ist vom OVG nicht für nichtig erklärt worden. Der Runderlass Windenergie, Herr Ministerpräsident, da müssen wir auch einmal nachschauen, war ja als AVV, also als Allgemeine Verwaltungsvorschrift, handlungsleitend zumindest für die Behördenentscheidungen. Er gilt nach wie vor. Die dort getroffenen Abstandsregelungen summieren die verschiedenen Ansprüche, die sich insbesondere aus dem BImSchG ergeben, sodass der Entscheider alle Belange berücksichtigt, wenn er die Abstände, die dort im Runderlass empfohlen worden sind, einhält. Auch das gilt nach wie vor. Das heißt also, die Genehmigungen werden nach wie vor nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz unter Abwägung aller

öffentlichen Belange getroffen. Alle TÖB werden beteiligt.

Die Kommunen haben jetzt, wenn neue Anträge gestellt werden, grundsätzlich die Möglichkeit, Flächennutzungspläne und B-Pläne aufzustellen und damit selber innerhalb der Kommunen Windenergieanlagenbau zu konzentrieren.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu dem Oppositionsführer. Er sagte, es habe einen Aufstand gegen die **zweite Auslegung** gegeben. Dem galt der Aufstand nicht. Das Gericht sprach sogar von einer dritten Auslegung. Das kann natürlich eine Kaskade bis ins Unendliche werden. Unsere Forderung war damals - ich halte sie nach wie vor aufrecht und für richtig und habe sie wirklich mit verschiedenen Rechtsspezialisten überprüft -, dass wir hätten erklären können, dass die Gebiete, die aus der ersten Auslegung streitfrei hervorgegangen sind, zugelassen werden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Eben nicht!)

- Ich kann Ihnen sagen, ich habe mich mit dieser Frage sehr profund beschäftigt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hauptberuflich!)

Nehmen wir an, ich habe 120 Gebiete. 60 davon sind streitfrei, aber 60 nicht. Dann muss ich die 60 auslegen. Die Verwaltung selber hat ja die ersten 60 gar nicht zur Auslegung zugelassen, weil sie nicht streitbefangen waren. Dann habe ich noch 30 übrig. Dann lande ich mit den letzten fünf, die vielleicht noch streitbefangen sind und die ich auch noch einmal auslegen muss, im Jahr sieben. Ich habe aber Gebiete, deren Eignung zweifelsfrei und streitfrei ist. Wenn wir also in Zukunft eine solche Übung noch einmal machen, können wir, denke ich, nur diesen Weg beschreiten. Ob wir es tun, bedarf einer intensiven Prüfung. Darum ist es auch richtig, sehr kurzfristig noch einmal einen Runden Tisch zu veranstalten, um sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Summa summarum kann man aber sagen: Es gibt jetzt keinen Grund für Panik. Das war auch der Titel meiner Presseerklärung. Sondern wir haben nach wie vor ein sehr geordnetes Verfahren.

Es gibt auch recht praktische Gründe, weshalb man jetzt keine Angst vor Wildwuchs haben muss. Denn würde jetzt ein Antragsteller einen neuen Antrag außerhalb der Eignungsräume stellen, hätte er sich angesichts der vielen Anträge, die jetzt aus den Eignungsräumen heraus gestellt worden sind, hinten anzustellen. Er wird ja nicht bevorzugt.

(Detlef Matthiessen)

Das Gleiche gilt auch für das Folgende. Das ist vielleicht ein noch entscheidenderes Argument, ein wirtschaftliches Argument. Er muss auch eine Mühle haben. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass man nicht einfach wie bei einem Autohaus sagen kann: Ich gehe ins Autohaus, kaufe mir einen neuen Peugeot und fahre damit durch die Gegend. - Das ist bei Windkraftanlagen ganz entschieden anders. Da gibt es erhebliche Wartezeiten. Die großen Planungsbüros aus Schleswig-Holstein haben natürlich Vorsorge im Hinblick auf die Eignungsräume getroffen. Ich denke nicht, dass andere so schnell an Windenergieanlagen herankommen. Da haben wir noch sehr viel Zeit, mehrere Jahre, bis eine erste Mühle aufgrund des Urteils des OVG hier in Schleswig-Holstein tatsächlich aufgestellt wird.

Wir werden dieses Thema sicherlich weiter beraten. - Ich danke so weit erst einmal für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Oliver Kumbartzky [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich danke ganz herzlich für den Bericht und begrüße die sehr sachliche Debatte, die wir zu diesem Tagesordnungspunkt führen.

(Beifall FDP, Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Ich werde die 14 Minuten nicht voll ausschöpfen. Ich will auch nicht alles wiederholen. Aber ein paar Punkte sind mir doch sehr wichtig.

Wir haben gesehen, dass dieses **Urteil** im ersten Moment für sehr viel Aufruhr sorgte. Es gab Zitate wie „heftig“, „unschön“, „Schlag ins Kontor“, „Flurschaden für die ganze Branche“. Aber wir haben zum Beispiel gestern Abend auch gesehen, dass sich die Wogen erst einmal ein wenig geglättet haben, weil man sieht, dass es nicht so schlimm ist, wie man im ersten Moment vielleicht dachte. Was uns auch nicht weiterbringt, meine Damen und Herren, sind Schuldzuweisungen von der einen auf die andere Seite und zurück. Das Kind ist nun einmal in den Brunnen gefallen.

Nun geht es darum, die Ist-Situation zu meistern. Denn alle Beteiligten, ob es die Investoren sind, die Behörden, die Gemeindevertreter oder auch die Anwohner, brauchen nun Gewissheit darüber, was das Urteil im Konkreten für sie bedeutet. Aus diesem Grund, aufgrund der guten Dialogkultur und aufgrund der wirklich guten Zusammenarbeit beim Thema Windenergie, haben wir diesen **Runden Tisch** vorgeschlagen. Ich freue mich, dass schon eingeladen worden ist, bevor der Beschluss gefasst worden ist. Das ist hervorragend. Ich freue mich auch, dass wir das heute beschließen werden. Ich freue mich über Ihre Zustimmung, sodass dokumentiert wird, dass der Wille des Parlaments ist, dass dieser Runde Tisch einberufen wird.

(Beifall FDP, Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Der **Lösungsprozess** sollte schnellstmöglich eingeleitet und die Arbeit sowie auch die Ergebnisse des Runden Tisches transparent allen Bürgern zugänglich gemacht werden. Das ist mir sehr wichtig. Unter anderem soll sichergestellt werden, dass die in Schleswig-Holstein sehr hohe Akzeptanz für die Windkraft auch weiterhin, um es mit den Worten des Ministerpräsidenten zu sagen, stark bleibt. Die Landesregierung muss zudem sehr schnell verlässliche Planungsgrundlagen für die zuständigen Behörden, Kommunen und Unternehmen schaffen.

Bei aller Erschütterung, die das Urteil auslösen mag, wird die **Energiewende** in Schleswig-Holstein gelebt, meine Damen und Herren. Gerade bei der Windenergie war und ist Schleswig-Holstein Vorreiter. Der erste Windpark, Herr Schulze hat es erwähnt, ist in Schleswig-Holstein entstanden. Er hätte auch erwähnen können, wo genau: in Süderdithmarschen. - Sehr richtig, wunderbar!

(Beifall FDP, Karsten Jasper [CDU] und Jens-Christian Magnussen [CDU])

Das erinnert mich an den alten Spruch: Wo Dithmarschen ist, da ist vorne.

(Beifall Karsten Jasper [CDU] und Jens-Christian Magnussen [CDU])

- Zwei klatschen, das ist so eine Sache.

(Zurufe SPD)

- Sie stimmen aber trotzdem dem Antrag zu? - Alles klar.

Meine Damen und Herren, die Windenergie genießt **große Akzeptanz**, insbesondere auch aufgrund der Bürgerbeteiligung, aufgrund der Bürgerenergie. In-

(**Oliver Kumbartzky**)

sofern kann das OVG-Urteil auch eine riesige Chance sein, auch **Bürgerenergie** neu zu denken, neu aufzustellen, noch besser zu machen. So kann das Land gestärkt aus dem Urteil hervorgehen.

Vielleicht wird es an einigen Stellen neue Eigentumsflächen oder neue Windenergieanlagen geben, die vorher ausgeschlossen waren, beispielsweise aufgrund charakteristischer Landschaftsräume. Ich kann schon verstehen, dass einige Gemeinden gesagt haben: Warum ist die Nachbargemeinde in einem charakteristischen Landschaftsraum, aber wir nicht? - Wir werden sehen, was daraus folgen wird.

Aber, meine Damen und Herren, neben den **Chancen** gibt es natürlich auch **Risiken**. Es wäre fatal, wenn in die Gemeinden, in denen klare Bürgervoten gegen Windenergie gefasst wurden, Investoren von außen kommen und sich mit neuen Anlagen breitmachen. Herr Matthiessen, Sie haben gesagt, natürlich gebe es Lieferengpässe. Aber es könnte auch sein, dass ein Investor, der eigentlich im Süden oder in der Mitte Deutschlands planen wollte, mit seiner Anlage, die er quasi schon gekauft hat, schnell umzieht. Es wäre fatal, wenn das in Gemeinden passiert, die sich vorher klar gegen Windenergie ausgesprochen haben.

Das wäre aber nicht nur fatal für die Akzeptanz, sondern natürlich auch für die Wertschöpfung. Denn das Gute an der Bürgerenergie ist, dass die Wertschöpfung im Land, in den Kommunen bleibt.

(Beifall FDP und Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein Aspekt, den ich noch erwähnen will, ist die **technische Machbarkeit**. Der Netzausbau ist natürlich ein sehr wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende. Deswegen muss man schon sehen, wie der Windkraftausbau läuft, wie der Ausbaustand bei den Übertragungs- und Verteilnetzen sowie die Entwicklung der Speicher- und Steuerungstechniken aussieht. Bis jetzt wusste der Netzbetreiber, wo die Windeignungsflächen liegen. Dorthin musste er bauen. Wenn jetzt neue Flächen entstehen, ist das natürlich auch eine sehr große Herausforderung für den Netzausbau.

Wir müssen uns auch im Klaren darüber sein, dass mehr Windenergieanlagen und neue Netzanschlüsse auch höhere **Netzentgelte** für die Stromverbraucher bedeuten, die sie dann zahlen müssen. Wir sollten uns daher im Ausschuss und natürlich auch am Runden Tisch noch einmal intensiv mit dem Thema Netzentgelte beschäftigen.

Dazu liegt ein Antrag der FDP-Fraktion vor. Wir fordern **bundeseinheitliche** Netzentgelte. Es ist so, dass in dünn besiedelten Räumen höhere Netzentgelte gezahlt werden als in Ballungszentren. Ich denke, man sollte die Netzentgelte so fair und gleichmäßig verteilen, wie das bei der EEG-Umlage gemacht wird.

(Beifall FDP)

Mein Fazit der heutigen Debatte lautet: Gegenseitige Vorwürfe bringen uns nicht weiter. Wichtig ist der Netzausbau. Es bleibt unerlässlich, verlässliche Planungsgrundlagen zu erstellen. Ebenso ist der Runde Tisch unerlässlich. Die FDP-Fraktion ist selbstverständlich bereit, sich im weiteren Dialog konstruktiv einzubringen. Schleswig-Holstein ist - das wissen wir - die Wiege der Windenergie. Gemeinsam werden wir das in den Brunnen gefallene Kind schon schaukeln und wieder aufpäppeln.

In dem Urteil steckt auch eine sehr große Chance. Die sollten wir nutzen. Wir sollten dabei keine Zeit verlieren. Deswegen schenke ich der Windenergie die achteinhalb Minuten Redezeit, die ich noch gehabt hätte. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Fraktion der PI-RATEN hat der Herr Abgeordnete Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wie schafft man es eigentlich, einen Prozess zu verlieren, indem man gleichzeitig **zu wenig und zu viel Bürgerbeteiligung** macht? So etwas ist schwer hinzubekommen, wenn man es vorsätzlich und mit voller Absicht anpeilt. Das unfreiwillig zu erreichen, das muss Ihnen erst einmal jemand nachmachen.

Ein Fazit kann man auf jeden Fall ziehen: Wie Bürgerbeteiligung funktioniert, wie sie ausgestaltet sein muss, damit sie vor Gericht Bestand hat, das wissen Sie offenbar nicht.

Wir haben allgemein in Schleswig-Holstein das Problem, dass in Verfahren zur Genehmigung von Windkraftanlagen die Rechte der betroffenen Bürger möglichst kurz gehalten werden. Es wird nach Möglichkeit vermieden, eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Sie haben unsere Änderungsanträge zum **Landesplanungsgesetz** abgelehnt, die bei großen

(Dr. Patrick Breyer)

Vorhaben mehr Bürgerbeteiligung vorgesehen haben. Nach Ihren Vorschlägen zur Änderung des **Landesverwaltungsgesetzes** sehen Sie sogar weniger Bürgerbeteiligung vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Günther, in der heutigen Debatte möchte ich auf Folgendes hinweisen: Nicht das **Urteil** ist das Problem, sondern das Gesetz. Nicht das Urteil sollte uns schockieren oder Anlass zur Besorgnis geben, sondern das Gesetz, auf dessen Grundlage so entschieden werden musste. Für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die sich engagiert haben und Bürgerbegehren auf den Weg gebracht haben, muss das Urteil wie eine krasse Ohrfeige wirken. Das ist richtig.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist offensichtlich nicht bewusst gewesen, dass die Feststellung: „Hier wollen wir lieber keine Windmühlen“, als Ausschlusskriterium rechtlich nicht trägt. Herr Ministerpräsident, das hätten Sie aber wissen müssen. Bei der Planerstellung kann man nicht frei entscheiden, welche Gebiete geeignet sind und welche nicht. Das **Planungsrecht** schreibt eine **Abwägung** vor. Auf dieser gesetzlichen Grundlage ist eine freie Entscheidung eben nicht möglich.

Eine **dritte Anhörung** haben Sie einfach sausen lassen. Das ist uns PIRATEN vor allem deshalb gut in Erinnerung, weil wir im Zuge einer Fragestunde zum geplanten PROKON-Testwindfeld im Naturpark Aukrug extra gebeten hatten, den Kabinettsbeschluss zu den Regionalplänen noch einige Wochen aufzuschieben. Aber Sie haben die Bitte damals buchstäblich in den Wind geschlagen. Sie haben als neue Landesregierung die Ärmel hochgekremgelt, um die Energiewende schnell und entschlossen voranzubringen. Dabei haben Sie aber an der entscheidenden Stelle auf die Bürgerbeteiligung verzichtet. Dafür hat das OVG Ihnen jetzt die Quittung ausgestellt.

Hinsichtlich des Ziels, den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf mindestens 300 % zu steigern, sind wir der gleichen Meinung wie Sie. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, muss man aber gründlich vorgehen. Das erfordert auch eine Überprüfung der rechtlichen Umsetzbarkeit zu Beginn des Prozesses.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Hektik ist nie ein guter Ratgeber. Der Schaden ist jetzt größer, als wenn man besonnen und mit etwas mehr Gelassenheit gehandelt hätte.

(Beifall PIRATEN)

An die Staatskanzlei gerichtet sage ich: Sagen Sie nicht, Sie hätten keine Hinweise bekommen. Nicht nur wir hatten in Bezug auf **Aukrug** gebeten, den Fuß etwas vom Gas zu nehmen.

(Vereinzelte Heiterkeit SPD)

Auch die Kvertreter haben während des Verfahrens immer wieder auf die Probleme und Mängel hingewiesen. Sie haben zwar die schriftlichen Einwendungen im vorgeschriebenen Verfahren beantwortet, aber den schon damals vorgetragenen Wunsch nach einem **Runden Tisch**, um ins Gespräch zu kommen, abgelehnt. Darauf haben Sie sich nicht einlassen wollen.

Fehler analysiert man, um für die Zukunft daraus zu lernen. Ich will deswegen den Blick nach vorne richten. Was ist jetzt zu tun? Solange das OVG-Urteil nicht schriftlich vorliegt, sind die Auswirkungen des Urteils noch nicht voll absehbar. Wir haben aber konkrete Vorstellungen davon, wie es gesellschaftlich weitergehen soll. Für uns PIRATEN ist klar, dass am eingeschlagenen Weg der **Bürgerbeteiligung** kein Weg vorbeiführt. Die Menschen in unserem Land haben ein Anrecht darauf, ihr persönliches Lebensumfeld mitzugestalten. Das bedeutet eben auch, dass eine Gemeinde einen Windpark ablehnen können muss, wenn sich an anderer Stelle ein Ort findet, an dem der Park auch errichtet werden könnte.

(Beifall PIRATEN - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann kommen da andere Bürger! - Zuruf Lars Harms [SSW])

- Herr Kollege Harms, wir haben vorhin schon gehört - das hat auch der Ministerpräsident ganz richtig gesagt -: Wenn wir das Ziel haben, 1,5 % oder 1,7 % der Fläche auszuweisen und wir diese Fläche an einem Ort haben, an dem die Bürger mit einer Errichtung von Windenergieanlagen einverstanden sind, dann gibt es gar keinen Grund, den Bau dieser Windanlagen an Stellen durchzusetzen, wo sie nicht erwünscht sind, wo die Bürger dagegen sind und dagegen protestieren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mensch Meier, Herr Meyer! Was ist das für ein Unsinn! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat das Gericht doch gerade verworfen!)

Wenn Sie, liebe Landesregierung, es ernst meinen mit der Bürgerbeteiligung, dann müssen Sie jetzt tätig werden. Wir erwarten von Ihnen einen Gesetzentwurf, der dem Bürgerwillen zur Geltung verhilft. Das wird sicherlich nicht ganz einfach. Das sollte

(Dr. Patrick Breyer)

aber gelingen; denn nicht nur die Fraktionen, sondern auch die Vertreter der Erneuerbare-Energien-Unternehmen haben gestern Abend ganz deutlich gemacht: In Bezug auf die **Bürgerbeteiligung** besteht ein ganz **breiter Konsens** in unserem Land. Deswegen ist es, Herr Ministerpräsident, nach meiner Einschätzung nicht nur möglich, gesetzlich Ausschlussgebiete zu definieren, sondern durchaus auch möglich, im **Gesetz** zu verankern, dass der Wille der Kommunen vor Ort und der Wille der Bürger, der in Bürgerentscheiden zum Ausdruck gebracht wird, zu beachten ist.

(Beifall PIRATEN)

Es ist doch von öffentlichem Belang, dass die Akzeptanz der Energiewende gesichert wird. Das ist doch ein sachlicher Grund dafür, bestimmte Gebiete auszunehmen. Es ist von öffentlichem Belang, dass die Bezahlbarkeit der Energiewende gesichert wird. Wir können von Projektbetreibern und Investoren erwarten, dass sie, wenn sie Windkraftanlagen an einem bestimmten Standort bauen wollen, dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger mitgehen und das unterstützen. Es gibt viele Instrumente dazu. Das Stichwort Bürgerwindparks ist schon genannt worden. Es gibt Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung. Es gibt genügend Instrumente, um Standorte zu finden und im Einklang mit den Bürgerinnen und Bürgern die Energiewende voranzutreiben. Deswegen müssen aber nicht überall Windparks entstehen können. Ein **Runder Tisch** kann dabei helfen, diesen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen. Deswegen unterstützen wir den diesbezüglichen Antrag. Der Ministerpräsident hat die erste Einladung bereits ausgesprochen.

Wichtig ist, dass es in unserem Land keinen Wildwuchs gibt. In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Frage stellen. Herr Ministerpräsident, wenn Sie meine Zwischenfrage erlaubt hätten, hätte ich Sie genau das gefragt: Warum haben Sie den Vorschlag des Gemeindebundes, in der Zwischenzeit zumindest eine **Veränderungssperre** zu prüfen und auf den Weg zu bringen - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür ist er doch gar nicht zuständig! - Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- Gut, aber dann müsste unser Ziel ja ein neues Verfahren sein.

(Lachen und Beifall CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In diesem Zuge müssten wir dafür sorgen, dass in der Zwischenzeit kein Wildwuchs passiert.

(Lachen SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breyer. Ich bitte Sie, dies zu respektieren und ihn aussprechen zu lassen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Wir haben also ein Thema, bei dem wir alle am selben Strang ziehen wollen und können. Diese Einigkeit in der Sache bietet zumindest politisch ideale Voraussetzungen, um Bürgerbeteiligung gesetzlich einwandfrei zu verankern. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich bedanke mich bei dem Ministerpräsidenten für den Bericht. Ich bin auch ganz froh darüber, dass diese Debatte zum größten Teil recht sachlich war.

(Beifall SSW, SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP=)

Zugegeben, auch wenn der Kollege Breyer meint, dass wir das alles schon hätten wissen müssen, hat mich das **Urteil** des **OVG Schleswig** doch sehr überrascht. Für uns als SSW war es schon immer sehr wichtig, dass der Ausbau der Windenergie in geordneten Bahnen verläuft. Ich erinnere an die Zeit, in der es eben keine klaren Regelungen hinsichtlich der Errichtung von Windkraftanlagen gab. Da hat es in manchen Teilen des Landes wirklich erhebliche Probleme gegeben, und das hat zu sehr viel Unfrieden in den betroffenen Gemeinden geführt. Aus diesem Grund haben wir immer begrüßt, dass das Land das planerische Steuerungsinstrument nutzt und Eignungsflächen für Windkraftanlagen ausweist.

Neben den rechtlichen und planerischen Voraussetzungen war für uns wichtig - das möchte ich hier gern hervorheben -, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort darüber entscheiden können, ob in der

(Flemming Meyer)

Gemeinde Eignungsflächen für Windkraftanlagen ausgewiesen werden sollen. Heute wissen wir, dass das OVG dies anders sieht. Gemeindebeschlüsse und Bürgerbeteiligungen gegen Windkraft dürfen nicht als hartes Tabukriterium herangezogen werden.

Für uns als SSW ist die **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** an solchen **Planungen** ein wichtiger Bestandteil für die Energiewende. Die kann letztendlich nur gelingen, wenn die entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung vorherrscht. Wir wissen aus der Vergangenheit: Je höher die Bürgerbeteiligung, desto höher ist auch die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger bei der Errichtung von Windkraftanlagen in den Kommunen. Dieser Aspekt war parteiübergreifend immer Konsens bei der Teilfortschreibung der Regionalpläne. Daher ist es unheimlich bedauerlich, dass das OVG Schleswig diesen Aspekt für unwirksam erklärt hat.

Aber es ist nun einmal so, wie es ist. Nun gilt es, das Urteil zu prüfen und zu bewerten, um daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Das bedeutet aber nicht, dass der Ausbau der Windenergie bei uns im Land zum Stillstand verdonnert ist. Es bedeutet allerdings auch nicht, dass der Ausbau im rechts- und planungsleeren Raum stattfindet. Es gibt klare Regelungen, die weiter ihre Anwendung finden. Hierzu zählt der Runderlass **„Grundsätze zur Planung und zur Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung bei Windkraftanlagen“**. Dadurch werden den Gemeinden und Genehmigungsbehörden Entscheidungshilfen für die Bauleitplanung und für die Beurteilung der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit von Windkraftanlagen an die Hand gegeben. Darüber hinaus gibt es klare Regelungen zum Immissionsschutz, zum Bau- und Planungsrecht, zum Naturschutz, zum Luftverkehr oder zum Denkmalschutz.

(Beifall SSW und Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Rechtliche Vorgaben sind also vorhanden. Ob und inwieweit sie im Genehmigungsverfahren neu zu bewerten oder auszulegen sind, sollte noch einmal geprüft werden.

Wer die Medien verfolgt, stellt aber fest, dass das Urteil landauf, landab für viel Unruhe gesorgt hat, bei den Anlagen- sowie den Netzbetreibern, den Gemeinden, den Ämtern und Kreisen und letztendlich bei den Bürgern. Insbesondere dort, wo man sich bewusst gegen die Errichtung von Windkraftanlagen entschieden hat, herrscht Ungewissheit dar-

über, was das Urteil in der Konsequenz letztendlich bedeutet. Das ist gut nachvollziehbar. Daher gilt es, die Situation zu analysieren und zu bewerten. Alles auf null zu stellen, die Genehmigungsverfahren auf Eis zu legen und auf neue rechtliche Grundlagen zu warten, kommt aus Sicht des SSW gar nicht infrage. Das würde mindestens zwei Jahre dauern. Diese Zeit haben wir nicht. Für die Windenergiebranche wäre eine solche Entscheidung wirklich fatal. Wir wollen die Windenergie im Land weiter geordnet ausbauen und dies mit den vorhandenen rechtlichen Vorgaben.

Auch ich begrüße den Antrag der FDP und die Initiativen, die der Ministerpräsident in diese Richtung schon ergriffen hat. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung und stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag - Drucksache 18/2652 (neu) - durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich komme zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/2662. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig von Ihnen so beschlossen. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich vergaß, Ihnen zu Beginn der nachmittäglichen Beratungen mitzuteilen, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, den Tagesordnungspunkt 35 von der Tagesordnung zu streichen.

Ich rufe sodann die Tagesordnungspunkte 25 A und 25 B auf:

Gemeinsame Beratung

a) Keine zusätzlichen Castoren nach Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2650

b) Bericht zur aktuellen Situation im Zwischenlager Brunsbüttel

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2655

Atommüll-Zwischenlager in Brunsbüttel

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2661

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht.

Mit den Anträgen wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich erteile nun für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich komme zu einem zweiten Urteil, das sogar noch vor dem Urteil, über das wir eben gesprochen haben, gefällt wurde und das - wenn ich das schon vorwegnehmen darf - tief in das Mark der atompolitischen Debatte in Deutschland einschneiden wird. Ich bin mir nicht sicher, ob alle Konsequenzen aus diesem Urteil schon vollumfänglich erfasst sind. Ein paar Konsequenzen möchte ich im Rahmen meines Berichts kurz skizzieren.

Im Jahre 2002 hat die Bundesregierung entschieden, keine weitere Castoren von den Standorten der Atomkraftwerke zum Zwischenlager Gorleben zu bringen, sondern an den Standorten dezentrale Zwischenlager vorzuhalten. 2003 wurden diese genehmigt. Seitdem wird das Zwischenlager Brunsbüttel beklagt. Es wurden die meisten Zwischenlager beklagt: Aber in Brunsbüttel ist die Klage aufrechterhalten worden.

Elf Jahre nach Genehmigung gab es dann die ersten **Urteile**, genauer gesagt zwei: Im Juni 2013 hat das **Oberverwaltungsgericht Schleswig** der Klage recht gegeben und keine Revision zugelassen. Gegen dieses Urteil hat dann das Bundesamt für Strahlenschutz, das BfS, Beschwerde zur Wiederzulassung der Revision eingelegt. Diese Beschwerde ist am 8. Januar dieses Jahres zurückgewiesen worden.

Damit ist das Urteil des OVG Schleswig rechtskräftig geworden.

Mir ist es sehr wichtig zu betonen, das im Verfahren nicht festgestellt wurde, dass das Zwischenlager unsicher sei, sondern dass gesagt wurde, es sei nicht der Nachweis gelungen, dass es sicher sei, und zwar bezogen auf Waffentypen der neueren Generation oder die Gefährdung durch einen gezielten Absturz eines A 380. Waffentypen der neueren Generation und der A 380 waren damals, als das Lager genehmigt wurde, noch nicht auf dem Markt. Es war auch vor 9/11. Also auch die real anzunehmenden **Bedrohungsszenarien** haben sich in den letzten elf Jahren geändert, was den Schluss nahelegt, dass es eine absolute Sicherheit der Atomkraft eben nie geben kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und vereinzelt SPD)

Ehrlicherweise fallen mir noch andere Bedrohungsszenarien ein als der Absturz eines A 380.

Das Urteil vollzieht dann nach, dass diese absolute Sicherheit nicht gegeben werden kann. Es mahnt zur weitestgehenden **Transparenz**. Die Bundesregierung hat damals argumentiert, sie könne die vorhandenen Dokumente nicht zur Verfügung stellen, um die Sicherheitsgefährdung nicht zu erhöhen, also Terroristen keine Anleitung für Anschläge zu geben. Das kann man nachvollziehen. Aber das Gericht hat eben gesagt, das könne nicht hinreichend sein, um nicht den Beweis zu erbringen, wie sicher das Zwischenlager sei, jedenfalls in einem In-camera-Verfahren. Im Grundsatz jedenfalls stimme ich damit überein.

(Beifall PIRATEN)

Dieses Urteil ist am 8. Januar 2015 ergangen. Am 16. Januar 2015 ist die Bundesregierung informiert worden. Am 16. Januar 2015 wurden auch wir dann informiert. Ich wurde um kurz nach zwölf von Staatssekretär Flasbarth angerufen. Zu diesem Zeitpunkt begann der Krisenmodus im Bundesumweltministerium und in unserem Ministerium. Um 15:30 Uhr haben wir eine **Duldung** erlassen, dass die neuen Castoren, die sich im Zwischenlager Brunsbüttel befinden, erst einmal in dem Zwischenlager bleiben können. Diese Duldung ist auf drei Jahre befristet.

Ich habe verschiedentlich gelesen, dass diese Duldung das Urteil aushebele. Dem möchte ich ausdrücklich widersprechen. Diese Duldung ist die Bedingung dafür, dass ein geordneter Betrieb erst einmal weitergehen kann, dass die Bewachung stattfin-

(Minister Dr. Robert Habeck)

den und das Personal überhaupt rechtmäßig dort weiter eingesetzt werden kann. Sie ist damit die Bedingung dafür, dass das Urteil erfüllt werden kann. Es ist kein Aushebeln des Urteils. Jeder, der sagt, diese Duldung sei eine **Umgehung des Gerichtsurteils**, muss auch sagen, wo die Castoren hingehen sollen. Jeder, der das kritisiert, muss eine andere Lösung nennen, sonst ist es eine Null-Nummer.

Es ist tatsächlich Neuland in der atompolitischen Rechtsprechung, aber wir mussten innerhalb von wenigen Stunden entscheiden, wie es weitergeht, sonst hätten die Castoren tatsächlich buchstäblich, wie es gesagt wurde, am nächsten Tag auf den Bürgersteig gestellt werden müssen oder das Lager hätte nicht mehr bewacht werden dürfen. Das wäre sicherlich keine Lösung und auch keine sicherere Antwort gewesen.

Weiter folgt daraus, dass letztlich alle **baugleichen oder -ähnlichen Standorte**, obwohl nicht beklagt, aus meiner Sicht ebenfalls der **Überprüfung** nach den Kriterien des Urteils unterzogen werden müssen, und nicht nur die Standorte, sondern auch die AKW. Die Bundesregierung muss den Beweis erbringen, dass die Standorte - die Zwischenlager und die Atomkraftwerke - den Kriterien, die das Gericht angelegt hat, genügen. Entsprechend werde ich mit meinen Länderkollegen auf die Betreiber und auf die Bundesregierung zugehen.

Es gibt aber auch Konsequenzen direkt für Schleswig-Holstein, vor allem zunächst erst einmal für den **Standort Brunsbüttel**. Es war und ist - das will ich ausdrücklich sagen - hohe Priorität der Landesregierung, den **Rückbau** der Atomkraftwerke schnell und zügig voranzubringen. Bei allem Fingerhakeln im Detail mit Vattenfall ist es auch das Ziel des Betreibers Vattenfall, den Rückbau vorzunehmen. Ziel und Planung ist, dass das Atomkraftwerk 2016 brennelementefrei werden soll. Im Druckwasserbehälter des Atomkraftwerks Brunsbüttel befinden sich noch Brennelemente. Die sind da nicht besonders gut aufgehoben. Die hätten für den Rückbau des Atomkraftwerks entnommen werden müssen und hätten natürlich in das Zwischenlager Brunsbüttel gehen sollen. Die Duldung, die wir erlassen haben, sagt, dass die neun Castoren, die sich darin befinden, darin bleiben können, bis eine andere, rechtssicher genehmigte Lösung gefunden ist, aber es dürfen keine weiteren hinein - weder Castoren aus Sellafeld noch Castoren mit Material aus dem Druckwasserbehälter. Das heißt, es muss eine Lösung gefunden werden, wohin diese Brennelemente - dann in Castoren verpackt, ein Umfang

von etwa 10 bis 12 Castoren - verbracht werden können, wenn wir den Rückbau vornehmen wollen.

Daraus resultieren verschiedene Überlegungen, wie es weitergeht. Denkbar ist, dass Vattenfall beantragt, das Zwischenlager so, wie es ist, neu genehmigt zu bekommen, was möglicherweise zu Auflagen zur Härtung, also zum Nachrüsten, verbunden sein wird. Denkbar ist ein Neubau eines anderen Zwischenlagers. Denkbar ist auch, gar nichts zu tun. Sie wissen, dass es keine rechtliche Handhabe gibt, Atomkraftwerksbetreiber zu einem Rückbau zu zwingen. All das sind schlechte Lösungen.

Die vielleicht beste und naheliegendste Lösung ist, die Artikel im Atomgesetz, in denen es heißt, dass eine standortnahe Verbringung des Atommülls vorgeschrieben ist, so zu interpretieren, dass das Atomkraftwerk **Brokdorf** mit angeschaut wird und die zu befüllenden Castoren den Rückbau freimachen können, indem sie ins Atomkraftwerk Brokdorf gebracht werden. In Brokdorf ist die Lagerhalle für 100 Stellplätze genehmigt. Wenn das Atomkraftwerk bis 2021 läuft, wie es das nach dem Atomgesetz darf, würden am Ende etwa 20 oder 21 Stellplätze frei bleiben. Das würde also reichen, um die Castoren aus Brunsbüttel sowohl aus der Halle als auch aus dem AKW nach Brokdorf zu bringen. Das alles sind politische Aussagen. Die Antragstellung, das Verfahren, liegt beim Betreiber der Atomkraftwerke. Die Genehmigung liegt beim Bund. Ich will nur skizzieren, welche Auswirkungen sich damit verbinden und welche Debatten möglich sind.

Ich will aber auch sagen, dass der Rückbau der Atomkraftwerke die Priorität der Landesregierung ist, und zwar nicht nur der Rückbau des Atomkraftwerks Brunsbüttel, sondern auch des **Atomkraftwerks Krümmel**. Ich kann nur den Appell an Vattenfall wiederholen, das Pokerspiel, Krümmel als Faustpfand für die Klage gegen den deutschen Atomausstieg in der Faust zu behalten, endlich aufzugeben, sodass wir dort in einen geordneten Rückbau einsteigen können.

(Beifall Kirsten Eickhoff-Weber [SPD] und Martin Habersaat [SPD])

Für Krümmel gilt, dass die Räumlichkeit am Standort noch viel beengter ist, dass es dort wahrscheinlich nicht möglich sein wird, eine Halle für den schwach- und mittelradioaktiven Müll zu nutzen, sodass man möglicherweise auf das dortige Standortzwischenlager rekurren muss, sodass auch dort die Einbringung von weiteren Castoren den Rückbau verhindern würde und entsprechend nicht gewollt wird.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Deswegen habe ich eine Pause gemacht: sehr gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Vielen Dank, Herr Minister. Die Frage haben wir beide schon einmal versucht, bilateral zu erörtern. Vattenfall ist ja ein schwedischer Staatskonzern. Was machen wir eigentlich, wenn die gar keinen neuen Antrag stellen?

- Für den Rückbau?

- Ja, auch für das Zwischenlager.

- Bei dem **Rückbau** haben wir **keine Handlungsmöglichkeiten**. Das ist so. Wir als schleswig-holsteinische Landesregierung haben am Anfang dieser Legislaturperiode einen Bundesratsantrag eingebracht, der den Gesetzgeber aufgefordert hat, das **Atomgesetz** so zu ändern, dass Atomkraftwerksbetreiber zum Rückbau verpflichtet werden können. Wir haben damals für unseren Antrag keine Mehrheit im Plenum gefunden. Die Zwischenlagerung war geklärt - bis zu diesem Gerichtsurteil. Sie muss standortnah in den genehmigten Zwischenlagern geschehen. Nun haben wir kein genehmigtes Zwischenlager am Standort in der alten Definition. Bisher hieß es, standortnah sei, wenn man den Atom Müll 300 m oder 500 m transportieren muss - raus aus dem Reaktor, rein ins Zwischenlager. Das wurde uns genommen. Nun stellt sich die Frage, ob man „standortnah“ etwas weiter definieren kann. Ich komme am Ende meiner Ausführungen darauf zu sprechen. Aber eine klare, eindeutige Lösung ist nicht da. Vattenfall steht wie wir vor einem Zustand, in dem es kein genehmigtes Zwischenlager gibt, der sie aber gleichwohl verpflichtet, die Castoren nirgendwo anders hinzustellen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, Sie gestatten eine zweite Bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich höre dann damit auf, weil es in eine Diskussion ausartet. Sie verbringen jetzt keinen weiteren Castor in das nicht genehmigte Zwischenlager.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sie dürfen es auch nicht.

- Ja, das ist ja klar. Aber es hilft uns auch nicht weiter, weil die Frage bleibt. Sie müssten an sich einen neuen Antrag auf Errichtung eines Zwischenlagers stellen oder - mit Auflagen - die Genehmigung dieses bestehenden. Wenn sie das nicht machen, was machen wir dann?

- Dann ändern wir, wenn wir die Mehrheiten finden, das deutsche Atomgesetz zu ändern und irgendwann - wie etwa bei den Rückstellungen - Betreiber zu weiteren Schritten zwingen. Aber wir als schleswig-holsteinische Atomaufsicht sind in dem Rechtsrahmen, in dem wir uns im Moment bewegen, nicht in der Lage, dort etwas zu tun. Wir müssten die Bundesgesetzgebung anpassen.

Ich mache weiter in meiner Rede und bin auch fast am Ende, aber natürlich kommen jetzt die entscheidenden Punkte, auf die wahrscheinlich schon ein paar warten.

Wenn das stimmt, was ich zu Brunsbüttel und Krümmel gesagt habe, wenn wir als Landespolitik also die **Priorität** des **Rückbaus** vor die Klammer ziehen, dann ist der Beschluss, den wir vor einhalb beziehungsweise jetzt schon fast vor zwei Jahren gefasst haben, nämlich ein tatsächlich untypisches, jenseits der Rituale agierendes Verhalten von Schleswig-Holstein umzusetzen, insofern zu hinterfragen, als es nicht mehr zur Wirklichkeit passt. Wir haben bei aller potenziellen Hilfsbereitschaft - ich werbe sehr dafür, sie nicht im Grundsatz infrage zu stellen - faktisch, wenn wir den Rückbau durchziehen wollen, keine Möglichkeit, bei den Castoren, die in **Sellafield** warten, zu helfen und diese aufzunehmen. Das heißt, die Bundesregierung muss sich darauf einstellen, dass die Hilfsbereitschaft von Schleswig-Holstein nicht mehr in Realität umgesetzt werden kann und nach zwei Jahren der Suche die Kriterien des Landtags Schleswig-Holsteins nicht mehr zu erfüllen sind, ein drittes Land zu finden. Nach zwei verlorenen Urteilen, die das Zwischenlager, auf das alle ein bisschen geschaut haben, nämlich Brunsbüttel, aus dem Spiel genommen haben, ist es - so meine ich - an der Zeit, dass die Bundesregierung erkennt, dass sie zumindest droht, in eine Sackgasse hineinzulaufen, und dieses Suchverfahren anders aufsetzt und anders einstellt.

Schleswig-Holstein hat damals - das ist immer noch ein beispielhafter und großartiger Vorgang - versucht, nationale Verantwortung zu übernehmen,

(Minister Dr. Robert Habeck)

und damit auch versucht, einen Prozess der Verantwortungsethik zu initiieren. Ich meine, dieser Prozess ist vermutlich nicht mehr zielführend bis zum Ende zu beschreiten. Die Bundesregierung kann nicht mehr damit rechnen, dass Schleswig-Holstein helfen kann, so sehr es das möglicherweise auch selbst noch will.

Daraus - nicht nur aus dem Urteil und den Konsequenzen für Brunsbüttel, sondern auch aus den Verfahren und den Debatten über die Standortzwischenlager - folgt, dass ich meine, dass wir die **Zwischenlagerdebatte** mit der **Endlagerdebatte** zusammenführen und verzahnen müssen. Es stellen sich grundsätzlich weitere Fragen. Die Zwischenlager sind für die Standorte genehmigt. Jetzt bauen wir die Atomkraftwerke zurück. Möglicherweise haben wir irgendwann in 15 oder 20 Jahren in Deutschland zwölf Zwischenlager, aber keine Atomkraftwerke mehr. Möglicherweise muss man jetzt einen Sammelgedanken anstellen und schauen, dass man größere Zwischenlager an anderen, sichereren Standorten einrichtet. Möglicherweise muss man die Verzahnung mit der Endlagerdebatte jetzt endlich auch einmal aktiv unter Berücksichtigung der Last an den Standortgemeinden führen; denn wenn das Endlager 2050 - das ist ehrgeizig genug - in Betrieb genommen wird, ist immer noch nicht geklärt, wie der Übergang von den Zwischenlagern zum Endlager ist.

Wenn all diese Fragen jetzt offen und miteinander in Perspektive auf das Endlager diskutiert werden, dann gibt es möglicherweise eine andere Perspektive, auch die nationale Verantwortung der Rücknahme der Sellafield-Castoren aus der Wiederaufbereitungsanlage wieder anzupacken.

Deswegen wäre es aus meiner Sicht falsch, wenn Schleswig-Holstein sagen würde: Wir machen es wie alle anderen; wir schauen nur auf unseren Kram und kümmern uns nicht darum, wie die Gesamtprozesse laufen. - Solange da nichts passiert ist, muss die Bundesregierung damit rechnen, dass wir - bei aller Hilfsbereitschaft - nicht mehr helfen können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Minister hat 11 Minuten gesprochen. Das ist die Zeit, die Sie alle jetzt auch für Ihre Redebeiträge nutzen können.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Oliver Kumbartzky von der Fraktion der FDP das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Habeck, ich danke ganz herzlich für den ausführlichen, sachlichen und sehr unaufgeregten Bericht. Beim Zuhören denkt man immer: Was wäre denn gewesen, wenn Robert Habeck jetzt noch heimlicher Oppositionsführer wäre? Wahrscheinlich wäre er hier richtig im Dreieck gesprungen und hätte davon gesprochen, dass die **Castoren** jetzt in einer besseren Kartoffelhalle liegen, hätte gesagt, dass die Duldung überhaupt nicht geht; jede Pommestube müsse nachweisen, wo ihr Müll bleibt. - Nein, ich freue mich wirklich über Ihre Lernfortschritte, Herr Dr. Habeck.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich sage ganz ehrlich: Die Duldung ist richtig; die **Duldung bis 2018**, die Sie angeordnet haben, ist die einzig richtige Möglichkeit. Ich sage aber auch, dass eine Duldung bis 2018 begrenzt sein muss - auf ein absolutes Minimum. Wir gehen davon aus, dass Sie, Herr Dr. Habeck, den Zeitplan einhalten werden, den Sie mit der Duldung für drei Jahre selber gesetzt haben. Es ist aber ein sehr sportlicher Zeitrahmen. Wenn man sich einmal anschaut, wie lange es braucht, bis eine atomrechtliche Genehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz vorliegt, dann weiß man, dass ein Zeitrahmen von drei Jahren wirklich sehr sportlich ist. Aber ich denke, Sie werden Ihren guten Einfluss auch in Berlin geltend machen, damit die Frist eingehalten wird. Gerade dieses Vorhaben muss aufgrund der wirklich besonderen Situation definitiv, auch was die Genehmigung angeht, auf die Überholspur.

Das Urteil sorgt zweifelsohne für ein politisches Erdbeben. Es kann nicht folgenlos bleiben; das hat der Minister auch schon gesagt. Das **Gerichtsurteil** hat, wie ich finde, auch **Auswirkungen auf die anderen Zwischenlager**; das ist eben im Bericht deutlich geworden. Das ganze damals von Rot-Grün unter Federführung von Minister Jürgen Trittin beschlossene Konzept der Standortzwischenlagerung gerät ins Wanken. Das Zwischenlager in Brokdorf beispielsweise ist quasi baugleich mit dem in Brunsbüttel. Der einzige Unterschied ist eben, dass damals, bei der Errichtung, nicht schon geklagt worden ist.

Minister Habeck erklärte gerade, dass er nun auch den Bund in der Pflicht sieht, für jeden Standort ak-

(Oliver Kumbartzky)

tuelle Untersuchungen zum **Risiko von Flugzeugabstürzen oder Terrorschwärzen** in die Wege zu leiten. Schon daran zeigt sich, dass der Minister auch erkennt, dass das Urteil Auswirkungen auch auf die anderen Zwischenlager in Deutschland hat.

Zurück zu den unmittelbaren politischen Folgen. Da möchte ich an die große Debatte erinnern, die wir im Zusammenhang mit der Regierungserklärung und den Beschlüssen des Landtages vom 24. April 2013 hatten. Nach dem wirklich törichten, unklugen Vorstoß von Minister Habeck, Brunsbüttel als Zwischenlager für einen Teil der 23 Castoren aus Sellafeld anzubieten, gab es hier im Hohen Hause im April 2013 heiße Diskussionen. Wir Freien Demokraten haben damals eindringlich darauf hingewiesen, dass das Standortzwischenlager Brunsbüttel noch nicht bestandsfest genehmigt sei. Leider wurde dieser wichtige Fakt von der rot-grünen Mehrheit schlicht und einfach ignoriert. Das war, wie sich jetzt zeigt, ein wirklich fataler Fehler. - Das war eine kurze Klatschpause!

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Bis heute haben wir in Deutschland lediglich ein **einziges genehmigtes Zwischenlager**, das den Anforderungen für die Einlagerung von Material aus Wiederaufbereitungsanlagen entspricht. Die Castoren aus den Wiederaufbereitungsanlagen sind andere Castoren als die, die jetzt immer direkt vom Kraftwerk in das Zwischenlager kommen. Das Zwischenlager, das ich meine, befindet sich in **Gorleben**. Ich weiß, dass man sich damit nicht überall beliebt macht und dass einige gleich reflexartig an die Decke springen und sagen: Bloß nicht Gorleben! - Aber wir wollen mit unserem Entschließungsantrag einen konstruktiven Vorschlag machen. Es nützt ja nichts zu sagen: Wir wollen keine weiteren Castoren haben. - Das bringt uns nicht weiter. Deutschland ist verpflichtet, diese Behälter wieder aufzunehmen.

(Beifall FDP)

Da bietet sich jetzt eben nur Gorleben an. Da sollten diese Behälter ursprünglich auch hin. Die Castoren, die jetzt aus England oder Frankreich zurückkommen, sind noch sozusagen Altlasten aus der Zeit, bevor es überhaupt Standortzwischenlager gab.

Insofern möchte ich noch einmal für Gorleben werben. Einige von Ihnen waren in letzter Zeit einmal da; ich habe mir das auch selbst angesehen. Dort ist erstens genug Platz. Zweitens gibt es dort die Anlagen, die nötig sind, um einen defekten Castor zu re-

parieren, falls es einmal so weit kommt. Denn was würde es bedeuten, wenn wir jetzt **Castoren aus Sellafeld** in Brokdorf oder sonst wo aufnehmen? Wenn sie einmal leckschlagen oder kaputtgehen, dann müssen sie repariert werden. Dafür gibt es dort keine Anlagen. Die müsste man für viele Millionen Euro bauen. Damit würde man aber sagen: Wir errichten eine neue kerntechnische Anlage. Ich weiß nicht, ob man das will. Ein weiteres Problem ist: Wenn ein Castor kaputtgehen würde, könnte man nicht sagen: Ja gut, dann transportieren wir den eben nach Gorleben, um ihn zu reparieren. Das geht schon allein aus atomrechtlichen Gründen nicht, weil er seine Genehmigung für den Straßenverkehr und den Schienenverkehr sofort verlieren würde, wenn er denn kaputt wäre. Daraus ergibt sich eine verzwickte Situation. Aber man kann sie lösen.

Herr Dr. Habeck, Sie haben selbst angesprochen, dass der Vorstoß von damals und der Beschluss von damals hinterfragt werden müssen; das ist ganz klar. Es ist nicht nur das Urteil, das jetzt gesprochen wurde; es ist auch die Tatsache, dass sich außer Baden-Württemberg immer noch kein Bundesland gemeldet hat, das zur **Aufnahme von Castoren** bereit ist. Das mag viele Gründe haben. Aber ganz klar ist, dass die am 24. April 2013 beschlossenen Bedingungen - das ist die Drucksache 18/751 (neu), 2. Fassung - nicht erfüllt sind, sodass keine Grundlage gegeben ist.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Hans-Jörn Arp [CDU])

Wir haben deshalb einen Entschließungsantrag eingereicht. Vielleicht findet er eine genauso große Mehrheit wie die Vorlage gerade eben. Der Beschluss vom April 2013 muss heute revidiert werden. Wir als FDP-Fraktion hatten schon 2013 die Position, dass die letzten Castoren, die aus den Wiederaufbereitungsanlagen nach Deutschland zurückkommen, dorthin verbracht werden sollen, wo sie auch ursprünglich hin sollten. Es zeigt sich nun, dass wir mit dieser Einschätzung richtiglagen. Tatsache ist: Die Behälter müssen zurück. Die **Behälter aus La Hague** stehen quasi schon auf dem Gleis. Die **Behälter aus Sellafeld** sollten 2015 zurückgeliefert werden. Da gab es jetzt eine Fristverlängerung bis 2017, aber auch das ist bald. Die notwendige Lösung, die sich anbietet und die wir bald brauchen, ist Gorleben.

Um diese Lösung umzusetzen, ist das **Atomgesetz** zu ändern, und zwar in § 9 a Absatz 2 a. Wir fordern die Landesregierung mit unserem Entschließungsantrag dazu auf, sich auf Bundesebene für ei-

(Oliver Kumbartzky)

ne entsprechende Änderung des Atomgesetzes einzusetzen. Gleichzeitig soll die Landesregierung dafür Sorge tragen - ich bin mir sicher, dass sie es tut -, dass aus den Zwischenlagern nicht schleichend End- oder Dauerlager werden. Auch bei der **Festlegung des Endlagerstandortes** darf es keine weiteren Verzögerungen geben.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Ich sage es noch einmal: Die Castorbehälter aus Sellafield und La Hague kommen zurück - das müssen sie auch - und müssen irgendwohin. Dann nützt es jetzt nichts zu sagen: Schauen wir einmal, was passiert! - Nein, man muss sie sicher lagern; die Sicherheit steht an oberster Stelle. Das geht nun einmal tatsächlich nur in Gorleben. Ich weiß, dass die Diskussion auf Bundesebene gerade für einen Grünen schwierig wäre - gar keine Frage. Aber ich glaube, da muss ein Ruck durch die Republik gehen, auch durch das Bundesumweltministerium, das sagen muss: Es war ein Fehler, es auf andere Bundesländer verteilen zu wollen. Wir lagern jetzt diese letzten 23 Castoren in Gorleben ein. - 112 Castoren stehen schon in Gorleben. Das wäre kein Signal, keine Vorfestlegung von Gorleben als Endlagerstandort. Es ist einfach nur die technisch und sachlich richtige Lösung.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Ein weiteres Thema, das Sie angesprochen haben, Herr Dr. Habeck, und das auch sehr wichtig ist, ist der **Rückbau des Kernkraftwerks Brunsbüttel**. Nach dem Beschluss des Bundesgerichts dürfen auch die sich derzeit im Reaktordruckbehälter befindenden Brennelemente nicht in das Zwischenlager. Auch daraus ergibt sich eine sehr skurrile Situation. Das Problem ist, dass der Reaktor jetzt nicht brennstofffrei wird und damit der Rückbau ins Stocken gerät. Ich frage mich wirklich, Herr Dr. Habeck, wie Sie dazu beitragen wollen, dass der Rückbau durch die **Leipziger Entscheidung** nicht verzögert wird, nach der die Herstellung der Brennstofffreiheit die Voraussetzung für die Stilllegung und den Rückbau ist. Es nützt nichts, sich immer hinter dem Bundesamt für Strahlenschutz zu verstecken. Das Umweltministerium ist die oberste Atomaufsichtsbehörde hier im Lande. Sie sind auch für den Rückbau verantwortlich. Es darf keine Verzögerung beim Rückbau geben. Es darf auch nicht dazu kommen, dass man sagt: Wir machen jetzt einen sicheren Einschluss. - Nein, der Rückbau ist wichtig. Er muss oberste Priorität haben. Ich bin guter Dinge, dass Sie das mit dem Rückbau richtig in die Wege leiten.

Wie gesagt: Das Thema Rückbau ist das eine; das Thema Zwischenlagerung von Castorbehältern aus Wiederaufbereitungsanlagen ist das andere. Da braucht man eine Lösung. Da haben wir einen konstruktiven Vorschlag geliefert. Wir wollten nicht nur sagen: Wir wollen nicht mehr, dass die Castoren nach Brunsbüttel oder Brokdorf kommen - nein, wir haben einen konstruktiven Vorschlag gemacht und bitten ganz herzlich um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Jens-Christian Magnussen.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will ein Zitat aus der „Norddeutschen Rundschau“ als Einführung nennen. Karsten Hinrichsen - nicht nur regional bekannt, sondern auch Ihnen, Herr Dr. Habeck - titulierte: Dr. Habeck als Atomminister eine Fehlbesetzung. Ich fasse zusammen: Die Erwartungshaltung der Menschen vor Ort ist sehr groß. Ich sage Ihnen zu, dass wir als CDU konstruktiv an dem Prozess weiterarbeiten. Dr. Hinrichsen ist jemand, der Ihrer Klientel sehr nahesteht und mit Ihnen wahrscheinlich in Brokdorf am Zaun gerüttelt hat, Herr Dr. Stegner.

(Unruhe)

Leider mussten wir innerhalb der letzten fünf Tage **zwei Rückschläge** für die erfolgreiche **Energiewende** hinnehmen. Seit verganginem Freitag haben wir ein Zwischenlager Brunsbüttel ohne Betriebsgenehmigung, das nur noch eine aufschiebende Betriebsgenehmigung durch Minister Habeck erhalten hat. Dienstag kippte - wie vorhin lange diskutiert - das OVG Schleswig-Holstein die schleswig-holsteinischen Windausbaupläne.

Eine Duldung des **Zwischenlagers** bis 2018 ist aus Sicherheitsgründen notwendig und unumgänglich. Ich kann Herrn Dr. Habeck nur danken, dass er so schnell reagiert hat. Sonst hätten wir die Castoren wahrscheinlich neben die gelben Fässer auf den Markplatz in **Brunsbüttel** gestellt. Das wäre mit Sicherheit nicht die Lösung gewesen.

Betreiber anderer Zwischenlager müssten Anträge stellen zur Aufnahme von Brunsbütteler Castoren. Wer tut das bei dieser unsicheren Rechtslage?

(Jens-Christian Magnussen)

Was bedeutet das nun für die Situation am Standort Brunsbüttel? - Das KKW ist auf dem Weg des Rückbaus. Jetzt muss der Betreiber zeitgleich Planungen vornehmen, um das Zwischenlager entsprechend nachzurüsten oder gar neu zu bauen und dann vollständig neu genehmigen zu lassen. Die räumlichen Probleme auf dem Gelände kommen hinzu. Ein zusätzliches Zwischenlager zu bauen, sprengt irgendwann den räumlichen Rahmen, oder es sind die Optionsflächen, die Vattenfall im Moment noch hält, die eventuell der Offshore-Pier im Wege stehen könnten. Die Modifikation der Zwischenlager darf nicht dergestalt sein, dass **Zwischenlager** zu **Endlagern** werden. Die Planungen müssen rechtssicher sein, sie müssen Rechtsgrundlagen, die zukünftige Gesetze hergeben, schon heute beinhalten.

Herr Dr. Habeck hat ausgeführt, der **A 380** sei Grundlage des Urteils gewesen. Welche zukünftigen Erfordernisse auf uns zukommen, weiß heute noch keiner. Ob die drei Jahre ausreichend sind, um die Probleme zu lösen, ist die Kernfrage. Die Folgen stellen sich für alle Betreiber, auch die anderen baugleichen Zwischenlager - falls diese beklagt würden. Das Bundesverwaltungsgericht - der Minister hat es ausgeführt - will den Absturz eines A 380 oder panzerbrechende Waffen der neuesten Generation simuliert wissen. Ich stelle mir die Frage, was ist, wenn ein, zwei oder drei A 380 abstürzen. Diese Grundlagen liegen doch im Bereich der Spekulation. Wie sollen sich die Betreiber positionieren, um die Zwischenlager in der Genehmigungsphase rechtssicher zu machen?

(Anhaltende Unruhe)

Herr Minister Habeck, hinzu kommt Ihr Vorstoß zur Aufnahme von **Castoren aus Sellafield** in Schleswig-Holstein, dem sich die CDU Schleswig-Holstein nie verweigert hat und auch heute nicht verweigert, weil wir immer gesagt haben: Wer Kernkraftwerke betreibt, muss auch Verantwortung für die Zwischenlagerung übernehmen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie haben unsere Zustimmung im April 2013 an Bedingungen geknüpft und Zusagen gegeben; Sie stehen damit in der Verantwortung, Ihre Zusagen zu erklären. Sie müssen einen Vorschlag machen - Kollege Kumbartzky hat es gesagt -, wie Ihr Beitrag aussieht, wie diese Probleme aufgrund der neuen Lage aus der Welt zu schaffen sind.

Wir stellen fest: Der **Ausstieg** aus der **Kernenergie** ist durch die Entscheidung des **Bundesverwaltungsgerichts** nicht leichter geworden. Viele Fra-

gen tauchen auf, insbesondere in Bezug auf den Standort Brunsbüttel. Was passiert mit den 25 Castoren aus England und Frankreich? Der Beschluss des Landes vom 24. April 2013 ist aus unserer Sicht obsolet. Was wird aus den Castoren und den schwach- und mittelradioaktiven Stoffen in den errichteten Zwischenlagern und an den Kraftwerkstandorten insgesamt? Was wird aus den rostigen Fässern in Brunsbüttel, die auch durch fehlende Kontrolle der Reaktorsicherheitsbehörden möglich wurden, und den Fässern anderswo? Was wird aus den Rückständen aus dem geplanten Rückbau des Kernkraftwerks? Was wird mit dem Rückbau insgesamt? Ergeben sich neue Ansätze in den Konzeptionen?

Festzuhalten bleibt für mich: Mit der **Ordnungsverfügung** von Minister Habeck ist etwas Zeit gewonnen, aber mehr nicht. Es wäre ehrlicher, **Gorleben** - da sind wir ganz dicht bei der FDP -, ein genehmigtes Zwischenlager, bis zur Fertigstellung von Alternativen für Brunsbütteler Castoren und Sellafield-Castoren zu nutzen, statt über Ordnungsverfügungen viele Jahre mit Provisorien zu arbeiten und die Fragen nach der Sicherheit der Bevölkerung bis dahin mit dem Prinzip Hoffnung und Verschiebeverfügung zu beantworten. Der Betreiber könnte sich auf den geordneten und rechtssicheren Rückbau konzentrieren.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen nicht von Schuldzuweisungen reden, aber relativ klar ist: Im Jahr 2012 hat Rot-Grün den Ausstieg beschlossen mit Zwischenlagern an jedem Kraftwerk. Die Genehmigungen wurden erteilt, das Moratorium zu Gorleben wurde verkündet. Diese Politik aus 2012 ist in Schleswig und Leipzig gescheitert.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwarte und beantrage, dass wir dieses Thema im zuständigen Wirtschaftsausschuss weiter beraten.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Herr Dr. Stegner.

(Beifall CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Atomfundamentalisten! - Weitere Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Olaf Schulze.

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Magnussen, das war ja fast die alte Rhetorik, wie wir sie früher erlebt haben. Ich habe gedacht, dass wir darüber hinweg sind.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Er hat nichts dazugelernt!)

Am 8. Januar 2015 hat das **Bundesverwaltungsgericht** die Aufhebung der Genehmigung für das Standortzwischenlager Brunsbüttel für rechtskräftig erklärt. Dieses Urteil zeigt noch einmal, wie richtig der Beschluss war, aus der Atomkraft auszusteigen. Da sollten Sie jetzt einmal zuhören.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es war falsch, auf eine Technik zu setzen, deren Folgen man nicht richtig einschätzen kann. Nach dem Urteil müssten die zurzeit neun Castoren aus dem Zwischenlager entfernt werden. Da man die Castoren hier nun nicht einfach auf den Hof stellen oder mal eben in ein anderes Zwischenlager bringen kann - hierfür fehlt ebenfalls eine Genehmigung -, hat die Landesregierung zu Recht eine **atomrechtliche Anordnung** getroffen, mit der die Lagerung der Kernbrennstoffe im Zwischenlager Brunsbüttel bis Anfang 2018 vom Land Schleswig-Holstein geduldet wird.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Nichts anderes habe ich gesagt!)

- Ich habe ja auch nur gesagt, dass das gut ist. Zum Rest komme ich noch.

Dadurch wird dem Betreiber Zeit gegeben, eine Lösung zu finden. Auch dazu haben Sie eben etwas gesagt. Entweder muss er eine neue Genehmigung beantragen oder ein neues Zwischenlager bauen oder die Castoren in ein anderes Zwischenlager bringen. Das sind die drei Möglichkeiten. Die Verantwortung liegt bei **Vattenfall** und dem **Bundesamt für Strahlenschutz**. Wichtig für uns ist, dass der Rückbau der Atomkraftwerke dadurch nicht verzögert wird. Hier ist eine Verpflichtung von Vattenfall gegeben. Ich erwarte, dass Vattenfall seiner Verantwortung nachkommt.

Sie haben von **Rückbau** gesprochen. Ja, wir haben im Landtag beantragt, dass das Atomgesetz dahin

gehend geändert werden soll, dass die Betreiber von Atomkraftwerken verpflichtet werden, den Rückbau zu betreiben. Im Moment gibt es ja noch den sicheren Einschluss. Wir haben hier zwar eine Mehrheit gefunden, aber auf Bundesebene leider nicht. Ich hätte mir gewünscht, dass auch Sie sich dafür eingesetzt hätten, dass der Rückbau ins Atomgesetz verpflichtend reingekommen wäre. Es wäre schön, wenn sich die CDU dazu bekennen würde, dass das so sein muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Des Weiteren reden Sie im Moment immer nur davon, dass der Rückbau beginnen kann. Ja, in Brunsbüttel kann er beginnen. In **Krümmel** sind wir leider noch nicht so weit. Auch hier müssen wir ganz klar sagen, dass wir dafür sorgen müssen, dass auch in Krümmel der Rückbau zeitnah beantragt wird, sodass wir den Rückbau bekommen. Das Gleiche gilt auch für **Brokdorf**, wenn Brokdorf vom Netz gegangen ist.

Meine Damen und Herren, dieses Urteil zeigt, dass wir gerade bei der Atompolitik keine Schnellschüsse machen dürfen. Einfache Entscheidungen gibt es nicht.

Dies gilt auch für den Entschließungsantrag der FDP. Es gibt bis jetzt keinen Antrag, die **Castoren aus Sellafeld** oder **La Hague** in Schleswig-Holstein zu lagern. Es würde zurzeit keinen Standort in Schleswig-Holstein geben. Brunsbüttel hat keine Genehmigung für ein Zwischenlager, in Brokdorf und in Krümmel gibt es nur eine Genehmigung für die eigenen Castoren, und jeder Versuch, eine Genehmigung für die Castoren aus der Wiederaufbereitung zu bekommen, würde womöglich beklagt.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das ist richtig!)

Daher besteht hier für den Antrag sicherlich keine Dringlichkeit. Ich glaube, das kann man daraus erkennen. Wir sollten ihn in den Wirtschaftsausschuss überweisen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es ist auch kein Dringlichkeitsantrag!)

- Sie haben ihn zum Dringlichkeitsantrag gestellt. Wenn Sie es ernst gemeint hätten, hätten Sie einfach einen normalen Antrag gestellt; dann hätten wir in der nächsten Landtagssitzung darüber debattieren können.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ernst gemeint ist er!

- Oliver Kumbartzky [FDP]: Ernst gemeint ist er schon!)

(Olaf Schulze)

- Entschuldigung, ich nehme zurück, dass es nicht ernst gemeint ist. Ich meinte die Dringlichkeit. - Egal, geschenkt.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ausschuss ist gut! - Serpil Midyatli [SPD]: Wir sind großzügig!)

Wir sollten ihn vor allem deshalb in den Ausschuss überweisen, weil Sie selbst schon im Antrag formuliert und festgestellt haben, dass wichtige Voraussetzungen für die Bereitschaft der Aufnahme der Castoren bislang nicht erfüllt sind.

Kollege Kumbartzky, Sie haben eben sehr lange über **Gorleben** gesprochen, was heute eigentlich nicht unbedingt zur Dringlichkeit gehört. Sie können es aber natürlich mit reinnehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind nicht mehr bei der Dringlichkeit! Die ist schon bestätigt worden! Wir haben jetzt einen normalen Tagesordnungspunkt!)

- Im Antrag steht nichts über Gorleben. Darin steht auch nichts darüber, dass wir die Castoren aus Sellafield zurücknehmen müssten. So weit sind wir - wie gesagt - noch nicht. Sie sagen, Gorleben sei so gut geeignet. Auch in Gorleben müsste jetzt neu beantragt werden, dass die Castoren aus Sellafield hinein dürften. Auch das wird eine Zeit dauern, bis die Anträge bearbeitet und genehmigt sind. Auch hier ist es nicht so, dass man einfach sagt: Na ja, wir haben jetzt Gorleben, und wir können es dort einfach hineinstellen. Auch hier würde es bedeuten, neue Genehmigungen zu erteilen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Oliver Kumbartzky [FDP]: Mit dem Unterschied: Die würden es beantragen!)

Kollege Kumbartzky, in Ihrem Antrag haben Sie gleich noch ein weiteres Fass aufgemacht. Erst haben Sie die Zwischenlagerung in Gorleben wieder ins Spiel gebracht, und dann haben Sie mit dem letzten Satz - ich zitiere -: „Bei der Festlegung des Endlagerstandortes und der Errichtung eines Endlagers darf es keine Verzögerung mehr geben“, einmal eben so nebenbei die **Endlagerfrage** angerissen. Aber gerade bei der Endlagerfrage gilt: Genauigkeit geht vor Schnelligkeit. Erst einmal muss die Frage geklärt werden, ob es eine Rückholbarkeit geben soll - ich meine, ja -, und dann müssen wir mit den Betreibern und der Bevölkerung gemeinsam einen geeigneten Standort finden, ohne jemanden unter Druck zu setzen.

Wir haben eben gerade die Diskussion darüber gehabt: Wir müssen die Bevölkerung und die Men-

schen mitnehmen. Das ist das, was auch die PIRATEN immer von uns verlangen.

(Beifall PIRATEN)

Lassen Sie uns die Zeit nehmen und einen breiten Konsens in der Bevölkerung schaffen, und lassen Sie uns nicht wieder Druck aufbauen, jetzt schnellstmöglich handeln zu müssen.

Auf Bundesebene ist eine **Endlagerkommission** eingerichtet. Lassen wir diese in Ruhe arbeiten und ihren Bericht vorlegen. Erst dann müssen wir unsere Verantwortung wahrnehmen und entscheiden. Das Standortauswahlverfahren soll nach dem Gesetz bis zum Jahr 2031 abgeschlossen sein. Hierfür wäre ein breiter Konsens wünschenswert. Wir alle sollten uns unserer Verantwortung bewusst sein, damit wir nicht zu schnell Entscheidungen treffen, die dann vor Gerichten Jahre später wieder für nichtig erklärt werden, und die nachfolgenden Generationen nicht wissen, wohin mit dem Müll.

(Beifall SPD und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Mir ist aufgefallen, dass der FDP-Vertreter nach vorn geht und mit dem Duktus einer grenzenlosen Überheblichkeit erst einmal anfängt: Wenn dieser Minister noch in der Opposition wäre, würde er mit Kartoffelschuppen und so weiter - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So wäre es gewesen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wäre so! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Da muss er selber grinsen!)

Das ist eine Unernsthaftigkeit in der Debatte.

Kommen wir zum Zweiten: Ich würde mir gerade von dem Sprecher der CDU-Fraktion in dieser Frage

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war peinlich!)

etwas mehr Demut wünschen.

(Beifall SPD)

Das waren Leute, die haben noch vor Kurzem einen Kreisparteitagbeschluss der CDU Steinburg für

(Detlef Matthiessen)

den Neubau von Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein erwirkt.

(Zuruf CDU: Jetzt kommt das wieder! - Oliver Kumbartzky [FDP]: Ein bisschen mehr Demut, Herr Matthiessen!)

Das war zumindest in meiner aktiven Zeit hier im Parlament. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist beschlossen worden zwei Jahre, bevor die schwarz-gelbe Regierung den Atomausstieg endgültig vollzogen hat, nachdem sie erst eine Laufzeitverlängerung beschlossen hatte.

(Wortmeldung Jens-Christian Magnussen [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Matthiessen, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, danke, Herr Kollege!

Das ist zumindest die historische Wirklichkeit.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Atomkraft - nein danke!)

Da zieht es mir immer die Schuhe aus, mit welcher Chuzpe hier vorgetragen wird. Kann da nicht einmal etwas mehr Demut und eine Art schlechtes Gewissen oder so etwas vorhanden sein?

Die Grünen, diese Landesregierung, stellen sich der Verantwortung -

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Wir auch! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben wir auch getan!)

unter anderem mit dem Beschluss des gesamten Hohen Hauses, das wir bereit wären, unter bestimmten Voraussetzungen Castoren aus Wiederaufbereitungsanlagen zu übernehmen.

In Ihrem Antrag verlangt die FDP, diesen Willen zu revidieren. Ich bin nicht dazu bereit. Wir wollen - im Gegensatz zu den Witzchenmachern - Teil der Lösung dieses Problems sein, das diese Seite des Hauses - historisch - dieser Republik hinterlässt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Machen Sie einen Vorschlag!)

- Es war ja nur ein Vorschlag, ha, ha, ha! Hören Sie doch bei diesem Thema mit Ihren Witzchen auf!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Was haben Sie denn den zukünftigen Generationen hinterlassen? Dafür tragen Sie die politische Verantwortung, Herr Arp! Dieses Thema ist nicht witzchenfähig!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich lasse während meiner ganzen Rede keine Zwischenfragen zu. Stimmungsmäßig bin ich dazu nicht in der Lage.

Ich komme zu der inhaltlichen Qualität der Witzchenreißer mit Ihrem Antrag. Sie sagen, dann sollen wir doch **Gorleben** nehmen. Ich erinnere daran, dass wir zur 13. AtG-Novelle eine schwarz-gelbe Regierung hatten, die das Zwischenlager Gorleben gecancelt hat. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was für Gaga-Anträge stellen Sie hier eigentlich, Herr Dr. Garg? - Im Übrigen gebe ich meine Rede zu Protokoll. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Matthiessen, gestatten Sie mir den Hinweis: Eine Rede kann man ganz zu Protokoll geben, aber nicht teilweise.

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren über das **Atommüllproblem** schon sehr lange. Obwohl wir schon so lange reden, ist eine **Lösung** immer noch nicht absehbar, denn es gibt sie zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht. Weil wir bisher eigentlich nur reden können, kann ich nur wiederholen, was meine Fraktionskollegin Angelika Beer schon im September letzten Jahres gesagt hat: Wir haben es mit einem Problem zu tun, das nach unserem heutigen technischen Vermögen nicht abschließend lösbar ist. Und deswegen sollten wir auch damit aufhören, so zu tun, als ob irgendjemand wirklich wüsste, was jetzt genau zu machen ist. Wir wissen es schlichtweg nicht.

Was ist diese ewige Debatte? - Doch eigentlich schlichtweg der Nachweis dafür, dass die Politik mit dem Problem überfordert ist. Es war ein fahrlässiger Irrsinn, überhaupt in die Nutzung der Atomenergie einzusteigen.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Letztlich drehen wir uns im Kreis. Auch deswegen ist es unpassend, wenn Teile der Opposition versuchen, politisches Kapital aus diesem ernststen Problem zu schlagen.

Wer war es denn, der den Ausstieg aus dem Atomausstieg durchgesetzt hat? FDP und CDU oder die Grünen und SPD? Es war letztlich die Mehrheit unserer Mitmenschen, die von jeher vor den Gefahren der AKW gewarnt hat.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Es waren leider die **GAUS in Tschernobyl und Fukushima**, die die Politik gezwungen haben, den Atomausstieg zu beschließen und auch konsequent voranzutreiben. Wer hat durch den rechtlich zweifelhaften Wiedereinstieg in den Atomausstieg die Grundlage dafür geschaffen, dass Vattenfall die Bundesrepublik jetzt mit Forderungen konfrontiert, die in Hunderte von Millionen € gehen? - Das waren doch CDU und FDP.

Wir PIRATEN fordern erneut, den Menschen offen und ehrlich zu sagen, wie die Lage ist. Es ist ganz klar: Es ist beim Thema **Sicherheit vor Anschlägen** völlig unverantwortlich, mit Intransparenz zu arbeiten. Wenn die zuständige Behörde dem zuständigen Gericht nicht erklären kann, wie die Sicherheit zu gewährleisten ist, und zwar selbst nicht in einem nicht öffentlichen Verfahren, dann ist es völlig konsequent und richtig, dass das Gericht die Genehmigung aufgehoben hat. Wir PIRATEN nennen

Sicherheit durch Geheimhaltung Security by Obscurity. Das funktioniert nicht.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Umgekehrt ist es oft so, dass erst der **öffentliche Druck** infolge von Informationen über die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen dazu geführt hat, dass überhaupt Sicherheit geschaffen wurde.

Man kann in der Frage der Unterbringung der Castoren durchaus unterschiedlicher Meinung sein, aber irgendwo in Deutschland müssen sie hin. Das Dilemma nach dem Urteil ist, dass in Deutschland im Grunde genommen kein Zwischenlager geeignet ist, Castoren aufzunehmen. Als wir damals hier im Landtag über die Frage gesprochen haben, haben wir PIRATEN uns nicht grundlegend einer fairen Aufteilung des Atommülls verwehrt, der jetzt nach Deutschland zurückgebracht werden muss, aber wir alle haben die Rückendeckung für die Aufnahme eines Teils durch die Bürger durch einen **Volksentscheid** gefordert. Das ist nicht erfolgt.

Keine Lösung sein kann es, wie die FDP es fordert, sämtlichen Atommüll nach **Gorleben** zu bringen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich empfinde es als eine bittere Ironie, dass Sie einerseits in Ihrem eigenen Antrag kritisieren, der Ausstieg aus Gorleben sei eine politisch und fachlich nicht begründete Entscheidung gewesen. Andererseits hat der Bundestagsuntersuchungsausschuss in dieser Frage durch Zeugenaussagen festgestellt, dass die Auswahl von Gorleben völlig willkürlich erfolgte und auf politischen Weisungen beruht hat.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das Zwischenlager ist nicht im Bergwerk!)

Die zuständige Anstalt hat nämlich erst auf politische Weisung hin überhaupt diesen Salzstock für geeignet erklärt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das Zwischenlager ist oberirdisch!)

Deshalb war die Auswahl des Standorts politisch beeinflusst und falsch.

Wenn man den Atomkonsens jetzt aufkündigt, dann wird man in dieser Frage nie eine friedliche und gemeinsame Lösung finden. Deshalb ist der Ruf nach Gorleben hier nur eine Scheinlösung.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

An dieser Stelle nicht, Herr Kollege. - Dass diese Frage so kompliziert ist, hat sich niemand von uns ausgesucht, aber - und so viel Respekt muss man tatsächlich aufbringen - die Landesregierung vermag das Problem nicht, sondern bekennt sich dazu, dass eine Lösung her muss. Dass die vom Umweltminister jetzt erlassene Duldung für Atommüll bis 2018 für sich genommen keine Lösung sein kann, wissen alle hier im Raum. Von daher: Machen wir uns auf den Weg, gemeinsam eine tragfähige Lösung zu suchen!

Wie bekommen wir das Lagerungsproblem langfristig in den Griff? - Funktionieren kann das nur, indem man mit den Fachleuten genau diskutiert, wie nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik der geeignetste Standort gesucht und gefunden werden kann. Wir PIRATEN haben zu diesem schwierigen Thema einen konstruktiven Ansatz: Egal wo und wie wir den Atommüll zukünftig lagern, er muss **zurückholbar** sein. Das lehrt uns die **Asse**, die nicht mehr weit von einer Havarie entfernt ist. Nicht einmal 30 Jahre hat dort die vielbeschworene Sicherheit gehalten. Auch die rottenden Atommüllfässer in **Brunsbüttel** zeigen, dass es ein Endlager in diesem Sinne überhaupt nicht geben kann. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ablehnung des Bundesverwaltungsgerichts einer Revision im Verfahren um das Standortzwischenlager Brunsbüttel hat zur Konsequenz, dass das Urteil des **OVG Schleswig** in dieser Angelegenheit rechtskräftig ist. Wie der Minister schon sagte: Es wurde nicht festgestellt, dass das Zwischenlager unzureichend gesichert sei gegen Terrorangriffe oder Airbuse, bemängelt wurde der **Umfang der Ermittlungen im Genehmigungsverfahren**, die seinerzeit vom Bundesamt für Strahlenschutz durchgeführt wurden. Dem OVG Schleswig wurde seinerzeit der Einblick in die durchgeführten Sicherheitsprüfungen verwehrt. Das Strahlenschutzamt durfte aufgrund von Geheimhaltungspflichten nicht in Detailtiefe gehen. Unter dem Strich bedeutet das, dass der aus dem Jahr 2003 stammende Genehmigungsbescheid, Brunsbüttel

als Kernbrennstoff-Zwischenlager zuzulassen, rechtswidrig ist.

Dieser in der Geschichte der deutschen Atompolitik einmalige Vorgang stellt uns, aber insbesondere die Kraftwerksbetreiber, vor ganz neue Herausforderungen. Der Minister hat es dargestellt, er hat unmittelbar auf die Ablehnung des OVG reagiert und als Konsequenz eine atomrechtliche Anordnung getroffen: Die Lagerung des Kernbrennstoffs im Zwischenlager Brunsbüttel wird bis Anfang 2018 geduldet. Damit wurde die notwendige Rechtssicherheit wieder hergestellt. Wohin sonst hätte der Müll auch gesollt? Aber zufriedenstellend ist diese Situation sicher nicht.

Wir stehen vor dem Problem, dass es in Deutschland kein **Endlager** für Atommüll gibt. Aus diesem Grund wurden die Zwischenlager im Atomgesetz festgelegt und danach eingerichtet. Neben den drei zentralen Einrichtungen Ahaus, Lubmin und Gorleben gibt es **zwölf Zwischenlager** an Kernkraftstandorten. Genau wie in Brunsbüttel hat es dort umfangreiche Genehmigungsverfahren zur Errichtung eines Zwischenlagers gegeben. Ab dem Zeitpunkt der ersten Einlagerung beginnt die Laufzeit des jeweiligen Zwischenlagers von 40 Jahren. Für Brunsbüttel hätte dies eine Laufzeit bis zum Jahre 2047 bedeutet. Das gilt aber jetzt nicht mehr.

Das könnte bedeuten, dass die Behälter woanders zwischengelagert werden müssen. Dabei stellt sich die Frage: Wer soll den Müll dann nehmen? Außerdem widerspricht es dem Gedanken: Wer Atommüll produziert, der muss ihn auch zwischenlagern. Die politische Bewertung kann daher nur sein, der **Betreiber** ist hier in der Verantwortung, eine neue Lagerung für die Castorbehälter in Brunsbüttel als Zwischenlager zu beantragen. Dabei muss gewährleistet sein, dass den Anforderungen des OVG Schleswig Rechnung getragen wird. Betreiber, Strahlenschutzamt und Bundesumweltministerium sind in der Pflicht, hierfür eine haltbare Lösung zu finden.

Es lässt tief blicken, wenn sogar einem deutschen Gericht aus Geheimhaltungsgründen der Einblick in Genehmigungsprüfungen verwehrt wird. Wo sind wir eigentlich, wenn die Geheimhaltung von behördlicher Seite höher bewertet wird als das Vertrauen in Gerichte? Das macht wieder einmal sehr deutlich, wie gefährlich diese Form der Energiegewinnung und die dazugehörige Lagerung sind.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Flemming Meyer)

Einige von uns waren in der letzten Woche in Gorbleben in der heißen Zelle, in der Pilotkonditionierungsanlage. Wie klein und hilflos fühlte man sich plötzlich, wie mulmig wird einem, wenn man sieht, was wir dort auf zukünftige Generationen losgelassen haben.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das hat Herr Magnussen noch nicht verstanden!)

Nein, wir müssen unbedingt weiter am **Atomaustrieg** festhalten. Wir müssen ganz klar erkennen, dass diese Form der Energiegewinnung unbeherrschbar und risikobehaftet ist. Damit ist sie auch unverantwortlich.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als es seinerzeit um die Bereitschaft ging, den Atommüll aus **Sellafield** und **La Hague** zu übernehmen, um ihn zwischenzulagern, geschah es aus einer politischen Verantwortung heraus zu sagen, wir tragen zu einer Lösung bei, um in der Endlagerfrage einen Schritt weiterzukommen. Schleswig-Holstein hat sich dieser Verantwortung gestellt. Das Projekt atomares Endlager ist eine nationale Aufgabe, der sich hier wirklich keiner mehr entziehen kann. Darum müssen alle ihren Beitrag leisten, damit in Deutschland ergebnisoffen nach einem Endlager gesucht werden kann.

Bei dieser Suche darf es keine Freifahrtscheine für bestimmte Bundesländer geben, denn mit einer solchen Vogel-Strauß-Politik kommen wir weiß Gott nicht weiter. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Matthiessen, wenn ich an die Diskussionen in den vergangenen Legislaturperioden zurückdenke, dann sind wir die Letzten, die sich von Ihnen vorhalten lassen müssen, wir würden zum Erhalt der Kernenergiepolitik beitragen. Ich möchte einmal daran erinnern, dass es der **Landesverband der FDP** Schleswig-Holstein war, der schon lange, bevor die Bundesregierung den Austrieg wollte - damals gab es noch eine ganz andere

Bundesregierung als heute -, am rot-grünen Austrieg festhalten wollte. Dies hat er auch entsprechend beschlossen. - Punkt eins.

Punkt zwei. Ihr Vorwurf der Überheblichkeit in Richtung des Kollegen Kumbartzky fällt auf Sie zurück. Von uns hat niemand in der letzten Legislaturperiode in Verbindung mit einer Kernkraftdebatte von Pommesbuden oder anderen Einrichtungen gesprochen. Das war vielmehr der damalige Oppositionsführer und heutige stellvertretende Ministerpräsident Robert Habeck.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Drittens. Es trifft zu, Herr Kollege Matthiessen: 1959 wurde das Atomgesetz in der Bundesrepublik verkündet. Damals gab es eine schwarz-gelbe Bundesregierung, obwohl Sie als Experte dies sicherlich wissen, will ich Sie nicht darüber im Unklaren lassen, dass die meisten Kernkraftwerke unter sozialdemokratischen Bundeskanzlern genehmigt worden und ans Netz gegangen sind. Deswegen hat mich der frenetische Beifall der Sozialdemokraten an der Stelle des Beitrags des Kollegen Matthiessen durchaus etwas verwundert.

(Beifall FDP und CDU)

Dies zu sagen, gehört zu Ehrlichkeit und Transparenz auch dazu.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Selbstverständlich, Herr Kollege Habersaat. Sie haben die Philippika des Kollegen Matthiessen ja vielleicht auch gehört. Darauf beziehe ich mich.

Herr Kollege Breyer, von Ihnen als ausgebildetem Volljuristen hätte ich zumindest erwartet, dass Sie den **Antrag der FDP** nicht nur zur Kenntnis genommen, gelesen, sondern vielleicht auch verstanden haben. Von Ihnen hätte ich darüber hinaus erwartet, dass Ihnen der Unterschied zwischen einem Zwischen- und einem Endlager bekannt ist. Ganz offensichtlich - das wäre jetzt meine Frage gewesen - muss ich jedoch davon ausgehen, dass Ihnen dieser Unterschied nicht bekannt ist. Wäre er Ihnen bekannt, dann hätten Sie nicht so getan, als ob der Salzstock auch das Zwischenlager wäre. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, dass sich Menschen bei manchen Themenfeldern vor Jahrzehnten noch geirrt haben, obwohl einen das erstaunen könnte. Sogar einer meiner Amtsvorgänger, Jochen Steffen, wollte mehrere Atomkraftwerke bauen, weil man solche Atomkraftwerke damals für einen Fortschritt hielt. Trotzdem war der Landesverband der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein der erste in der Bundesrepublik, der den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hatte, auch noch weit vor der FDP und anderen. Damals war die Partei der Grünen noch gar noch gegründet.

(Beifall SPD - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber das ist nicht der Punkt, um den es mir geht. Der Punkt, um den es mir geht und der mich wirklich erschreckt, ist, mit welcher Leichtfertigkeit über die Folgen, die eine solche Technik nach sich ziehen kann, hier geredet wird. Die Unbelehrbarkeit des Kollegen Magnussen verschlägt mir schon die Sprache; das muss ich ganz ehrlich sagen. Jemandem, der sich hier hinstellt als jemand, der noch vor Kurzem den Neubau von Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein gefordert hat und dann so auftritt, dem kann ich nicht folgen.

(Zuruf Jens-Christian Magnussen [CDU])

- Ach, hören Sie doch auf! Es ist doch bekannt, wofür Sie eingetreten sind. Ich muss ehrlich sagen: Die Unbelehrbarkeit ist doch hier der Punkt. Dass Menschen Fehler machen, trifft zu. Aber Dummköpfe wiederholen ihre Fehler. Das ist das, was man hierzu feststellen muss.

Herr Kollege Garg, einen Hinweis muss ich auch noch machen. Herr Matthiessen hat sich darauf bezogen: Wenn das schon alles so ist. Deshalb muss man doch mit der Frage, wie man mit den Hinterlassenschaften umgeht, die für Jahrtausende die Menschheit verstrahlen, was zulasten unserer Enkel und Urenkel gehen wird, in der Tat ein bisschen weniger salopp umgehen, als dies der eine oder andere in seinem Redebeitrag getan hat. Insofern hat der Kollege Matthiessen durchaus recht, und insofern verstehe ich auch die Emotionen, die damit verbunden sind. Denn da ist etwas angerichtet worden, was wirklich nicht vertretbar ist. Es ist moralisch nicht vertretbar und politisch nicht vertretbar. Da wünscht man sich mindestens einen Kenntnisstand der Dinge, der dem Jahr 2015 entspricht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Magnussen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Da ich ihn angegriffen habe, gern.

Jens-Christian Magnussen [CDU]: Ich habe mich nicht zu Wort gemeldet, weil Sie mich angegriffen haben. Ich möchte Sie nur bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass nicht der Kreisverband Dithmarschen einen Antrag auf Neubau gestellt hat, sondern der Kreisverband Steinburg. Da ich aus Dithmarschen komme, können Sie mir nicht vorwerfen, ich hätte den Antrag auf Neubau eines Kernkraftwerks gestellt. Würden Sie dies endlich einmal zur Kenntnis nehmen? Wenn ja, dann vielen Dank.

- Wenn Sie auf die Verantwortlichkeit Ihres parlamentarischen Geschäftsführers hinweisen wollten, dann muss ich zugeben, dass ich dem nicht widersprechen kann. Gleichwohl habe ich der Logik Ihrer Einlassungen hier zugehört. Um den Teil ging es mir eher. Ich finde es schlimm genug, dass es überhaupt einen Kreisverband der Union in Schleswig-Holstein gibt, der so etwas Unsinniges beschließt, egal um welchen Kreisverband es sich handelt

Aber im Ernst: Ich glaube wirklich, dass wir aus dieser Atomdebatte gelernt haben. Lassen Sie mich das einmal in Richtung des Umweltministers Habeck sagen, weil wir darüber ja auch diskutiert haben. Ich halte es aller Ehren wert, dass diejenigen, die immer gegen die Atomenergie gewesen sind, nicht davonlaufen, wenn es darum geht, die Konsequenzen zu tragen. Das, finde ich, ist aller Ehren wert, und das verdient Respekt.

(Beifall SPD und SSW)

Herr Breyer, das mit der **Volksbefragung** ist ja ein tolles Ding. Wenn Sie eine Volksbefragung machen, dann gibt es das nirgendwo in Deutschland, das ist doch klar. Wo soll denn die Verantwortung eigentlich liegen? Das ist doch nun wirklich großer Unfug. Sie können doch nicht ernsthaft meinen, man könne doch einmal einen Volksentscheid machen, um herauszufinden, wo man so etwas macht, das ist doch wirklich ein Sankt-Florians-Prinzip im populistischen Gewand. Das kann man wirklich nicht tun.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, nunmehr wünscht der Abgeordnete Dr. Breyer, eine Bemerkung zu machen. Gestatten Sie dies?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ausnahmsweise ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Dr. Stegner, wenn Sie es den Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht zutrauen, einer Lösung, die gerecht und fair ist, zuzustimmen, würden Sie mir dann wenigstens zustimmen, dass sich selbst die Brunsbütteler unter bestimmten Bedingungen aufgeschlossen gezeigt haben, auch der Kreis Dithmarschen, zusätzliches Einlagerungsmaterial aufzunehmen, sodass sie sehr wohl Verantwortungsbewusstsein gezeigt haben?

- Entschuldigen Sie! Ich weise die Unterstellung, die in Ihrer Frage steckt, zurück. Ich habe nicht gesagt, die Bevölkerung sei nicht in der Lage, darüber zu befinden, was gerecht und fair ist, sondern ich habe einen gesunden Menschenverstand, und den darf man ja gelegentlich benutzen. Ich weiß doch, wie das bei einer Volksabstimmung ausgeht, wenn man gefragt wird: „Willst du Atommüll in deiner Nachbarschaft haben?“ Ich nehme an, da würde Herr Magnussen wahrscheinlich auch Nein sagen, weil er das nicht in seinem Garten haben will. So etwas käme dabei doch heraus. Ich sage Ihnen: Die repräsentative Demokratie dient auch dem Zweck, dass man gelegentlich Verantwortung für Dinge übernehmen muss, die eben nicht populär sind.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hier müssen Leute, die gegen die Atomenergie sind, nun Verantwortung für die zukünftigen Generationen übernehmen. Das ist repräsentative Demokratie. Das haben Sie noch nie verstanden, Herr Kollege Breyer. Das will ich hier einmal deutlich sagen. Wir leben nämlich nicht in einer Schönwetterdemokratie, sondern hier geht es um etwas, bei dem man auch schwierigere Dinge zu lösen hat.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich glaube wirklich, was die Beseitigung der Folgen angeht, wären wir gut beraten, a) zu kapieren, dass es ein großer Fehler der Menschheit gewesen ist, Atomenergie zu nutzen, und b) in gemeinsamer Verantwortung nach Wegen zu suchen, wie wir mit den Folgen so umgehen können, dass wir unseren nachfolgenden Generationen nicht noch mehr Schaden hinterlassen, als

ohnehin bereits Schaden angerichtet worden ist. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte nur darauf hinweisen, dass im Jahr 1914 die Sozialdemokraten den Kriegsschulden zugestimmt haben.

(Lachen SPD)

Ich sage dies deshalb, weil uns Dinge aus der Vergangenheit hier definitiv nicht weiterhelfen.

(Zuruf SPD)

- Das ist auch nicht falsch. Die Sozialdemokraten haben dem im Reichstag zugestimmt, selbstverständlich. Aber das ist jetzt wurscht.

Herr Kollege Dr. Stegner, ich akzeptiere das. Ich kann mich aber auch sehr gut erinnern, denn 1972 habe ich die betreffende Broschüre der SPD Schleswig-Holstein mit der Forderung nach einem massiven Zubau an Kernkraftwerken in der Hand gehabt. Auch bei uns hat es länger gedauert, dazu überzugehen, dass es tatsächlich Sinn macht, aus dieser Technik auszusteigen, wenn auch bei uns aus anderen Gründen als bei Ihnen, nämlich nicht wegen der Gefährlichkeit der Technik, sondern weil wir nach der Traube-Affäre unter Maihofer der Auffassung waren, dass ein Staat, der diese Technik anwendet, einen großen Sicherheitsapparat aufbauen muss, um alles Mögliche zu verhindern. Das wäre mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht in Übereinstimmung zu bringen. Das war unsere Maßgabe.

Wir haben Anfang der 80er-Jahre in Schleswig-Holstein, übrigens auch als erster Landesverband, Abschied von der Atomenergie genommen. Das hat lange gedauert. Ich weiß es deshalb genau, weil ich die Parteitage für den Kollegen Achterberg geschrieben habe, der sie gehalten hat - damals noch in der FDP, anschließend ging er in die SPD.

Wir haben uns selbstverständlich - das wissen Sie doch auch - aus Schleswig-Holstein heraus beim Einstieg in den Ausstieg gegen die Rückwärtsrolle der Bundesregierung gewandt. Wir haben in der Koalition mit der Union hier massive Streitpunkte gehabt, weil wir gesagt haben: Wir wollen, dass der Energiekonsens erhalten bleibt und wir aussteigen.

(Wolfgang Kubicki)

- Deshalb macht es keinen Sinn, wenn wir wechselseitig Schuldzuweisungen betreiben.

Ich will auch noch einmal sagen: Es hilft uns allen nicht weiter, ob wir dafür sind oder dagegen. Wir alle haben das gleiche Problem, völlig egal, welcher moralische Impetus dahintersteht. Wir alle haben das gleiche **Problem**, das wir lösen müssen. Das bedeutet, dass wir in Deutschland momentan technisch und genehmigungstechnisch zwei Anlagen haben - eine steht in **Gorleben**, die andere befindet sich in **Lubmin** -, in denen wir die Castoren unterbringen können. Wir können uns noch so sehr streiten, bis 2017 bekommen wir nirgendwo anders entsprechende Fazilitäten hin.

Das heißt, die Entscheidung wird getroffen werden müssen, ob wir das **Endlagersuchgesetz** verändern wollen, indem wir den Ausschluss der Zwischenlagerung der Castoren, die aus Sellafeld kommen, in Gorleben aufheben und alles andere so lassen, oder ob wir den Bund veranlassen wollen, die Dinge in Lubmin einzulagern. Alles andere wird nicht funktionieren, nicht in der Zeit, die wir haben, auch rechtlich nicht.

Ich sage es noch einmal: Der moralisch sehr hochstehende Vorwurf hilft uns nicht. Ich akzeptiere, dass es schon immer das Lebenselixier des Kollegen Matthiessen war, gegen die Kernkraft zu kämpfen. Ich habe auch schon einmal gegen Gorleben demonstriert. Davon gibt es Bilder. Aber darauf kommt es nicht an. Wir haben ein Problem, das wir lösen müssen. Das lösen wir entweder gemeinsam, oder es wird keine Lösung geben.

(Beifall FDP, CDU und Lars Harms [SSW])

Ich sage es noch einmal: Das Problem, Herr Kollege Schulze, vor dem wir weiter stehen werden, ist, dass wir uns mit der Entscheidung des OVG Schleswig und des Bundesverwaltungsgerichts komplett in die Hände der **Betreiber** begeben haben beziehungsweise dass diese jetzt eine **Position** haben, die sie vorher nicht hatten, nämlich den politischen Entscheidungsträgern diktieren zu können, unter welchen Bedingungen wir sie dazu bewegen können, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Was passiert denn, wenn Vattenfall keinen Antrag stellt? Ersatzvornahme und anschließend stellen wir die Kosten in Rechnung? Was passiert? Appelle allein werden nicht mehr reichen.

Wir müssen uns in sehr kurzer Zeit sehr intensiv - deshalb bin ich dankbar dafür, das im Ausschuss weiter zu beraten, das war auch unser Antrag - gemeinsam Gedanken darüber machen, wie wir das in einer Art und Weise lösen können, wie wir alle es

wollen, nämlich zu einer vernünftigen Zwischenlagerung und dann möglicherweise auch zu einer vernünftigen Endlagerung zu kommen. Wie gesagt, die Zeit ist aufgrund der Entscheidung äußerst knapp bemessen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Das Demokratieverständnis des Kollegen Dr. Stegner gibt mir Anlass zu diesem Wortbeitrag. Denn ich meine, dass aus Ihrem Beitrag, Herr Dr. Stegner, noch einmal ganz klar hervorgegangen ist, dass Sie den **Bürgerinnen und Bürgern** nicht den Horizont zutrauen, weiter zu denken als ihre Nachbarschaft,

(Beifall Uli König [PIRATEN])

und dass Sie ihnen pauschal unterstellen, niemand würde Atommüll in seiner Nachbarschaft haben wollen, dass Sie sozusagen nur Politikern zutrauen, eine Entscheidung zu treffen, die am Allgemeinwohl und an den nachfolgenden Generationen orientiert ist, und den Bürgerinnen und Bürgern diese Mündigkeit absprechen.

Ich sage Ihnen, dass das nicht nur hochmütig und eine Missachtung von Bürgern, sondern dass das auch kontraproduktiv ist. Denn indem Sie die Bürger entmündigen und ihnen wichtige Entscheidungen beim Thema EU, beim Thema bundesweite Volksentscheide, die es bis heute noch nicht gibt, vorenthalten, indem die Politik das seit Jahrzehnten macht, sorgt sie gerade erst für Widerstand. Der Widerstand wäre gar nicht da, wenn man die Menschen mitnehmen und mitentscheiden lassen würde. Dann könnte man sie überzeugen. Aber indem Sie ihnen das nicht zutrauen und sie nicht mitreden lassen und sagen, nur Politiker seien in der Lage, dazu eine vernünftige Entscheidung zu treffen, schaffen Sie überhaupt erst Widerstand, schaffen Sie **Politikverdrossenheit**, schüren Sie die Ablehnung von Parteien und von Politik generell bis hin zu Europaskepsis und Europafeindlichkeit und zur Ablehnung von Demokratie insgesamt.

Es macht mich sehr besorgt, dass wir, indem wir den Bürgern die Mündigkeit absprechen, solchen unreflektierten Protestbewegungen Auftrieb geben. Das dürfen wir nicht zulassen. Deswegen plädiere ich dafür, den Bürgerinnen und Bürgern zuzutrauen

(Dr. Patrick Breyer)

en, eine Entscheidung zu treffen, die im Wohl der Allgemeinheit liegt.

Das gilt auch für die Frage, ob zusätzlicher Atom-
müll nach Schleswig-Holstein verbracht werden
darf. Deswegen war es richtig, dass wir PIRATEN
einen **Volksentscheid** über diese Frage gefordert
haben.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der
Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Herr Kollege Breyer, grau ist alle Theorie, kann ich
dazu nur sagen. Ich bedauere, dass Sie noch nicht
die Gelegenheit hatten, in der Kommunalpolitik so
schwierige Entscheidungen mit zu treffen und mit
vorzubereiten wie zum Beispiel die Wahl des
Standorts einer neuen Mülldeponie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Das war 1994 nämlich meine erste Erfahrung:
**Standortsuchverfahren Mülldeponie Rends-
burg-Eckernförde**. Da haben wir etwas ganz Tol-
les gemacht, ein sehr offenes Verfahren, sogar sehr
„piratig“, obwohl es planungsrechtlich natürlich
nicht um einen Bürgerentscheid ging. Wir haben
immer alle Unterlagen veröffentlicht, ewig viele
Veranstaltungen im Kreistag gemacht. Es war voll-
kommen klar, nachher waren sich alle Experten ei-
nig, wo denn der ideale Standort ist. Raten Sie ein-
mal, was am Ende eines solchen Verfahrens pasi-
ert ist und passieren musste: Die Bürgerinnen und
Bürger des betroffenen Standortes in Rendsburg-
Eckernförde haben das natürlich nicht richtig ge-
funden. Natürlich bildete sich eine **Bürgerinitiati-
ve**. Das ist auch deren gutes Recht.

Jetzt wäre die Frage: Was schlagen Sie vor, wer
denn über den Standort abstimmen soll? Der ge-
samte Kreis Rendsburg-Eckernförde? Denn auch
der Kreistag stimmt dann natürlich insgesamt ab.
Das wäre dann die Alternative in Ihrem Verfahren.
Dann würden die Bürger vor Ort aber trotzdem
nicht befriedigt sein, sondern sagen: Alle anderen
Kreisbürger haben den Dreck jetzt zu uns hinge-
schoben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, gestatten Sie eine
Bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wenn ich,
statt eine Frage zu stellen, auch eine Antwort
geben darf, möchte ich Ihre Frage gern dahin
gehend beantworten, dass unser Vorschlag
zur Volksabstimmung über die Zwischenla-
gerung war, die Bürgerinnen und Bürger
Schleswig-Holsteins zu befragen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das ist ja toll!)

- Dann haben Sie natürlich nicht die Alternativen
mitbefragt. Denn irgendwo muss das Zwischenla-
ger ja sein. Das heißt, wenn man sagt, man hat in
Deutschland eine Verpflichtung zum Zwischenla-
gern, dann muss man ganz Deutschland darüber ab-
stimmen lassen und nicht nur Schleswig-Holstein,
sonst sagen nämlich die Betroffenen wieder: Bei
uns nicht zwischenlagern! - Dann machen Sie eine
Abstimmung in jedem einzelnen Bundesland. Dann
haben Sie es genauso auf der größeren Ebene.

Aber wir brauchen das gar nicht so theoretisch zu
machen. Ich sage Ihnen nämlich, was damals pasi-
ert ist: Die Initiativen, die sich gegen den einen
Standort gewehrt haben, haben natürlich aus ihren
guten Gründen auch gesagt, der andere Standort
müsste es sein. Wir hatten fünf Standorte im
Schlussrennen. Raten Sie einmal: An allen fünf
Standorten gab es Bürgerinitiativen. Sie haben sich
nicht zusammengeschlossen und nicht gesagt: Pri-
ma, Bürgerbeteiligung! Der Standort, der es wird,
der akzeptiert das.

Sie haben die These aufgestellt, dass derjenige, der
die gesellschaftliche Gesamtlast zu tragen hat, dies
akzeptieren würde, weil er an dem Verfahren betei-
ligt worden ist. Dafür gibt es keinerlei empirische
Daten. Bei keiner Umgehungsstraße werden Sie
keinen finden, bei dem die Umgehungsstraße direkt
vor der Tür vorbeiführt, der sagt: Weil es ein schö-
nes demokratisches Verfahren war, finde ich es gut,
dass mein Häuschen an Wert verloren hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, es drängt den Abge-
ordneten Dr. Breyer, Ihnen eine weitere Zwischen-

(Präsident Klaus Schlie)

frage zur Mülldeponie in Rendsburg-Eckernförde zu stellen.

(Heiterkeit)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja. Das ist reale Politik vor Ort. Das wird ja immer gefordert.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, ich wollte anmerken, dass die These, die Sie mir eben in den Mund gelegt haben, nicht meine ist, sondern dass meine These die ist, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein genauso verantwortungsvoll über diese Fragen entscheiden kann wie dieser Landtag.

- Stopp, Ihre These an der Stelle war, dass man den Bürgern an der Stelle nicht vertrauen würde - dafür sind Sie Herrn Stegner angegangen - und dass die Bürger auch schwierige Entscheidungen akzeptieren würden wie etwa ein Atommülllager bei ihnen vor Ort.

Herr Breyer, Sie akzeptieren ja noch nicht einmal einen anderen **Wahlkreischnitt** in **Dithmarschen**, obwohl Sie ganz genau wissen, dass die Einwohnerzahlen keine zwei Wahlkreise mehr hergeben. An der Stelle machen Sie Zeitungsartikel.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für einen lokalen Abgeordneten, der für die Westküste kämpft, mag das ja richtig sein.

- Es wäre übrigens nett, wenn die Zeit angehalten würde, während ich antworte.

Präsident Klaus Schlie:

Es ist immer schwierig zu entscheiden, wo Ihre Antwort endet und wo Sie weitermachen, Herr Abgeordneter.

(Heiterkeit)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ehrlich gesagt, fand ich das nicht, Herr Präsident. Denn es ging um die konkreten Beispiele, wo man glauben würde, alles mit einer Bürgerbeteiligung erledigen zu können und Akzeptanz für Belastungen zu schaffen.

Sinn der **repräsentativen Demokratie** ist es, dass wir, die wir von den Wählerinnen und Wählern die Verantwortung übertragen bekommen haben, diese

Verantwortung tragen und auch unpopuläre Entscheidungen treffen, und zwar aus der Gesamtschau heraus. Das, was Sie wollen, ist außer in einer direkten Demokratie nicht zu leisten. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn Experten fünf Endlager auswählen und sie dann im Sinne der direkten Demokratie eine Volksabstimmung darüber in ganz Deutschland durchführen. Ich habe nichts gegen Volksabstimmungen in ganz Deutschland. Ich wette aber, dass die Entscheidung, die auf diesem Weg fällt, von den Betroffenen vor Ort genauso wenig akzeptiert wird, wie das Ergebnis der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 von den Stuttgart-21-Gegnern akzeptiert wurde. Die Stuttgart-21-Gegner haben gesagt: Wir finden das trotzdem nicht richtig, und wir kämpfen trotzdem weiter.

Präsident Klaus Schlie:

Ich habe den Eindruck, dass das jetzt die Antwort war. Jetzt gibt es den Wunsch nach einer weiteren Zwischenfrage. Wollen Sie die auch beantworten?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Dr. Dolgner, ich möchte darauf hinweisen, dass in Stuttgart, Baden-Württemberg, eine sehr verantwortungsvolle Entscheidung gefallen ist. Abgesehen davon möchte ich dementieren, dass ich mich einem Neuzuschnitt von Wahlkreisen an der Westküste versperrt hätte, dass ich ihn abgelehnt hätte. Das stimmt nicht.

- Sie können noch einmal in die „DLZ“ schauen. Sie haben gesagt, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, die **Wahlkreise** zu erhalten. Das würde bedeuten, dass Sie in **Dithmarschen**, wo es entsprechend der Einwohnerzahl nur noch 1,5 Wahlkreise geben dürfte, sehr stark an den unteren Korridor gehen müssten. Das würden Sie ansonsten, abstrakt betrachtet, sicherlich verdammen, weil Sie normalerweise der Meinung sind, dass alle Wahlkreis gleich groß sein müssen. Abstrakt betrachtet könnten Sie auf regionale Befindlichkeiten nicht Bezug nehmen. Sie haben an dieser Stelle aber vor dem Hintergrund Ihres Regionalbezugs argumentiert. Das ist ja auch die Aufgabe des regionalen Abgeordneten. Das ist repräsentative Demokratie. Die Aufgabe der übrigen Abgeordneten ist es, zwischen regionalen Interessen und Allgemeininteresse abzuwägen. Das ist ein Abwägungsprozess.

(Dr. Kai Dolgner)

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW] - Zuruf
Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nein, es ging um die Frage des Demokratieprinzips. Das haben übrigens auch Sie angesprochen, Herr Kollege Kubicki.

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt geht es aber nicht um Antworten auf Zwischenrufe von Herrn Kubicki. Da sich der Kollege Breyer hingesetzt hat, gehe ich davon aus, dass die Frage damit beantwortet ist.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

An einem Freitag, um 16 Uhr, sollte man aufhören zu reden, sonst kommt es zu gruppodynamischen Prozessen, die sehr repräsentativ sind. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Wir danken Ihnen. - Ich stelle fest, dass weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass die Berichtsanhänge, Drucksachen 18/2650 und 18/2655, durch die Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/2661. Beantragt wurde die Ausschussüberweisung. Ich gehe davon aus, dass die Federführung beim Umwelt- und Agrarausschuss beantragt wird. - Der Abgeordnete Magnussen hatte vorhin gesagt, dass Mitberatung durch den Wirtschaftsausschuss beantragt wird. Habe ich das richtig verstanden? - Das ist so. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist dann einstimmig so beschlossen. - Vielen Dank.

Jetzt folgt eine geschäftsführende Bemerkung: Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben mir mitgeteilt, dass sie sich darauf verständigt haben, dass der Tagesordnungspunkt 40 in der Februar-Tagung behandelt werden soll.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 und 27 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Schulnoten sind fester Bestandteil der Leistungsbewertung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2629

b) Keine reformpädagogischen Experimente an unseren Schulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1128

c) Keine Experimente bei Schriftspracherwerb und Rechtschreibung an den Grundschulen Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1149

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Ich erteile das Wort der Frau Berichterstatterin des Bildungsausschusses, der Frau Abgeordneten Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke Ihnen, Frau Berichterstatterin.

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus aktuellem Anlass debattieren wir heute zum wiederholten Mal über die **Leistungsbewertung** von **Schülerinnen und Schülern**. Meine Kleine Anfrage zu der Entscheidung der Grundschulen über die Vergabe von Noten in den dritten und vierten Klassen ist eindeutig ausgefallen: 87 % der Grundschulen in Schleswig-Holstein haben sich für Noten ausgesprochen. Das ist eine eindeutige Absage an das Ansinnen der Regierungsfaktionen und der PIRATEN, Noten aus dem Alltag der Schulen zu verbannen.

Mit unserem Antrag zielen wir auf einen pragmatischen Umgang mit der Leistungsbewertung unserer Kinder: Zum einen wollen wir die Rückmeldung über die **Noten** und zum anderen einen **Bericht** oder auch ein **Kompetenzraster**, der beziehungsweise das über die individuellen Entwicklungen des einzelnen Schülers informiert - und das durchgängig an allen Schulen, damit es nicht wieder zu der Situation kommt, die wir im Augenblick haben. Im

(Heike Franzen)

Augenblick erstellt jede Schule ein eigenes Zeugnis. Das führt mehr zur Verwirrung als zur Aufklärung von Eltern und Kindern.

Frau Ministerin Ernst, Ihnen eilt ja der Ruf voraus, pragmatisch zu sein. Daher sage ich: Wir unterbreiten Ihnen hier einen **pragmatischen Vorschlag**, nach dem die Schulen sich nicht für Noten oder Berichte entscheiden müssen. Wir sehen eine sinnvolle Kombination aus beiden Elementen vor. Ich hoffe auf Ihren Pragmatismus und Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag stößt sowohl in unseren Schulen als auch bei den Eltern auf große Akzeptanz. Ich erinnere gern noch einmal an die Stellungnahme des Landeselternbeirats für Grundschulen und Förderzentren, in der genau dies eingefordert wurde.

Ich finde es gut, dass wir anlässlich dieses Antrags noch einmal über das Thema „**Lesen durch Schreiben**“ an unseren Schulen diskutieren. Bei dieser Methode schreiben die Kinder zunächst einmal so, wie sie wollen, und erst später werden ihre Fehler korrigiert. Inzwischen ist durch Studien eindeutig belegt, dass sich diese Methode, insbesondere bei Schülerinnen und Schülern, denen das Lernen ohnehin schwerfällt, negativ auswirkt.

Der SPD-Bildungssenator in **Hamburg**, in unserem Nachbarland, hat sich bereits entschieden, sich klar dazu geäußert und diese Methode aus den Hamburger Grundschulen verbannt. Er ist wie wir der Auffassung, dass es bessere Methoden gibt, unseren Kindern die Rechtschreibung zu vermitteln. Ich finde, er hat damit recht.

Bereits in der Ausschussberatung ist klar geworden, dass wir hier in diesem Haus bei diesem Thema zu keiner Verständigung kommen. In Schleswig-Holstein werden die Schulen auch zukünftig - so ist die Ausschussberatung ausgegangen - so verfahren dürfen. Wir dürfen uns daher in Zukunft nicht darüber wundern, wenn die Schüler in den weiterführenden Schulen Probleme mit der Rechtschreibung haben.

(Beifall CDU und FDP)

Ich appelliere hier noch einmal an Sie, sich von diesem Irrweg zu verabschieden - im Sinne der Bildung unserer Kinder.

Insgesamt kann man, glaube ich, deutlich sagen, dass die Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode sich insbesondere dadurch auszeichnet, dass Sie sich vom **Leistungsgedanken** in unseren Schulen

inzwischen verabschiedet haben: Alle Kinder werden mit sechs Jahren eingeschult, egal ob es gut für sie ist oder nicht. Die Noten sollen abgeschafft werden. Schullaufbahneempfehlungen am Ende der Grundschulzeit wird es nicht mehr geben. Übrigens können Sie nachlesen, welche Schwierigkeiten das bei den Gymnasien auslöst; das war gerade in der Presse zu lesen. Klassenwiederholungen und Schrägversetzungen von Gymnasien an die Gemeinschaftsschulen und umgekehrt sollen die Ausnahme sein. Der Notendurchschnitt für den Übergang in die Oberstufe ist auf drei herabgesenkt worden. Der Anspruch an die Leistungsstandards im Abiturfach Deutsch wurde reduziert. - Und das alles mit dem Ziel, in Schleswig-Holstein **mehr Abiturienten** zu haben.

(Zuruf SPD: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie werden dieses Ziel tatsächlich erreichen. Die Quantität wird steigen und die **Qualität** wird sinken. Das ist schlimm für unsere Kinder hier in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen! Die letzten Umfragen haben sehr deutlich gezeigt, dass die Menschen in diesem Land Ihre Bildungspolitik ablehnen, und das zu Recht.

Machen Sie endlich Schluss damit. Sie wollen doch immer den Dialog. Dann nehmen Sie doch bitte einmal die Meinungen der Menschen in diesem Land auf. Akzeptieren Sie die Meinungen und betreiben Sie eine Bildungspolitik, die von den Menschen akzeptiert wird. Über die Abschaffung von Noten in unseren Schulen ist deutlich entschieden worden. Zumindest das Votum der Experten vor Ort, der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern und der Schüler in unseren Schulen, sollten Sie aufnehmen. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Kommen Sie zu einer Leistungsbewertung, die sowohl Noten als auch Berichte beinhaltet, und zwar für alle Schulen in unserem Land. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

„Das Leben ist grausam,

(Martin Habersaat)

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

die Wirklichkeit ist hart und im modernen Kampf ums Dasein geht es oft brutal her. Da tut nur die Erziehung ihre Pflicht, welche stählerne Charakter bildet, nicht die, welche makellose, empfindsame, weichliche Menschenwesen in die Welt sendet, die entweder sofort zu Schanden gehen oder erst durch das Leben selbst in schmerzlichster Weise gehämmert und gehärtet werden müssen.“

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ist das Ernst Jünger?)

Das Zitat stammt von **Paul Wilhelm von Keppler** und ist mehr als hundert Jahre alt. Dieses Zitat gibt aber so manchen Grundgedanken wieder, den wir in Bildungsdebatten heutzutage hören.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbek [PIRATEN])

Bei Frau Franzen hieß das gerade: Wir müssen die Schülerinnen und Schüler auf die **Leistungsanforderungen der modernen Welt** vorbereiten. Das stimmt ja auch. Wir leben in einer Welt, in der das „besser, schneller, reicher“ eine bedeutsame Rolle spielt. Die Schule muss auf dieses Leben vorbereiten. Meine Schülerinnen und Schüler haben dazu gesagt: Nur die Harten kommen in den Garten. - Aber die Schule soll alle Kinder auf das Leben vorbereiten, auf lebenslanges Lernen, auf die Übernahme von Verantwortung für sich und andere - alle, nicht nur die besseren, schnelleren, reicheren. Das ist vielleicht auch der Unterschied zur FDP, der es nicht auf alle ankommt, sondern der 5 % Reichen.

Im Optimalfall hinterfragen die jungen Menschen, die unsere Schulen verlassen, übrigens am Ende auch den Sinn des „besser, schneller, reicher“. Es gibt Kinder - unbestritten -, denen Noten guttun. Es gibt Kinder, die empfinden Noten als Motivation und Bestätigung. Es gibt Kinder, die brauchen den „Tritt in den Hintern“. Es gibt aber auch Kinder, denen die Noten die Motivation nehmen, weil 100 Fehler im Diktat genauso zu einer Sechs führen wie 50 Fehler, weil die Eins auch mit noch so viel Fleiß, Anstrengung und Härte niemals zu erreichen ist.

Meine Damen und Herren, nicht alles, was in vergangenen Jahrhunderten für gut und richtig befunden wurde, wird auch in späteren Jahrhunderten für gut und richtig befunden werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Der Rohrstock, um nur ein Beispiel zu nennen, verdrängte an deutschen Schulen als pädagogisches Mittel einst die bis dahin gebräuchliche Birkenrute. Heute sind beide aus unseren Schulen verschwunden. Schule hat viel mit Erfahrung und Mentalitäten zu tun. Jeder von uns ist in einem Schulsystem aufgewachsen, das von der Vergabe von Ziffernoten geprägt war. Es fällt schwer, sich von solchen Erfahrungen zu lösen und Alternativen einzubeziehen. Aber es gibt Bewegung.

Wir alle hier, glaube ich, wurden in Grundschulen beschult, in der ab Klasse 1 benotet wurde. Anke Erdmann nicht, sagt sie gerade. - Heute debattieren wir nur noch über die Frage, ob wir den Zwang zu Noten ab Klasse 3 einführen sollen. Der Wegfall der Benotung in den Klassen 1 und 2 ist offenbar schon gesellschaftlich anerkannt. In der Kita möchte auch noch niemand den Ernst des Lebens mit Noten ausloten. Möglicherweise bewegen wir uns da ja auch gemeinsam weiter.

Im Sommer 2014 hat unsere damalige Bildungsministerin die Grundschulverordnung so geändert, dass im Regelfall an den Grundschulen verbale Leistungsberichte erteilt werden. Sie hat aber den **Schulen die Freiheit** eingeräumt, sich dafür zu entscheiden, in den **Klassen 3 und 4** weiterhin mit Notenzeugnissen zu arbeiten.

Viele Schulen - Frau Franzen hat darauf hingewiesen; es hätte mich überrascht, wenn nicht - haben sich dafür entschieden, das zu tun. Das war ja nun kein Akt des Widerstandes zur Rettung des christlichen Abendlandes, sondern es war die Umsetzung pädagogischer Handlungsspielräume, die diese Landesregierung den Schulen eingeräumt hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Alle Grundschulen in Schleswig-Holstein durften sich frei entscheiden, und alle Schulen haben sich frei entschieden. Niemand unterstellt der einen Seite einen Hang zur Kuschelpädagogik. Es unterstellt ja auch niemand der anderen Seite einen Hang zu schwarzer Pädagogik.

Am Antrag der CDU ist unstrittig, dass Schule etwas mit **Leistung** zu tun hat. Ich sehe auch nicht, dass das jemals jemand hier in Zweifel gezogen hätte. Worüber man unterschiedlicher Meinung sein kann, ist die Frage, wie erbrachte Leistung zu messen und rückzumelden ist.

Der heute von der CDU vorgelegte Antrag hatte im letzten Jahr schon als gemeinsamer Antrag von CDU und FDP mit der Drucksache 18/2257 das

(Martin Habersaat)

Licht der Welt erblickt. Der Landtag hat schon einmal darüber debattiert und entschieden. Der Landtag macht das sicherlich heute und auch in Zukunft immer wieder gern. Wir haben allerdings die Landesregierung gebeten, auf der Grundlage einer geeigneten Evaluation standardisierte Vorgaben zu entwickeln. Die Ergebnisse kommen bis zum Sommer. Ich glaube, das ist der konstruktivere Weg.

Wir treiben die **pädagogische Eigenverantwortung** der **Schulen** sogar so weit, dass wir nicht per Landtagsbeschluss einzelne Methoden verbieten wollen. Wir wollen nicht, dass im Landtag Lehrbücher verboten werden und dergleichen. Schule ist kein Zustand, Schule ist ein Prozess. Das ist eine relativ bedeutsame Erkenntnis in der Pädagogik. Ich hoffe, dass eines Tages an vielen Schulen bei uns gilt, was in Artikel 5 des Grundgesetzes steht: Eine Zensur findet nicht statt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns ein Jahr zurückgehen. Am 8. Januar 2014 sagte die Kollegin Frau Franzen zum Thema Selbstbestimmung an den Schulen - ich zitiere -:

„Pädagogische Entscheidungen über die Unterrichtsgestaltung gehören nicht in den Bildungsausschuss des Landtages, ... Unsere Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit, um einen idealen Rahmen für eine vielfältige, kindgerechte Pädagogik schaffen zu können.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Frau Franzen, was für kluge Worte! Wenn Sie diese einmal ernst nehmen würden, dann hätten wir diesen Punkt heute nicht auf der Tagesordnung. Sie entwickeln sich hier gerade zur **Verbotspartei**. Was meinen Sie mit **Wahlfreiheit**? Sie sagen: Wahlfreiheit nicht bei Noten. Wahlfreiheit gilt nur dann, wenn es um das Sitzenbleiben und den Hauptschulzweig geht. Das geht aus der Pressemitteilung vom 8. Januar 2014 ganz klar hervor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Allen Grundschulen, auch den 100 Grundschulen - 98 Grundschulen, um genau zu sein -, die sich dafür entschieden haben, in den Klassen 3 und 4 oder auch nur in Klasse 3 auf Noten zu verzichten, wollen Sie sagen: Nein, euer Weg ist falsch, den dürft ihr nicht weitergehen! - Ich verstehe überhaupt nicht, wie das mit Ihrem hehren Ziel der Schulautonomie in Einklang zu bringen ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist mit dem neuen G 8? - Weiterer Zuruf)

Ich kann das nicht verstehen. Es geht um selbstständige Schule. An der Stelle haben sich 100 Schulen für einen anderen Weg entschieden, und Frau Franzen sagt, ab Klasse 3 müssen Noten Pflicht sein. Was das mit Wahlfreiheit zu tun hat, ist mir wirklich schleierhaft.

In Ihrem Antrag steht, Frau Franzen, dass der Lernerfolg wesentlich auch von der **Leistungsbereitschaft** abhängt. Wir reden hier über Grundschulen. Herr Habersaat hat schon darüber geredet, wie oft Eltern beschreiben, was für ein Druck zu Hause herrscht, weil die Kinder üben, üben und üben, aber aus der Vier trotzdem keine Drei wird. Manchmal wächst das Gras nicht dadurch schneller, dass man daran zieht. Sie sagen, Noten brächten Motivation. Das, glaube ich, ist bei guten Noten überhaupt nicht infrage zu stellen. Aber Kinder, die in der Schule gut sind, werden auch durch ein Lob ermuntert. Die Frage ist vielmehr, was mit den Kindern passiert, die schlechte Noten bekommen haben.

Sie haben in der Debatte um die Rechtschreibung gesagt, wir müssten alle mehr auf die Hirnforschung achten. Da haben Sie Herrn Spitzer erwähnt.

(Zuruf CDU)

- Doch, das war in der Debatte im Herbst 2013 zur Rechtschreibung. - Jetzt dachte ich mir, ich gucke einmal, was Professor Spitzer - wir sollen ja mehr auf die Hirnforschung achten - zu dem Thema Schulnoten sagt. Das ist sehr interessant. Professor Spitzer, seines Zeichens Hirnforscher, bezeichnet die Noten in den Klassen 3 und 4 als „flächendeckende Demotivationskampagne“, und er sagt - ich zitiere -: „Das Dictum ‚du kannst nicht‘ erstickt die kindliche Neugierde“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Da hat er recht. Sie sollten sich bei Herrn Spitzer vielleicht nicht nur einige Punkte herausuchen, sondern wirklich schauen, was dahintersteht.

(Anke Erdmann)

Sie haben vorhin gesagt, es gehe um **Leistungsfeindlichkeit**. Sie denken, man muss den Kindern einfach nur sagen: Du hast eine Vier, streng dich einfach mal mehr an - das ist Ihre Strategie -; „du hast dich einfach nur nicht ordentlich angestrengt“. - Wir haben gesagt, wir möchten die Leistung der Kinder steigern, indem wir ein vernünftiges Lernklima schaffen. Die Hirnforschung, die wir nach Ihren Worten mehr beachten sollen, sagt, man muss versuchen, das Klima der Angst in den Klassenzimmern zu verändern. Darum geht es in diesem Zusammenhang.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Ich weiß, dass viele Leute diese Ansicht nicht teilen. Deswegen ist auch für uns klar, dass es die Wahlfreiheit bei der Notengebung in der Grundschule weiterhin geben muss. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei. Warum an dieser Stelle 20 % der Schulen einen Weg beschreiten sollen, den sie nicht gehen wollen, ist mir unklar.

Herr Kubicki, Sie hatten gerade gefragt, was mit den **Gymnasien** ist. Da kann ich nur sagen: Einmal abgesehen davon, dass die Wahlfreiheit bezüglich unserer beiden Punkte prozentual von mehr Schulen in Anspruch genommen worden ist als bezüglich Ihrer Punkte, war es gerade im Bereich der Gymnasien so, dass wir gesagt haben: Wir akzeptieren eure Entscheidung, auch wenn wir das nicht gut finden. Wir sehen, dass 15 % der Gymnasien sich für einen anderen Weg entschieden haben, und sie sollen gern dabei bleiben.

Frau Franzen hat in der letzten Sitzung zu diesem Thema gesagt, dass die **Lehrerverbände** gar nicht verstehen würden, wie Kompetenzzzeugnisse anders zu lesen seien als Lottoscheine. Ich frage mich, Frau Franzen, von welchen Lehrerverbänden Sie reden.

Der Grundschulverband macht gerade eine Kampagne gegen die Ziffernnoten. Die haben gerade eine Veranstaltungsreihe im Februar 2015 genau zu dieser Frage geplant. Der Vorsitzende des Schulleiterverbandes ist der Schulleiter einer Schule in Dithmarschen, die die Grundschulnoten abgeschafft hat.

(Christopher Vogt [FDP]: Die wurden nur noch nicht wieder eingeführt!)

Ich weiß nicht, wo die GEW sagt, dass man unbedingt auf den Ziffernnoten in der Grundschule bestehen sollte. Sie müssen uns sagen, bei wem Sie diesen Eindruck haben. Der Philologenverband

oder der IVL wären für mich im Grundschulbereich nicht die leitende Kraft.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, wenn Sie hin und wieder einmal auf die Uhr schauen mögen!

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Mache ich!

Präsident Klaus Schlie:

Um es deutlicher zu sagen: Die Zeit, die Sie hatten, ist abgelaufen.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Genau.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Präsident, ich wollte eine Frage stellen!)

- Darf denn Herr Kubicki eine Zwischenfrage stellen?

Präsident Klaus Schlie:

Wenn Sie das erlauben, darf er das natürlich.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber immer, ja klar.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau -

- Erdmann!

(Heiterkeit)

- Kollegin!

(Serpil Midyatli [SPD]: Sechs! - Heiterkeit)

- Wir wollen ihn nicht demotivieren!

- Frau Kollegin Erdmann, habe ich Sie bei Ihrem doch vehementen Einsatz, was die Notengebung angeht, dahin gehend richtig verstanden, dass Sie bei den **Bundesjugendspielen**, die auch für Schülerinnen und Schüler ab acht Jahren aufwärts stattfinden, die Leistungskriterien auch in ein Verbalzeugnis umsetzen wollen und nicht mehr in Punkte?

- Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe mich auch überhaupt nicht gegen andere kompetitive Aspekte wie die Mathe-Olympiade und so weiter ausgesprochen, weil ich durchaus finde, dass man Kindern auch einen Anreiz geben sollte.

(Anke Erdmann)

(Anita Klahn [FDP]: Ach!)

Wie man aber den Sportunterricht anders aufziehen kann, das wäre durchaus eine Sache, über die man nachdenken kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Ich sehe viele Leute, die dabei klatschen.

Letzter Satz: Wir sind für Ablehnung des Antrags, den wir sowieso in der Form mit einer kleinen Ausnahme schon im September im Ausschuss genau so beraten haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn. - Frau Klahn, wenn Sie jetzt reden wollen, müssten Sie nach vorne kommen.

(Anita Klahn [FDP]: Ja, ich versuche es! - Zurufe)

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich verstehe, dass bei einigen Kolleginnen und Kollegen der Hang zur Heiterkeit bei diesem Thema da ist. Aber ich muss an dieser Stelle ehrlich sagen, dass der Redebeitrag des Kollegen Habersaat mich erstaunt

(Zuruf SPD: Der war gut!)

und erschüttert hat. - Nein, der war nicht gut, der war schlicht und einfach nicht mit der notwendigen und angemessenen Ernsthaftigkeit vorgetragen. Das ist eine Ohrfeige für die Eltern.

(Beifall FDP und CDU - Unruhe SPD)

- Empören Sie sich ruhig, ich finde es faszinierend, mit welcher Bravourösität Sie hier immer wieder Ihre eigene Meinung als Gesetz hinstellen, alles andere ignorieren und als dumm, töricht und unverantwortlich darstellen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ich erinnere den Kollegen Habersaat an eine Diskussion vor Grundschülern und -lehrkräften, die wir gemeinsam in Oldesloe im Kreis Stormarn besucht haben. Dort wurde von ihm anerkannt, dass es Bedenken gibt, dass Noten abgeschafft werden.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich frage mich, ob er an der Stelle mit zwei Zungen redet.

(Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Nein, ich lasse keine Zwischenfrage vom Kollegen Habersaat zu, um das hier nicht noch unnötig in die Länge zu ziehen.

(Olaf Schulze [SPD]: Oh!)

Wir sprechen immer davon, wie wichtig es ist, die **frühkindliche Bildung** in Kindergärten und Vorschulen oder noch früher zu stärken und auszubauen. Kinder brauchen gute Bildung von Anfang an. Leider ist jede noch so gute frühkindliche Bildung für die Katz, wenn die Primärbildung in der Grundschule nicht an die erzielten Fortschritte anknüpfen kann. Durch die Politik der Landesregierung besteht tatsächlich die Gefahr, dass dieser Fall eintreten wird.

(Beate Raudies [SPD]: Das ist ja wohl nicht wahr!)

Die Landesregierung unternimmt alles, um Unruhe in Grundschulen zu bringen. Das führt leider dazu, dass die **Bildungsqualität** an unseren Grundschulen leidet.

Ich möchte kurz in Erinnerung rufen, was die Landesregierung den Schulen, insbesondere den Grundschulen, alles zumutet. Schließung kleiner Grundschulorte: Sie lassen die Grundschulen hier hängen, Sie schaffen immer mehr überflüssige Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, während Außenstellen von Grundschulen geschlossen werden. Kleine Schulkinder müssen lange Wege in Kauf nehmen, große bekommen kürzere. Wir haben gefordert, einen Sicherstellungszuschlag für die kleinen Grundschulstandorte einzuführen. Sie haben es abgelehnt. Bei der Inklusion an den Grundschulen lassen Sie die Schulen ebenfalls allein. Trotz aller Beteuerungen gibt es vorrangig die Inklusionsquote. Das Wohl des einzelnen Kindes haben Sie nicht wirklich im Blick.

(Beate Raudies [SPD]: Und was ist mit dem Elternwillen?)

Für die Schulassistenten liegt nach wie vor kein Konzept vor, weder Aufgabenstellung noch Qualifikation sind geklärt. Ich bin gespannt, wie Sie es auslegen werden: Das OVG Lüneburg hat klar festgehalten, dass die inklusive Schule nicht hinter das Förderniveau der bisherigen Förderschulen zurückfallen darf. - Warten wir es ab.

(Beifall FDP)

(Anita Klahn)

Mein Kollege Christopher Vogt hat vor Kurzem die Landesregierung gefragt, wie sie die Besoldung der Lehrkräfte nach dem neuen Lehrkräftebildungsgesetz ausgestalten möchte. Die Antwort bringt hier an dieser Stelle null. Ich halte das, ehrlich gesagt, für fahrlässig.

Das Bürokratiemonster Übergangsempfehlung hat meine Kollegin Heike Franzen bereits dargestellt. Die Gymnasien und die Gemeinschaftsschulen wissen nicht, wie sie die Schülerinnen und Schüler beurteilen sollen, wenn sie ausschließlich ein verbales Zeugnis vor sich liegen haben.

Zur Rechtschreibung an den Grundschulen hat Kollegin Heike Franzen auch Vieles gesagt. Das muss ich im Detail nicht wiederholen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie hat sehr viel Richtiges gesagt. Ich möchte nur, weil die Grünen immer sehr für Studien sind und auch gern etwas anführen, auch auf eine andere Studie zum **schriftsprachlichen Lernen** von Professor Reinhold Funke hinweisen: „Erstunterricht nach der Methode Lesen durch Schreiben und Ergebnisse schriftsprachlichen Lernens“, Didaktik Deutsch, 2014, Heft 36, Seite 20 bis 41, PH Heidelberg - damit Sie nachlesen können.

(Martin Habersaat [SPD]: Die einzige Studie zu dem Thema!)

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Methode Lesen durch Schreiben deutliche schlechtere Ergebnisse produziert als die Fibel-Methode. Lesen Sie es nach, haben Sie Migrantenkinder im Hinterkopf, denn gerade die haben massive Nachteile, wenn sie es nicht richtig erlernen können.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP])

Es geht an dieser Stelle um die Zukunft unserer Kinder.

Ich finde es nicht verwerflich, **Leistungsanforderungen** zu stellen. Ich finde es auch nicht verwerflich, auch in der Grundschule Kinder zu Leistungen zu motivieren. Auch wenn Sie sich versuchen, hier lustig zu machen, dass wir andere Wettbewerbe herbeiführen: Kinder messen sich auch freiwillig miteinander. Wie erklären Sie tatsächlich Wettkampf im Sport? Wieso gehen Kinder zum Sport, zum Fußball? Wieso freuen sie sich, wenn sie ein Tor geschossen haben und der andere gerade nicht? Wieso erlernen Kinder freiwillig ein Musikinstrument oder machen andere Dinge?

(Olaf Schulze [SPD]: Freiwillig! Zauberwort! - Weitere Zurufe SPD)

Weil sie sich messen wollen, weil sie Spaß daran haben. Ich finde, Erfolg kann motivieren.

(Beifall Martin Habersaat [SPD], Birgit Herdejürgen [SPD] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Danke. - Warum soll dann derjenige, der Erfolg hat, nicht auch belohnt werden?

(Unruhe)

- Ihre Welt ist manchmal sehr schwarz-weiß. Auch derjenige, der eine Drei hat, hat ein Erfolgserlebnis, wenn er weiß, woher sie kommt, wenn man mit ihm vernünftig redet. Die Grundschullehrkräfte haben uns ganz klar gesagt, dass das, was Sie ihnen präsentieren, bodenloses Misstrauen in die Kompetenzen und die pädagogische Arbeit der Lehrkräfte ist.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kein Lehrer lässt ein Kind allein, wenn es Schwierigkeiten in der Schule hat.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete!

Anita Klahn [FDP]:

Nein, ich bin mit der Zeit überfällig. Vielen Dank für Ihre Großzügigkeit, Herr Präsident, ich lasse keine weiteren Zwischenfragen zu. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Beate Raudies [SPD]: Das ist auch besser so!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Wenn man still steht, wird man schnell überrollt.“ - Diesen Satz von Lee Iacocca trifft in Bildungsfragen leider sehr oft auf zwei Fraktionen in diesem Landtag zu.

(Beifall PIRATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Ich schätze die Kolleginnen und Kollegen aus beiden Fraktionen persönlich sehr, teile viele gute Gedanken und unterstütze auch gern gute Initiativen. Aber generell sind mir CDU und FDP, was die Gestaltung von Bildungspolitik angeht, einfach zu rückwärtsgerichtet.

(Sven Krumbeck)

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das gilt natürlich gerade für die Anträge zum Thema: keine **reformpädagogischen Experimente**. Ich bin dem Bildungsausschuss sehr dankbar dafür, dass er beschlossen hat, zum Schriffterwerb in Grundschulen Expertenmeinungen einzuholen. Die haben deutlich gezeigt, dass die Befürchtung von Schwarz-Gelb an dieser Stelle unbegründet war. Darum lehnen wir auch die entsprechenden Anträge ab.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schwieriger wird es da mit der **Leistungsbewertung**, für die die CDU heute einen Antrag vorgelegt hat. Die PIRATEN haben sich seinerzeit in einem eigenen Antrag zur Leistungsbewertung in den Grundschulen eindeutig zum Verzicht auf Noten bekannt. Der CDU-Antrag unterscheidet an dieser Stelle nicht zwischen den Schularten. In jeder Klassenstufe soll das Leistungsprinzip betont werden. Die CDU zeichnet in diesem Kontext einen direkten Zusammenhang zwischen Lernerfolg und Leistungsbereitschaft. Die CDU ignoriert weiter, dass gerade dieses Druckszenario für die Kleinsten nicht geeignet ist, Freude am Lernen zu entfalten. Wenn nur Erfolge motivieren können, wie Sie richtig sagen, Frau Klahn, können Misserfolge demotivieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Uli König [PIRATEN])

Sie ignorieren weiter, dass Lernerfolge sehr wohl unterschiedlicher Natur sein können, wenn wir die Heterogenität in den Klassen betrachten. Sie erkennen nicht an, dass eine integrative Schule nicht zu skalierenden Noten passt. Bei so viel Ignoranz kann wohl jeder verstehen, dass ich diesem Antrag so nicht zustimmen kann.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tatsächlich erkenne ich aber an, dass wir, die wir auf **Ziffernnoten** in der Grundschule verzichten wollen, es bisher nicht geschafft haben, die Eltern mitzunehmen. Das müssen wir nachholen. Darum wollen wir gemeinsam mit den Regierungsfractionen einen **Erprobungszeitraum** und eine **Evaluation** zum Thema beschließen, damit wir auch die letzten Skeptiker oder uns selbst eines Besseren belehren können, aber auf Grundlage von wissenschaftlichen Analysen.

(Beifall PIRATEN und Lars Harms [SSW])

Ich halte es an dieser Stelle mit der GEW, die sagt, dass auch eine große Mehrheit irren kann, vor allem dann, wenn diese Mehrheit in keiner Weise neue Möglichkeiten prüfen will. Ich sehe im Moment nicht, dass die CDU bereit ist, sich im Bereich kleine Grundschulen auf eine andere Lösung einzulassen als im Bereich der höheren Klassenstufen, bei denen ich mich auch im Hinblick auf die Ausbildungsreife ausdrücklich nicht festgelegt habe. Daher macht es für mich wenig Sinn, den vorliegenden Antrag zu Schulnoten im Ausschuss zu diskutieren. In der vorliegenden Form lehnen wir beide Anträge schon heute ab. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ohne die Themen Notengebung und Experimente in unseren Grundschulen in irgendeiner Form abwerten zu wollen, will ich auf eine nicht ganz unwesentliche Tatsache hinweisen: Es ist nicht das erste Mal, dass wir hier über den Sinn oder Unsinn von **Ziffernnoten im Grundschulbereich** reden. Und ganz Ähnliches gilt für die sogenannten Experimente an unseren Grundschulen.

Auch dieses Mal möchte ich mit Blick auf diese Themen mein Vertrauen in die Entscheidung der Menschen vor Ort, die Autonomie unserer Lehrkräfte und meinen Glauben an die **Wahlfreiheit** betonen. Ich denke, wir alle tun gut daran, die Kirche im Dorf zu lassen. So ist zum Beispiel mit der Entscheidung, ob und in welcher Grundschulklasse Notenzeugnisse erteilt werden, nicht zwangsläufig das Schicksal gesamter Generationen verbunden. Natürlich weichen **Berichtszeugnisse und Kompetenzraster** stark vom vertrauten System ab. Das mag den einen oder anderen verunsichern. Und doch erlauben diese Instrumente nach meiner Überzeugung einen deutlich differenzierteren Blick auf die Fähigkeiten, Kenntnisse und Leistungen der Schülerinnen und Schüler als schlichte Schulnoten.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Glauben Sie mir: Uns ist durchaus bewusst, dass das **Aneignen von messbarem Wissen und Kompetenzen** ein sehr wichtiger Teil der schulischen

(Jette Waldinger-Thiering)

Bildung ist. Aber Schulbildung ist doch noch viel mehr. Wer zum Beispiel Fortschritte bei künstlerischen Fähigkeiten oder Lernerfolge im Bereich sozialer Kompetenzen differenziert bewerten will, stößt bei einer Skala von 1 bis 6 an seine Grenzen. Da könnte eine **Kombination beider Ansätze** schon Sinn machen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund zunehmend heterogener Klassen in einem inklusiven Schulsystem.

Auch wenn ich also gut nachvollziehen kann, dass das Thema Schulnoten für viele vergleichsweise emotional behaftet ist, sollten wir nun alle zu einem sachlichen Umgang zurückfinden. Fakt ist, dass die Entscheidung für oder gegen Noten in den Händen der Schulkonferenzen liegt. Weil sie hier am besten aufgehoben ist, wird sie auch in Zukunft hier liegen. Mittlerweile ist ja deutlich geworden, dass die große Mehrheit der Schulen erst einmal beim herkömmlichen System bleibt. Das will ich weder bewerten, noch will ich hier über die Gründe spekulieren. Klar ist aber auch, dass sich 20 % der Grundschulen für eine Grundschule ohne Noten entschieden haben.

Aber unabhängig davon, welche Haltung man zu diesem Thema auch haben mag, ist sie zu akzeptieren, und genau das tun wir. Denn die Leistungsbereitschaft ist Ausdruck der Motivationslage unserer Kinder in der Unterrichtssituation, die aber auch von persönlichen Eigenschaften und dem Alter abhängig ist. Bei jüngeren Kindern ergeben sich der Erfolg von Anstrengungen und die Fähigkeiten auch ohne eine Bewertung des Erfolges, der Leistung. Bei älteren Kindern ist es durchaus einfacher, denn hier gilt eine einfache Formel der Leistungsbewertung: Fähigkeit mal Anstrengung ergibt das zu erwartende Ergebnis.

Der SSW hat großes Vertrauen in die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort. Sie kennen die Kinder, haben einen genauen Blick für ihre jeweiligen Bedürfnisse und wissen, wie sie sie am besten fördern können. Es geht also weniger darum, ihre Methodenwahl bis ins letzte Detail festzulegen. Im Gegenteil: Sie brauchen **verschiedene Methoden** und müssen aus ihnen auch in Zukunft frei wählen können. Daher meine ich: Der **Lernerfolg** der Kinder sollte für uns alle maßgeblich sein. Was hierfür am zuträglichsten ist, können unsere Lehrkräfte wirklich am besten beurteilen.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zum Niveau des Unterrichts an Schulen sagen. Jede Lehrerin und jeder Lehrer in diesem Lande, in der Bundesrepublik und in Dänemark orientiert sich, wenn er oder sie den Unterricht vorbereitet, niemals an dem nied-

rigsten Niveau in einer Klasse, sondern immer am höchsten Niveau. Sie sorgen dafür, dass alle in ihrem Niveau gehoben werden. Insofern finde ich, dass die ganze Debatte über Einheitsunterricht, Einheitslehrer und Herabsenkung des Niveaus nichts mit der Realität in den Schulen zu tun hat.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem ersten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Pädagogik ist es etwas anders als im Handwerk. Es ist in der Pädagogik nämlich nie so, dass man mit der Methode A immer die Wirkung B erzielt. Man kann als Lehrer die gleiche Einheit, von der Planung über die verteilten Zettel und die Bücher bis hin zur Tageszeit der Unterrichtsstunde, in zwei unterschiedlichen Klassen genau identisch durchführen - ich garantiere Ihnen, dass das Ergebnis unterschiedlich sein wird. Das liegt an gruppendynamischen Prozessen in der Klasse, daran, dass Kinder Individuen sind und unterschiedlich reagieren, an unterschiedlichen Elternhäusern, an unendlich vielen Faktoren. Deshalb wird es auch nie so sein, dass man mit einer Methode zum Schreibenlernen immer mit Methode A die Wirkung B erzielen wird. Auch Noten haben auf verschiedene Kinder unterschiedliche Wirkungen. Genau deshalb liegt uns die **pädagogische Eigenverantwortung** der Schulen und der Lehrerinnen und Lehrer am Herzen.

Wir haben in der letzten Debatte zum Thema Schreibenlernen schon mithilfe des Kollegen Dolgner herausgearbeitet, dass die erste Anlauttabelle 1653 auf den Markt kam. 2014 will die CDU sie verbieten.

(Heiterkeit SSW)

Wir haben auch schon da herausgearbeitet, dass 14 % der Deutschen **funktionale Analphabeten** sind, und das eben nicht aufgrund der Methode „Lesen durch Schreiben“, sondern wegen der traditionellen Methoden, die in einer Studie, die Frau Klahn zitiert hat, positiv bewertet worden sind. Wir wissen, es kommt auf die Lehrerinnen und Lehrer an. Das besagt die aus meiner Sicht entscheidendste Studie der letzten Jahre.

Frau Klahn, ich möchte auf die Debatte eingehen, die wir in Oldesloe geführt haben. Ich gebe zu: Wir

(Martin Habersaat)

beiden haben argumentiert; am Ende haben die Eltern abgestimmt, und die Mehrheit der Eltern hat sich für Noten entschieden. Sie haben gewonnen. - Eine Eins für Frau Klahn und eine Fünf für Herrn Habersaat - oder auch eben nicht.

(Anita Klahn [FDP]: Darum geht es doch gar nicht, wer gewonnen hat! Hören Sie doch den Sorgen der Eltern zu!)

- Genau, darum geht es nämlich gar nicht; das ist der Punkt, Frau Klahn. - Genau das habe ich auch in Oldesloe gesagt: Schule hat viel mit eigenen Erfahrungen zu tun. Man hält zunächst immer die Schule, die man selber erlebt hat, für die Maßstabschule, für das Richtige. Deswegen habe ich gefragt: Liebe Eltern, ich gehe davon aus, Sie alle hatten in der Grundschule Noten und werden das vermutlich richtig finden. - Da haben die Eltern genickt. Es gab eine Mutter, die es anders sah, weil sie ein gebrochenes Kind zu Hause hatte, wie sie erzählte.

(Anita Klahn [FDP]: Sie haben aber auch gesagt, dass Sie die Bedenken ernst nehmen!)

- Frau Klahn, ich nehme die Bedenken ernst. Wir haben den Schulen deswegen beide Alternativen ermöglicht. Eines haben unsere Reden gezeigt: Es ist möglich, fachliches Niveau und Unterhaltsamkeit in einer Rede unterzubringen, und es ist auch möglich, beides nicht in einer Rede unterzubringen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nenne einzelne Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten in der Schule ergeben haben. Die **Koedukation**, also die Tatsache, dass Jungen und Mädchen gemeinsam in einer Klasse beschult werden, ist in den 60er-Jahren sehr intensiv diskutiert worden. Egal ob Wähler der Sozialdemokraten, der Freien Demokraten oder der Christdemokraten - es gab eine sehr konfuse Diskussion darüber, ob das ein sinnvoller Weg ist oder nicht. Das wird doch heute von keinem mehr infrage gestellt.

(Anita Klahn [FDP]: Doch, natürlich! - Weitere Zurufe)

Die Tatsache der **körperlichen Züchtigung** - mein Kollege Habersaat hat es bereits angesprochen -, war auch in den 70er-Jahren ein Thema und ist unmittelbar, bevor ich in die Schule kam, abgeschafft worden. Ich weiß, dass viele Grundschullehrkräfte damals sagten: Ohne körperliche Züchtigung kann es nicht funktionieren. Heute diskutiert das keiner mehr.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anita Klahn [FDP]: Sie stellen Noten und Züchtigung in einen Zusammenhang? Das ist ja armselig! Was haben Sie für ein Verständnis! - Unruhe)

- Frau Kollegin Klahn, stellen Sie eine Zwischenfrage, melden Sie sich zu einem Dreiminutenbeitrag - -

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Abgeordnete Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Oder äußern Sie sich so, dass ich dazu Stellung beziehen kann.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Frage der **Gesamtschule** wurde, in den 70er-Jahren ebenfalls diskutiert und von vielen damals als ein Wunderwerk einer Schule abgetan, das gar nicht funktionieren könne. Ich glaube, heute würde keiner im Landtag mehr sagen, dass das, was am Ende aus der Gesamtschule wurde, nämlich die Gemeinschaftsschule, ein Weg ist, der nicht zu vernünftigen Schulabschlüssen führt.

Seien Sie doch einmal offen für **pädagogische Innovationen**, seien Sie doch einmal offen für Innovationen bei der Leistungsbeurteilung!

Anträge wie diese können letztendlich nur Personen verfolgen, die nie schlechte Noten hatten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Lachen Heike Franzen [CDU] und Anita Klahn [FDP])

Der Nutzen für ein Grundschulkind, das durch eine schlechte Note von Mitschülern immer stigmatisiert wird, soll mir einmal aufgezeigt werden. - So sehr sich eine Lehrkraft darum bemüht, es wird nie gelingen, das Stigma wegzunehmen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

(Kai Vogel)

Ein Schüler wird im Schatten stehen, weil er von anderen Schülerinnen und Schülern leider stigmatisiert wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unsinn!)

- Ich halte das nicht für Unsinn.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber ich!)

- Herr Kubicki, im Gegensatz zu mir haben Sie nie in einer Klasse gestanden, Kindern Klassenarbeiten zurückgegeben und in ihre traurigen Augen geschaut, wenn es am Ende nicht geglückt ist, obwohl das Kind gelernt hat.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie mögen mir die Erfahrung absprechen, aber im Gegensatz zu mir haben Sie nie als Lehrer in der Schule gestanden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN] - Zurufe)

Die Motivation für ein Kind, das trotz eigenen Lernens schlechter ist als ein anderes Kind, soll man mir wirklich einmal zeigen.

Wenn Kinder Angst vor Noten in Klassenarbeiten haben, muss man dies sehr ernst nehmen. Sich Neuem zu verschließen, obwohl man weiß, dass das alte System - und das wissen wir alle - nicht optimal ist, kann pädagogisch nicht der richtige Weg sein.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Präsident, das ist mein letzter Satz. - Herr Kubicki, bei Bundesjugendspielen erfolgt die Bewertung nicht über Noten,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Punkte!)

sondern man erhält eine Urkunde, und in der Urkunde steht: Du hast teilgenommen. Das endet bei Kindern nie mit Tränen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Schule und Berufsbildung, Frau Britta Ernst, das Wort.

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist wie immer eine turbulente De-

batte. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Wir haben den Grundschulen die Freiheit gegeben zu entscheiden, wie sie mit Noten in Klassenstufe drei und vier verfahren wollen. Die Schulen haben von ihrem **Wahlrecht** Gebrauch gemacht, und sie haben entschieden: Die meisten bleiben bei Noten. Aber auch von diesen Schulen haben eine ganze Reihe signalisiert, dass sie sich in einem Jahr eine andere Entscheidung vorstellen können. Eine ganze Reihe von Schulen haben sich gegen Noten entschieden, anknüpfend an ihr pädagogisches Konzept und natürlich im Gespräch mit den Eltern.

(Unruhe)

Ich habe Vertrauen in die Entscheidungskompetenz unserer Schulen. Ich finde es schade, dass FDP und CDU dieses Vertrauen nicht haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir haben hier viele Argumente gehört. Ich möchte betonen, dass **Notenzeugnisse** eine **Vergleichbarkeit** vortäuschen, die in Wahrheit nicht gegeben ist. Natürlich wissen auch wir, dass Eltern aus eigener Erfahrung und langer Tradition das gut kennen und man das Vertraute natürlich gern hat.

Mir geht es noch um einen anderen Aspekt, weil Sie von der CDU und der FDP diese Ebenen häufig vertauschen: Noten sind kein Instrument, um die **Leistungsfähigkeit der Schule und des Unterrichts** zu beurteilen. Sie legen dies nahe. Damit hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir wissen - egal wie die Leistungsbewertung erfolgt -, dass es gar keinen Zusammenhang gibt. Deshalb möchte ich hier noch einmal betonen, dass wir die Instrumente, um die Leistungsfähigkeit von Schulen und Unterricht zu messen - darum geht es uns doch, Frau Franzen und Frau Klahn -, dass wir die Standards, die wir im Rahmen der Kultusministerkonferenz bundesweit verankert haben, die wir in unseren Fachanforderungen und Lehrplänen verankert haben, sicherstellen, damit Kinder in Klasse 1, 2, 3 oder 4 das lernen, was wir festgelegt haben. Das ist das Ziel von Schulbildung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Das ist der staatliche Auftrag. Wir wollen überprüfen, ob die Kinder das Vorgegebene am Ende können. Es muss im Zentrum stehen, dass sie die Kom-

(Ministerin Britta Ernst)

petenzen haben, um einen guten weiteren Bildungsweg zu gehen.

Das überprüfen wir sehr wohl. Deshalb führt der Vorwurf der Leistungsfeindlichkeit komplett in die Irre, weil wir das, worum es geht, mit Instrumenten überprüfen. Das machen die Schulen durch **interne Evaluation**, und das machen wir vorrangig durch das bundesweit eingeführte Instrument **VERA**. Insofern kann man diesen Vorwürfen klar entgegenreten.

(Anhaltende Unruhe)

Der Landtag hat das Ministerium aufgefordert, eine **Evaluierung** in Auftrag zu geben. Wir sollen uns die **Entwicklungsberichte und Kompetenzraster** ansehen. Das tun wir gern, weil auch wir dort Veränderungsbedarf sehen. Wir werden uns auf der Grundlage noch einmal mit der Frage insgesamt befassen und dann im Lichte der Ergebnisse von Professor Möller zu einer Bewertung kommen. Insofern wird uns das Thema hier wieder einholen. Wir wollen dann eine standardisierte Unterstützung für die Schulen schaffen, um ausgerichtet an den Standards, die wir in den Grundschulen haben, die Leistungsbewertung einheitlich vornehmen zu können. Das ist unser Ziel.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Sie haben ein zweites Thema nachgemeldet, die Methode „**Lesen durch Schreiben**“, die Sie ablehnen. Ich möchte Sie davor bewahren, hier einen Popanz aufzubauen, auf den Sie dann draufschlagen. Die Methode „Lesen durch Schreiben“ wird in Schleswig-Holstein nicht als alleinige Methode angewandt,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

sondern die Lehrkräfte benutzen einen **Mix**. Die Studien, auf die man sich beziehen kann, sagen klar, dass es nicht von der einzelnen Methode abhängt, was Kinder nach Klasse 3 und 4 können, dass es unterschiedliche Tempi gibt, in denen Rechtschreibung oder Textproduktion gelernt werden, und dass sich die Kompetenzen in Klasse 3 und 4 wieder angleichen, sodass die Kinder mit gleichen Fähigkeiten in die weiterführenden Schulen gehen.

Nachdem das im Landtag 2003 diskutiert wurde, haben wir eine Reihe von **Veranstaltungen** dazu durchgeführt. Es hat ein Bildungsforum mit **Professor Becker-Mrotzek** gegeben, auch eine Tagung in Berlin, und es wird im kommenden Februar eine

weitere Tagung geben. Professor Becker-Mrotzek, der die vorliegenden Studien analysiert hat, hat es gut auf den Punkt gebracht, indem er sagt: Keine Methode ist so schlecht, dass man sie verbieten müsste, und keine ist so gut, dass man sie ausschließlich empfehlen kann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Das ist der aktuelle Stand der Wissenschaft zu diesem Thema.

Wir wollen, dass Kinder gut lesen und schreiben können. Wir haben deshalb ein ausgesprochen spannendes **Projekt** mit Professor Becker-Mrotzek auf den Weg gebracht: „**Niemanden zurücklassen - Lesen macht stark**“. Wir haben das inzwischen auf 100 Schulen ausgedehnt, wir werden dort erhebliche Fortschritte beim Lesen- und Schreibenlernen erzielen und werden das auf weitere Grundschulen ausdehnen.

Frau Franzen - es wäre schön, wenn Sie zuhören -, Sie haben das Thema **Abi-Quote** angesprochen. Die Klage, dass die Steigerung der Abi-Quote mit schlechteren Leistungen einhergehe, vertritt Ihre Partei seit Ende der 60er-Jahre.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Ich bin es wirklich leid, dass Konservative in diesem Land seit Ende der 60er-Jahre verhindern wollen, dass Kinder und Jugendliche ihre Bildungspotenziale ausnutzen. Da werden wir nicht zusammenkommen. Ich finde, Kinder müssen die Chance haben, ihre **Bildungspotenziale** auszunutzen. Dazu gehört auch der Weg zur Hochschulreife, unabhängig davon, dass wir natürlich auch für den Weg der dualen Berufsausbildung in Schleswig-Holstein werben. Schleswig-Holstein ist nicht das Land mit besonders hohen Quoten beim Abitur. Wir müssen uns die Frage stellen, warum weniger Kinder und Jugendlichen in diesem Land Abitur machen können als in anderen Bundesländern.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Vielleicht muss man sich auch einmal mit der Frage beschäftigen, warum die Ausnutzung von Bildungspotenzialen in einigen Regionen Schleswig-Holsteins nicht so hoch ist wie in anderen. Dieses Thema steht auf der Tagesordnung, darum geht es in Wahrheit. - Vielen Dank.

(Lebhafter anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Ministerin Ernst, Sie haben eine sehr berechtigte Frage gestellt: Warum ist es in Schleswig-Holstein so, dass die Bildungsabschlüsse und die Ausbildungsabschlüsse im Vergleich zur übrigen Bundesrepublik relativ schlecht sind?

(Zurufe SPD)

Ich kann Ihnen das erklären: In den letzten 30 Jahren, von 1988 bis einschließlich zum Jahr 2014, haben bis auf zwei Jahre nur sozialdemokratische Bildungsministerinnen und Bildungsminister die Politik dieses Landes bestimmt - nur!

(Beifall FDP und CDU)

Und dann sollen wir das Vertrauen haben, dass es jetzt auf einmal besser wird, wenn wir doch feststellen müssen, dass die bisherigen Minister mit ihrer ganzen wunderbaren Bildungspolitik so schlecht waren?

(Zurufe SPD - Wortmeldung Jürgen Weber [SPD])

- Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu.

Ich will noch einmal sagen: Wir vertrauen den Eltern, den Schülerinnen und Schülern und den Lehrern in Schleswig-Holstein. Aber wir vertrauen Ihnen nicht, was die **Wahlfreiheit** an den Schulen angeht. Wir vertrauen Ihnen nicht, weil Ihre ganzen Redner heute gesagt haben, ihr Ziel sei es, die Noten abzuschaffen. Von Wahlfreiheit war da gar keine Rede mehr.

(Widerspruch SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihr Ziel ist es, die Noten abzuschaffen, das hat der Kollege Habersaat gesagt, das hat der Kollege Vogel gesagt.

(Martin Habersaat [SPD]: Dass ich mir das wünsche, ja, aber wir haben auch gesagt, dass es die Wahlfreiheit gibt!)

Das ist übrigens auch ein lustiger Vogel, der Kollege Vogel - dazu komme ich gleich noch -, diese wunderbare Geschichte: Solche Forderungen können nur Menschen erheben, die noch nie schlechte Noten gehabt haben! Ich kann auch sagen: Solche Forderungen, wie Sie sie eben erhoben haben, kön-

nen nur Leute erheben, die nur schlechte Noten gehabt haben.

Ich will Ihnen einmal sagen, wie es bei mir war.

(Widerspruch SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

In jedem Halbjahreszeugnis stand bei mir: „Versetzung gefährdet“.

(Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, vielleicht können wir zum Schluss der Tagung - -

(Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Herr Andresen! - Vielleicht können wir zum Schluss der Tagung noch einmal alle gemeinsam die Sache diskutieren und lassen die persönlichen Dinge alle miteinander einfach raus.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich will ja jetzt von mir reden.

(Heiterkeit)

In allen meinen Halbjahreszeugnissen stand drin: Die Versetzung ist gefährdet.

(Peter Eichstädt [SPD]: Das ist heute noch so!)

- Wissen Sie, ich bin länger im Parlament als Sie, ich bin länger im Parlament als der Kollege Stegner, und das wird auch so bleiben. Machen Sie sich da einmal keine Sorgen.

(Martin Habersaat [SPD]: Erzählen Sie das jetzt bei jeder Bildungsdebatte? - Weitere Zurufe SPD)

- Das brauch ich jetzt gar nicht. Ich wollte Ihnen nur erzählen, wie heilsam es war festzustellen, wo ich stand, und mir dann auch zu sagen, es macht Sinn, sich vielleicht ein bisschen mehr anzustrengen, um weiterzukommen.

Erklären Sie mir einmal, warum die Motivationslage bei einem Schüler anders sein sollte, wenn ich ihm, statt ihm eine Fünf zu geben, ins Zeugnis schreibe: Du hast schon 20 von 100 % erreicht! Wo liegt der große Unterschied bei der Motivationslage?

(Wolfgang Kubicki)

(Sandra Redmann [SPD]: Das kann Ihnen meine Tochter mit elf Jahren ganz toll erklären! - Weitere Zurufe SPD)

- Ja, es kann ja sein, dass das Ihre Tochter erklären kann. Meine Töchter und meine Enkelkinder können auch erklären, dass sie genau das, was Sie wollen, nicht wollen. Sie müssen das schlicht und ergreifend akzeptieren; aber das tun Sie eben nicht.

Herr Kollege Vogel, ich weiß nicht, ob Sie schon einmal an den Bundesjugendspielen teilgenommen haben. Da gibt es nicht nur Teilnehmerurkunden, sondern ich lese Ihnen einmal kurz vor, wie das ausgestaltet ist: Die erzielten Leistungen werden mit Punkten bewertet. Erreicht der Teilnehmer eine bestimmte Mindestpunktzahl, erhält er als Anerkennung für seine Leistung eine Siegerurkunde, ab einer bestimmten höheren Punktzahl eine Ehrenurkunde. Die Ehrenurkunden tragen eine gedruckte Unterschrift des Bundespräsidenten. Alle anderen Schüler, die teilgenommen haben, bekommen eine Teilnahmeurkunde. - Ich kann sagen: Ich habe immer nur gesehen, dass Leute nach den Bundesjugendspielen ihre Ehrenurkunde eingerahmt haben, die Teilnahmeurkunde hat man schlicht und ergreifend abgeheftet.

(Beifall und Heiterkeit FDP und CDU)

Das zeigt jedenfalls, dass auch hier im Rahmen eines Punktesystems besondere Leistungen besonders benotet werden sollen. Ich finde, das sollten wir bei den Schulen auch so lassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann.

(Unruhe)

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass jetzt nicht alle nach vorn gehen und erst einmal erzählen, wie das bei Ihnen in der Schulzeit und bei den Bundesjugendspielen war.

Ich möchte nur auf eines hinweisen, Herr Kubicki: Sie haben gesagt, hier hätten sich alle dafür ausgesprochen, die Noten abzuschaffen. Ich weiß nicht, ob Sie sinnerfassend zugehört haben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Die meisten hier haben davon gesprochen: Wir sagen, die Schulen sollen das selber auswählen. So ist es ausgestaltet, und dem ist nichts hinzuzufügen. Warum wollen Sie das den Schulen nicht gestatten? 20 % der Grundschulen wollen einen anderen Weg gehen. Warum Sie da jetzt eine Verbotspartei sein wollen und sagen: Das dürft ihr aber gar nicht!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wollen wir gar nicht!)

- Doch, das ist der Kern. Sie wollen vorschreiben, dass es Noten geben muss.

(Zurufe SPD)

Wir sind an der Stelle dagegen und für Wahlfreiheit. Das ist ein grundsätzliches liberales Prinzip - da müssten Sie eigentlich zustimmen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

(Anhaltende Unruhe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema Freiheit ist dem, was Anke Erdmann beschrieben hat, nichts hinzuzufügen.

Ich bin noch einmal nach vorn gekommen, um auf die Antwort einzugehen, die Herr Kubicki eben auf unsere Ministerin gegeben hat. Ich will für diese Koalition klar bekennen, dass wir nicht damit einverstanden sind, dass in Schleswig-Holstein weniger Kinder zu höheren Bildungsabschlüssen geführt werden als in anderen Ländern. Sie sind nämlich nicht dümmer als in anderen Ländern, sondern sie haben nur teilweise nicht die Chancen, die wir ihnen geben müssen. Unser Ziel ist es, die Kinder zu den höchstmöglichen Bildungsabschlüssen zu führen, die sie erreichen können, sie darin zu befördern und zu bestärken. Das hat unsere Ministerin gesagt, das ist die Politik der Koalition, und darin unterscheiden wir uns von Ihnen. Das ist der Unterschied.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie hatten dafür 30 Jahre Zeit!)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung zu a), dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/2629. Wenn ich das richtig verstanden habe, Frau Abgeordnete Franzen, hatten Sie Ausschussüberweisung beantragt? - Nein, Abstimmung in der Sache. Dann stimmen wir in der Sache ab.

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

- Ich danke der Frau Abgeordneten Franzen für einen geschäftsführenden Hinweis zur Abstimmung. Ich habe übersehen, dass wir die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses zu Teil b) auch noch durchführen müssen. Der Ausschuss empfiehlt, die Anträge in den Drucksachen 18/1128 und 18/1149 mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das ist dann auch einstimmig so beschlossen.

(Unruhe)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Europäisches Jahr der Entwicklung

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2628

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern wurde vereinbart, die Reden zu Protokoll zu geben.

Ich schließe damit die Beratung und schlage vor, den Antrag in der Drucksache 18/2628 federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Europaausschuss zu überweisen.

(Zuruf Regina Poersch [SPD])

- Er soll federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen werden? - Okay, dann machen wir das so. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das

Handzeichen. - Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Digitalfunk

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2482

Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen, ich danke Ihnen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 18/2649

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/2649. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete und kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar der Fall.

Ich weise Sie noch auf folgende Änderung hin. Zum Tagesordnungspunkt 25 wurde die Drucksache 18/2632 (neu) eingereicht, mit der ein schriftlicher Bericht der Landesregierung zur 32. Tagung statt zur 30. Tagung beantragt wird.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/2649 einschließlich der eben bekannt gegebenen Änderung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer Tagung. Der Beginn der nächsten 30. Tagung unseres Schleswig-Holsteinischen Landtages ist am Mittwoch, den 18. Februar 2015, um 10 Uhr. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und ein angenehmes Wochenende!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:59 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Bürgerbusse in Schleswig-Holstein verlässlich fördern - Verkehrliche Grundversorgung in der Fläche gewährleisten

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2623

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der PIRATEN behandelt eine für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein nicht ganz unwichtige Thematik, aber auch keine gänzlich neue. Bürgerbusse sind in Schleswig-Holstein bereits seit einiger Zeit aktiv, wenn auch nur sehr wenige. In anderen Bundesländern wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen sind Bürgerbusse bereits deutlich öfter anzutreffen. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es bereits über 100. All diejenigen, die mit ihrem ehrenamtlichen Engagement und ihrer Arbeit in den Vereinen hier in Schleswig-Holstein Bürgerbusse möglich machen, verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu einem solchen Mobilitätsprojekt zusammenschließen, wenn auch nur mit einem kleinen Fahrplan, profitiert mehr als nur eine Handvoll Menschen - bestenfalls eine ganze Region. Ich erzähle Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, dass Schleswig-Holstein ein ländlich geprägtes Bundesland ist. Einen attraktiven, flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr sicherzustellen, wird immer schwieriger. Und mit Blick auf die Formulierung im Antrag am Rande möchte ich erwähnen: Der ÖPNV ist meistens nicht rentabel, sodass fast immer eine Bezuschussung notwendig ist, um das vorhandene Angebot aufrechtzuerhalten. Zunehmender Kostendruck, der Effizienzsteigerungen verlangt, und nicht zuletzt der demographische Wandel stellen weiterhin enorme Herausforderungen für die Verkehrsgesellschaften in Schleswig-Holstein dar.

Nun müssen wir uns die Frage stellen: Können Bürgerbusse eine sinnvolle Antwort auf die Mobilitätsprobleme der Gegenwart und Zukunft im ländlichen Raum sein? Nun ja, Bürgerbusse sollten und können keine etablierten und bestehenden Linien ersetzen, sondern können stets lediglich eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden öffentlichen

Nahverkehr darstellen. Sie sollten sich nach Möglichkeit an den bestehenden Verbindungen orientieren und gute Umsteigemöglichkeiten zu den bestehenden Bus- oder Bahnlinien vorsehen. Eine Antwort auf die Mobilitäts Herausforderungen im ländlichen Raum können Bürgerbusse ohne Zweifel sein - jedoch nur eine von vielen, die für den öffentlichen Nahverkehr mitunter noch gefunden werden müssen. Denn meiner Ansicht nach sollte sich der Staat in diesem Bereich nicht immer weiter zurückziehen und sich zunehmend auf privates ehrenamtliches Engagement verlassen. Er ist weiterhin in der Pflicht, den Bürgerinnen und Bürgern eine adäquate Infrastruktur und auch sinnvolle und angemessene Beförderungsangebote zu bieten. Dazu gehören eben nicht nur Straßen und Krankenhäuser, sondern auch die Anbindung des ländlichen Raums an den ÖPNV.

Meine Damen und Herren, der Antrag der PIRATEN greift de facto ein bestehendes Modell auf. Bürgerbusse sind ja bereits, auch wenn es bisher nur einige sehr wenige sind, seit einiger Zeit in Schleswig-Holstein unterwegs. Eine Diskussion über diese Form einer „Buslinie“ tut uns in jedem Fall gut und fördert gegebenenfalls auch die Bekanntheit der Bürgerbusse in Schleswig-Holstein oder regt gar zur Nachahmung in ländlichen Räumen an.

Mehrere Punkte im vorliegenden Antrag bedürfen jedoch einer intensiveren Auseinandersetzung, sodass ich mich für eine Ausschussüberweisung ausspreche. Dort können wir uns aus fachlicher Sicht mit den einzelnen Punkten eingehender beschäftigen und unter Umständen auch mit den bestehenden Bürgerbusvereinen in Schleswig-Holstein ins Gespräch kommen. Den vorliegenden Antrag können wir in dieser Form jedenfalls nicht unterstützen. Der von den PIRATEN geforderte Personalaufwand erscheint mir als völlig übertrieben. Die finanzielle Unterstützung wäre meines Erachtens auch eine kommunale und keine Landesaufgabe. Dennoch lohnt es sich perspektivisch, sich mit diesem Thema weiter zu beschäftigen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.